

Freie Universität Berlin
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Wintersemester 2007/08
Diplomarbeit
Erstgutachter: Prof. Dr. Manfred Kerner
Zweitgutachter: PD Dr. Achim Brunnengräber

Martin Brand

**Die Osteuropapolitik der Europäischen Union aus neogramscianischer
Perspektive – Neoliberale Hegemonie und ihre Übertragung auf
Osteuropa**

Gesamtseitenzahl: 91
Wortzahl: 28093

Berlin
Februar 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Theoretischer und analytischer Rahmen.....	9
2.1. Klassische und neuere Debatten der Europäischen Integration.....	9
2.2. Kritik der Theorien der Europäischen Integration.....	17
2.3. Neogramscianische Perspektiven.....	20
3. Neoliberale Hegemonie in der Europäischen Union.....	25
3.1. Neoliberale Hegemonie – Versuch einer Begriffsklärung.....	25
3.2. Rahmenbedingungen einer neoliberalen Hegemonie in der EU.....	28
3.2.1 Materielle Produktionsbeziehungen.....	28
3.2.2 Soziale Beziehungen.....	31
3.2.3 Politisch-ideologische Beziehungen.....	34
3.3. Politische Projekte der Europäischen Integration.....	36
3.3.1 Das Europäische Währungssystem.....	37
3.3.2 EG-Binnenmarktprojekt.....	38
3.3.3 Wirtschafts- und Währungsunion.....	39
3.3.4 Lissabon-Strategie.....	42
3.3.5 EU-Osterweiterung.....	43
4. Neoliberale Hegemonie und Europäische Nachbarschaftspolitik.....	45
4.1. Die EU und ihre Beziehungen nach Osten.....	46
4.1.1 Westbalkan, Rußland und Zentralasien.....	47
4.1.2 Die Europäische Nachbarschaftspolitik.....	52
4.2. Die ENP als liberales Projekt.....	58
4.2.1 Materielle Kapazitäten.....	59
4.2.2 Institutionen.....	66
4.2.3 Ideen.....	73
5. Resümee und Ausblick.....	78
6. Literaturverzeichnis.....	81

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ein- und Ausfuhr der EU.....	63
---	----

Abkürzungsverzeichnis

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
ERT	European Round Table of Industrialists
EU	Europäische Union
EWS	Europäisches Währungssystem
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IWF	Internationaler Währungsfonds
MPS	Mont Pèlerin Society
NGO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
TNK	Transnationale Konzerne
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

„Während es der EU und ihren Mitgliedstaaten bei ihrem politischen und finanziellen Engagement in Osteuropa um den verbindenden demokratischen Wertekatalog im „gemeinsamen Haus Europa“ geht, spielen bei den USA auch andere, nämlich strategische Ziele eine Rolle. Gerade deswegen sollte die eigenständige europäische Politik in Sachen Demokratieförderung nicht im Bereich des Verbalen bleiben, sondern gestalterisch wirken“
(Wieck 2006).

1. Einleitung

In dieser Arbeit wird die Osteuropapolitik der Europäischen Union anhand der Europäischen Nachbarschaftspolitik analysiert und dargelegt, daß diese maßgeblich vom hegemonialen neoliberalen Entwicklungspfad der EU geprägt wird.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union von 2004 und 2007 traten insgesamt zehn mittelosteuropäische Länder¹ der Union bei. Dadurch verschob sich die Außengrenze der EU weit in Richtung Osten. Die ehemaligen Sowjetrepubliken Belarus und Ukraine grenzen seit 2004 direkt an die Europäische Union; die Grenze zu Rußland wurde um das Gebiet Kaliningrad verlängert, das vollständig von Staaten der Europäischen Union umschlossen ist. Auf dem Balkan ist Kroatien seit 2004 direkter Nachbar der EU, und seit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien 2007 hat die EU auch eine gemeinsame Grenze mit Serbien und Makedonien sowie im Osten mit der Republik Moldau. Mit der neu entstandenen geographischen Gestalt der Europäischen Union wächst auch das Interesse in der EU an den neuen Nachbarstaaten und insbesondere an den Beziehungen zwischen den Ländern der EU und denen in Osteuropa². Dies wird zum einen an der verstärkten Berichterstattung über die politischen Ereignisse in der Ukraine seit 2004 deutlich und zum anderen auch an einem umfangreicheren wissenschaftlichen Diskurs über Osteuropa, der nicht mehr nur im regionalwissenschaftlichen Bereich geführt wird. Mit zunehmender Bedeutung der osteuropäischen

1 2004: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie 2007: Bulgarien und Rumänien.

2 Der Begriff Osteuropa ist sehr dehnbar, politisch umstritten und umfaßt je nach Definition sehr unterschiedliche Regionen. Meine Definition von Osteuropa in dieser Arbeit beinhaltet die Länder des Transkaukasus (Armenien, Georgien, Aserbaidshan) sowie die direkten östlichen Nachbarn der Europäischen Union (Rußland, Belarus, Ukraine und Moldau), nicht jedoch die neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Mittelosteuropa, Südosteuropa und dem Baltikum.

Nachbarstaaten rückten diese Länder und die Beziehungen der EU zu ihnen auch in den Interessensbereich der EU-Forschung.

Die Literatur über die Osteuropapolitik der Europäischen Union beschränkt sich zumeist auf Analysen innerhalb der Logik der Konzepte von Kommission, Rat und Parlament. Wie von der Europäischen Kommission angedacht, wird die Politik der Europäischen Union Richtung Osten als Alternative zu einem EU-Beitritt verhandelt und dahingehend untersucht, ob und wie erfolgreich bzw. effizient sie die selbst vorgegebenen Ziele erreicht oder erreichen kann. Im Zentrum der meisten Untersuchungen stehen Fragen nach dem Export sogenannter „europäischer Werte“ wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte, die Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft, die Gewährung von Sicherheit und Stabilität in den Anrainerstaaten oder auch die Problematik, wie die Energieversorgung Europas sichergestellt werden kann.³

Das einleitende Zitat von Hans-Georg Wieck, ehemals Leiter der OSZE Mission in Minsk und davor unter anderem auch fünf Jahre lang Präsident des Bundesnachrichtendienstes, zeigt exemplarisch, woran es der wissenschaftlichen Debatte zu den EU-Osteuropa-Beziehungen und zur europäischen Osteuropapolitik fehlt: die EU Osteuropapolitik wird als altruistisches Projekt zur Verbreitung europäischer Werte verklärt, ohne die sozialen Kräfte innerhalb und außerhalb der Europäischen Union, die die Politik der europäischen Erweiterung vorantreiben und unterstützen, und ihre Interessen in Augenschein zu nehmen. Die wirtschaftliche, neoliberale Restrukturierung sowohl der Europäischen Union als auch der Transformationsländer im Osten wird kaum kritisiert. Daß die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nur unzureichend bis gar nicht in die Analyse der EU-Osteuropapolitik einbezogen werden, hat auch zur Folge, daß der EU-Integrationsprozeß häufig getrennt oder gar als gegensätzlich zur EU-Erweiterung diskutiert wird. Doch sowohl die EU-Integration als auch die Osteuropapolitik der EU müssen im Kontext der neoliberalen Rekonfiguration der gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen innerhalb der EU gesehen und demzufolge auch

3 Siehe zum Beispiel den Sammelband der Zeitschrift Osteuropa „Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas Die EU und ihre Nachbarn“ (Sapper/Weichsel, Volker, Huterer, Andrea, Oberhuber, David 2007) sowie den Band „Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand“ (Koopmann/Lequesne 2006), die Veröffentlichungen des Centrum für Angewandte Politikforschung (<http://www.cap.uni-muenchen.de>) bzw. der Stiftung Wissenschaft und Politik (<http://www.swp-berlin.org>) oder den sozialwissenschaftlichen Forschungsüberblick des Informationszentrums Sozialwissenschaften (Wilde 2006: 50-74).

zusammenhängend analysiert werden (vgl. Bieler 2003; Bohle 2002).

In der wissenschaftlichen Literatur, die jene Rekonfiguration sozialer Kräfteverhältnisse in den Fokus ihrer Analysen stellt, gibt es hingegen kaum Untersuchungen zu den EU-Osteuropa-Beziehungen.⁴

Eine ganze Reihe kritischer Untersuchungen beschäftigt sich zwar explizit mit Osteuropa und der Politik der Europäischen Union gegenüber dieser Region, doch werden in diesen Analysen unter den Begriff Osteuropa ausschließlich die neuen mittelosteuropäischen Mitgliedsländer der EU gefaßt⁵.

Auf die neuen östlichen Nachbarstaaten der EU wurden diese Arbeiten bisher nicht ausgeweitet.

Nach Georg Vobruba mangelt es nicht nur der wissenschaftlichen Literatur zu den EU-Osteuropa-Beziehungen an einer kritischen Perspektive, sondern der europäischen Integrationsforschung insgesamt an einer kritischen Theorie (Vobruba 2007b). Er unterscheidet im Mehrebenensystem der Europäischen Union die Perspektiven der politischen EU-Elite, der nationalen politischen Elite und der Bevölkerung auf die europäische Integration: In der Perspektive der EU-Eliten ist die europäische Integration ein umfassendes Positivsummenspiel. Aus dieser Sicht erscheint die Integration als ebenso fortschrittlich wie alternativlos. Unterschiedliche Zeithorizonte und spezifische Verteilungsmuster, in denen Kosten und Nutzen anfallen, werden in aller Regel übergangen. Die nationalen Eliten hingegen sind zwar einerseits treibende Kraft der Entwicklung der EU, andererseits jedoch stärker als die EU-Eliten an die Interessen der Wahlbevölkerung rückgebunden. Sie nehmen somit eine vermittelnde Position zwischen den Exponenten des europäischen Integrationsprojektes und der Bevölkerung ein. Diese positioniert sich zur EU entsprechend ihrer Gewinn- und Verlusterwartungen, wobei die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der EU langsam aber kontinuierlich zunimmt. Vobruba argumentiert, daß neben diesen Akteursperspektiven kaum Platz bleibe für eine genuin intellektuelle, kritische Position zur europäischen Integration. Folglich sind auch die intellektuellen Texte in ihrer überwiegenden Mehrheit im Kern affirmativ zur EU und betonen insbesondere die Bedeutung der europäischen Integration als Friedensprojekt. Die wenigen kritischen intellektuellen Texte hingegen nähmen entweder eine Position der Fundamentalkritik ein oder aber ließen eine eigenständige

4 Einige wenige Ausnahmen sind die – allerdings kaum rezipierte – Arbeit von Gisela Neunhöffer zu Belarus und der internationalen politischen Ökonomie (Neunhöffer 2006) sowie zum Südkaukasus (Soghomonyan 2007) und zum Westbalkan (Türkes/Gökgöz 2006).

5 Vgl. zum Beispiel Bieler 2003; Bohle 2000; Bohle 2002; Bohle 2003; Bohle 2006b; Hofbauer 2003; Holman 1999; Holman 2001; Pijl 2001.

Kritikperspektive vermissen. Vobruba fasst: „Nimmt die intellektuelle Position des Pazifisierungs- und das Prosperitätsargument auf, verhält sie sich zur EU-Elite weitgehend affirmativ und geht letztlich in ihr auf. Übt sie Kritik an konkreten Formen und Folgen der EU-Politik, läuft sie Gefahr, zwischen dem Unbehagen und den Orientierungsproblemen der Leute und deren populistischer Ausbeutung zu verschwinden“ (Vobruba 2007b:12).

Vobruba kritisiert zwar zu Recht weite Teile der europäischen Integrationsforschung als affirmativ. Gleichwohl ignoriert er eine ganze Reihe von Arbeiten, die sich selbst zur kritischen Theorie der europäischen Integration zählen und weder in den Positionen der EU-Eliten aufgehen noch in einer angeblich populistischen Ausbeutung des Unbehagens der Menschen verschwinden.⁶ Die Intention einer solchen kritischen Theorie beschreibt Robert W. Cox wie folgt:

„Sie ist kritisch in dem Sinne, daß sie abseits der vorherrschenden Weltordnung steht und danach fragt, wie diese Ordnung zustande gekommen ist. Anders als die Problem-Lösungs-Theorie nimmt die kritische Theorie die Institutionen, die sozialen Verhältnisse und Machtbeziehungen nicht einfach als gegeben hin. Sie hinterfragt vielmehr, indem sie sich mit deren Ursprüngen befaßt und zu ergründen versucht, ob und inwiefern sich diese möglicherweise verändern. Sie zielt auf die Bewertung eben jenes Handlungsrahmens, den die Problem-Lösungs-Theorie als vorgegeben akzeptiert. Ihre Aufmerksamkeit richtet sie somit eher auf den sozialen und politischen Komplex insgesamt als auf dessen separaten Teile.“ (Cox 1998b: 32f.)

Für die kritische Interpretation der europäischen Integration haben Cox und andere die Ideen des marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci fruchtbar gemacht. Im Gegensatz zu den gängigen Interpretationen der europäischen Integration stellen sie nicht die nationalen Regierungen oder die supranationalen EU-Institutionen in den Fokus ihrer Analysen, sondern fragen nach den gesellschaftlichen Kräften sowie den Auseinandersetzungen in der ökonomischen, politisch-institutionellen und ideologischen Sphäre, um so die Dynamik und Reproduktion eines neuen markt- und wettbewerbszentrierten und zunehmend auf transnationalen Kräften und supranationalen Institutionen beruhenden Integrationspfads der Europäischen Union zu erklären (Bohle 2006a).

⁶ An dieser Stelle sei auf die neogramscianisch inspirierten Arbeiten zu europäischer Integration verwiesen, die insbesondere von Stephen Gill, den Amsterdamer Forschern um Kees van der Pijl und in Deutschland im Umfeld der Forschungsgruppe Europäische Integration an der Universität Marburg betrieben werden. Vgl. zur Einführung Bieler 2003 und Bieling/Steinhilber 2000c.

Der Anspruch einer linken, kritischen Position zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den osteuropäischen Ländern sollte es sein, die sozialen Verhältnisse und Machtbeziehungen in der EU-Osteuropa-Politik zu hinterfragen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie diese verändert werden können. Dabei gilt es, die Kritik an den autoritären, in vielfacher Weise nicht auf gleichberechtigte demokratische Partizipation angelegten und soziale Ungerechtigkeiten fördernden Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern zu artikulieren, ohne in den interessensgeleiteten Kanon der Kritik der europäischen Eliten einzustimmen. Gleichzeitig sollten die treibenden sozialen Kräfte der Osteuropapolitik identifiziert und ihre Interessen kritisiert werden.

Daß dies alles in der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden kann, versteht sich von selbst. Der Sinn dieser Diplomarbeit liegt vielmehr darin, einige Ansatzpunkte für eine linke Kritik an der EU-Osteuropa-Beziehungen auszuloten. Am Beispiel der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) versuche ich zu zeigen, welche Institutionen, Ideen und materiellen Kapazitäten dazu beitragen, eine markt- und wettbewerbsorientierte Regulierung in Osteuropa zu festigen. Dabei steht zunächst die sozio-ökonomische Transformation der Europäischen Union seit Mitte der 1980er Jahre im Mittelpunkt meines Interesses. Anschließend stelle ich ausgehend von einer Entwicklung der EU entlang einer neoliberalen Logik zu einem europäischen Wettbewerbsstaat die Frage, wie dieser neoliberale Entwicklungspfad auch die Politik der Europäischen Union gegenüber Osteuropa prägt. Spielen bei der Analyse der sozio-ökonomischen Transformation der Europäischen Union die aus neogramscianischen Perspektiven so bedeutenden sozialen Kräfte noch eine wichtige Rolle, so muß ich mich – aus Gründen fehlender Literatur und Zeit – bei der Osteuropapolitik der EU weitestgehend auf eine Analyse der Dokumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik beschränken. Trotzdem läßt sich auch auf diese Weise die aufgestellte Frage, wie der neoliberale Entwicklungspfad der EU ihre Osteuropapolitik prägt, beantworten.

Im ersten Teil lege ich den theoretischen und analytischen Rahmen dar, an dem sich die vorliegende Arbeit orientiert. Um eine Einordnung der Arbeit in den Diskurs der Europäischen Integration zu ermöglichen, werde ich zunächst die etablierten Theorien der Europäischen Integration darstellen und aus neogramscianischer Perspektive kritisieren, weshalb sie den sozio-ökonomischen Inhalt des europäischen Integrationsprozesses nicht adäquat erfassen. Anschließend widme ich mich etwas

ausführlicher den neogramscianischen Ansätzen in den Internationalen Beziehungen und ihrer Relevanz für die Interpretation der europäischen Integration. Im zweiten Teil der Arbeit werde ich nach einer genaueren Begriffsbestimmung dessen, was unter neoliberalem Entwicklungspfad zu verstehen ist, die verschiedenen neogramscianischen Analysen zur hegemonialen neoliberalen Entwicklung in der EU zusammenfassen. Im dritten Teil der Arbeit schließlich wende ich mich der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu und untersuche, wie der neoliberale Entwicklungspfad der EU diesen Teil der Osteuropapolitik der EU beeinflusst und prägt. Im Abschließenden letzten Teil werde ich die Ergebnisse zusammenfassen und einen Weg aufzeigen, wie eine linke, kritische Position zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den osteuropäischen Ländern weiterentwickelt werden müßte.

2. Theoretischer und analytischer Rahmen

In diesem Kapitel werde ich zunächst einen kurzen Überblick über die gängigsten Theorien der Europäischen Integration geben, um diese anschließend insbesondere aus der Perspektive des Neogramscianismus zu kritisieren. Darauf folgend stelle ich die Grundannahmen und analytischen Kategorien einer neogramscianischen Perspektive dar, mit deren Hilfe zunächst die hegemoniale Entwicklung des Neoliberalismus in der Europäischen Union analysiert und anschließend die Osteuropapolitik der Europäischen Union untersucht wird.

2.1. Klassische und neuere Debatten der Europäischen Integration

Der *Neo-Funktionalismus* gilt als „Urvater“ der empirisch-analytischen Theorien europäischer Integration und zentraler Referenzpunkt der integrationstheoretischen Debatte der Nachkriegszeit (Wolf 2006: 65). Der insbesondere seit den 1950er Jahren von Ernst B. Haas verfolgte Ansatz ist geprägt von einem friedenswissenschaftlichen Interesse und dient nicht in erster Linie der Formulierung von Handlungsempfehlungen, sondern der intersubjektiv nachvollziehbaren Analyse realweltlicher Integrationsprozesse. Sein zentrales Anliegen sind die Fragen danach, wie und warum Staaten aufhören, gänzlich souverän zu sein und wie und warum sie freiwillig Verbindungen mit ihren Nachbarn eingehen, dabei ihre faktische Souveränität aufgeben, um sich so neue Techniken der

Konfliktlösung anzueignen (Conzelmann 2003: 147).

Als erklärender Mechanismus steht dabei das Konzept des „spill-over“ im Zentrum der neofunktionalistischen Theorie. Mit der grenzüberschreitenden regionalen Arbeitsteilung bilden sich transnationale Interdependenzen heraus, die Kooperationsnotwendigkeiten nach sich ziehen. Dabei handelt es sich zumeist um unpolitische, technische Problembereiche insbesondere in wirtschaftlichen Sektoren, deren Vergemeinschaftung wenig Anlaß für politische Kontroversen bietet. Zentrales Diktum des Neo-Funktionalismus ist nun der „funktionale spill-over“ Effekt: Nur durch funktionale wie territoriale Ausdehnung der Zusammenarbeit auf benachbarte Sektoren können die durch grenzüberschreitende Kooperation in einem Sachbereich erzielten Wohlfahrtsgewinne dauerhaft gesichert werden. Die Verflechtungen in einem Bereich erzeugen somit einen stetigen Integrationsdruck, die Kooperation auf benachbarte Bereiche auszuweiten. Durch einen Lernprozeß bei den politischen Akteuren kann zugleich ein „politischer spill-over“ entstehen, wodurch Problemlösungsstrategien auf die supranationale Ebene verschoben werden: Gesellschaftliche Akteure organisieren sich grenzüberschreitend, um ihre Interessen zu artikulieren, was den Druck erhöht, die Kompetenzen supranationaler Organe auszubauen. Durch den „erzeugten spill-over“ verläuft der Integrationsprozeß nicht mehr automatisch. Vielmehr schaffen die erfolgreichen Kooperationsleistungen der gemeinsamen Institutionen ein Klima der Zusammenarbeit, daß es den Parteien ermöglicht, kooperative Lösungen und gemeinsame Interessen jenseits des kleinsten gemeinsamen Nenners zu entdecken (vgl. Conzelmann 2003: 151ff. und Wolf 2006: 71ff.).

Dem Neo-Funktionalismus geht es somit nicht allein um funktionale Verflechtungen zwischen einzelnen ökonomischen Sektoren, sondern auch um die geänderten Erwartungshaltungen gesellschaftlicher Gruppen und um die Aktivitäten der supranationalen Bürokratie. Der Integrationsprozeß ist aber im Kern getrieben von funktionalen Sachzwängen und den politischen und ökonomischen Nutzenerwartungen der beteiligten Akteure, die weitere Integrationsschritte erfordern. Dieser Automatismus der Integration wurde vielfach kritisiert und angesichts der Stagnation der europäischen Integration in den 1960er und 70er Jahren erheblich revidiert. „Spill-over“ wurde statt dessen zu einem Prozeß, der unter bestimmten Bedingungen stattfindet, so daß Kooperation sowohl zu als auch abnehmen kann. Das Kernargument des neu formulierten Neo-Funktionalismus lautet, daß

der Integrationsprozeß die Handlungsautonomie der Regierungen weitgehend einschränkt. Zum einen hätte ein unilaterales, nicht abgestimmtes Vorgehen eines einzelnen Mitgliedsstaates langfristig negative Folgen in anderen Politikfeldern, zum anderen geht die Kontrolle über die Agenda der europäischen Politik zunehmend von den Mitgliedsstaaten auf andere supranationale Organe (z.B. den Europäischen Gerichtshof) über.

Zum zentralen Gegenpol des neo-funktionalen Paradigmas avancierte ab den 1960er Jahren der insbesondere von Stanley Hoffmann vertretene *Intergouvernementalismus*, dessen Grundaussage lautet, daß die Nationalstaaten nach wie vor die zentralen Akteure der europäischen Integration darstellen und die Gemeinschaftspolitik vor allem durch die nationalen Regierungen bestimmt wird. Die Triebkräfte der europäischen Integration sind aus intergouvernementalistischer Sicht die bewußten politischen Entscheidungen der nationalen Regierungen und nicht die Entscheidungen transnationaler Eliten und supranationaler Akteure. „Spill-over-Effekte“ sind dagegen nur in Teilbereichen bedeutsam und weitaus weniger ausschlaggebend als intergouvernementale Verhandlungen. Zudem lassen sie den Kernbereich der nationalen Souveränität unangetastet (vgl. Bieling 2006b).

Die Übertragung von politischen Kompetenzen auf die supranationale Ebene ist im Intergouvernementalismus folglich ein bewußter und selektiver Prozeß, der von den nationalen Regierungen kontrolliert wird. Integration wird von den Regierungen als Mittel und Instrument gesehen, nationale Ziele umzusetzen. Sie ist jedoch kein Selbstzweck. Nur wenn die Regierungen sich wirtschaftliche Vorteile oder erweiterte Handlungsspielräume von einer größeren Vergemeinschaftung erwarten, werden sie diese vorantreiben. Bedroht die Vergemeinschaftung jedoch vitale Interessen der Staaten, werden sie Souveränitätsvorbehalte geltend machen. Hoffmann unterscheidet grundsätzlich zwei Politikbereiche: Im Bereich der „low politics“ geht es vor allem um wirtschaftliche Interessen. In diesem Bereich ist ein Integrationsprozeß am ehesten möglich, da hier die Vorteile für alle überwiegen und die Kosten gering sind. Im Bereich der „high politics“ hingegen geht es vor allem um strategisch zentrale Entscheidungen, die unmittelbar in die Souveränität der Staaten eingreifen und sein nationales Interesse berühren, weshalb hier nationale Vorbehalte entstehen, die eine Vergemeinschaftung tendenziell blockieren (Bieling 2006b: 102f.). Das nationale Interesse ist im

Intergouvernementalismus dadurch bestimmt, wie Politiker auf außenpolitischer Bühne die nationale Situation ihres Landes wahrnehmen und interpretieren. Dadurch fällt der Führungskraft nationaler Politiker wie auch den historischen Kontextbedingungen eine entscheidende Rolle im Integrationsprozeß zu, wie zum Beispiel in der Ära de Gaulle oder Thatcher.

Der *Supranationalismus* richtet im Gegensatz zum Intergouvernementalismus sein Hauptaugenmerk auf die supranationalen und transnationalen Akteure. Sein zentrales Anliegen ist, zu klären, weshalb der europäische Integrationsprozeß in verschiedenen Sektoren ungleichmäßig und ungleichzeitig voranschreitet. Zwar greift der Supranationalismus explizit auf die Vorarbeiten des Neo-Funktionalismus zurück, einen Integrationsautomatismus lehnen die Vertreter dieser Denkrichtung – insbesondere Alec Stone Sweet und Wayne Sandholtz – jedoch ab. Statt dessen stellen sie die sektorale und im Zeitverlauf divergente Entwicklung der Integration in den Vordergrund (Nölke 2006: 146f.).

Stone Sweet und Sandholtz machen drei zentrale Faktoren aus, die den europäischen Integrationsprozeß erklären: transnationale gesellschaftliche Austauschaktivitäten, supranationale Organisationen (z.B. Europäische Kommission, Europäisches Parlament oder Europäischer Gerichtshof) und supranationale Normen. Transnationale Akteure (vor allem wirtschaftliche) benötigen europäische Standards, Regeln und Konfliktlösungsmechanismen, um erhöhte Transaktionskosten zu vermeiden, die bei divergierenden nationalen Regelungen auftreten würden. Dafür setzen sie sich entweder bei den nationalen Regierungen oder direkt bei den supranationalen Organen ein. Ähnlich wie im Neo-Funktionalismus tritt nun der „spill over“ Effekt ein. Nachdem supranationale Organisationen oder Regulierungen Hindernisse für den grenzüberschreitenden Austauschprozeß in einem Sektor beseitigt haben, entstehen in anderen Sektoren ähnliche Forderungen der transnationalen Akteure, die dort verbleibenden Hindernisse ebenfalls zu eliminieren. Die ungleichmäßige Entwicklung der Integration wird damit erklärt, daß in Sektoren mit steigenden grenzüberschreitenden Transaktionen der Bedarf an Regeln und Koordination auf europäischer Ebene stärker zunimmt als in Sektoren mit relativ geringen transnationalen Verflechtungen. Im Gegensatz zum ausschließlich „funktionalen spill over“ des Neo-Funktionalismus steht demnach das strategische Handeln sozialer Akteure und supranationaler Organisationen im

Vordergrund.

Neben dem Transaktionstheorem dient die Eigendynamik der europäischen Organisationen und Regeln als Erklärung für den europäischen Integrationsprozeß. Supranationale Organisationen mit ausgeprägtem Interesse am weiteren Integrationsprozeß und rechtliche (sowie weniger formale) Normen treiben häufig einmal begonnene Integrationsschritte in dieselbe Richtung weiter. Insbesondere die europäische Rechtssprechung führt aus der Perspektive des Supranationalismus zu einer Ausbreitung der Vergemeinschaftung. Dies geschieht jedoch nicht automatisch, sondern auf Drängen einzelner transnationaler Akteure und im Zusammenspiel mit den anderen supranationalen Organisationen (Nölke 2006: 152ff.).

Andrew Moravcsiks Konzept des *Liberalen Intergouvernementalismus* schließlich versucht, liberale und realistische Ansätze miteinander zu verbinden und entwickelte sich in den 1990er Jahren zum Gegenentwurf des Supranationalismus. Die Grundannahme liberaler Ansätze lautet, das Handeln von Staaten in den internationalen Beziehungen erklärt sich weniger durch ihre Stellung im anarchischen System als vielmehr durch innergesellschaftliche Prozesse. Gleichwohl bleibt der Liberale Intergouvernementalismus bei der realistischen Annahme, daß die Staaten im europäischen Integrationsprozeß nach Außen als geschlossene Einheit auftreten.

Der Liberale Intergouvernementalismus fragt nach den treibenden Kräften der europäischen Einigung, identifiziert die relevanten Akteure und analysiert ihre Präferenzbildung. Dafür formuliert Moravcsik drei grundlegende Annahmen einer liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen (vgl. Moravcsik 1997; Steinhilber 2006; Schieder 2003): Erstens ist nicht der Staat der zentrale Akteur in der internationalen Politik, sondern Individuen und gesellschaftliche Gruppen, die ihren materiellen und ideellen Interessen nachgehen und um Einfluß auf Regierungsentscheidungen konkurrieren. Wie der innergesellschaftliche Wettbewerb ausgetragen wird und welche gesellschaftlichen Interessen und Werte über den innerstaatlichen Aushandlungsprozeß die offizielle Politik von Regierungen prägen, hängt in erster Linie von den Machtverhältnissen zwischen den innenpolitischen Akteuren und dem vorherrschenden politischen System ab. Zweitens nimmt der Staat die Präferenzen der innenpolitischen Akteure auf und setzt sie in staatliche Politik um. Dies geschieht zunächst unabhängig von den Strategien anderer Staaten. Staaten haben nicht von vorne herein feststehende,

einheitliche Vorstellungen und Ziele, sondern folgen vielmehr bestimmten Interpretationen und Kombinationen von Sicherheit, Wohlfahrt und Souveränität, so wie sie von einflußreichen Interessensgruppen definiert werden. Drittens werden Handlungsanreize des internationalen Umfeldes anerkannt. Ein Staat versucht seine eigenen Präferenzen unter den verschiedenen Zwängen, die durch die Präferenzen der anderen Staaten entstehen, umzusetzen. Konvergieren die spezifischen Interessen und Präferenzen der Staaten, dann bestehen starke Anreize für zwischenstaatliche Kooperation. Divergieren die staatlichen Präferenzen, verursachen sie Konflikte und lassen kaum Raum für wechselseitige Kooperation. Ergänzen sich jedoch die nationalen Präferenzordnungen, bestehen ausreichend Anreize für zwischenstaatliche Verhandlungen, Zugeständnisse und Formen der internationalen Politikkoordination.

Um nun die großen Reformschritte der Europäischen Union analysieren zu können, schlägt Moravcsik ein dreistufiges Modell vor (Steinhilber 2006: 177ff.): Zunächst wird nach dem Präferenzbildungsprozeß gefragt. Produzentengruppen, insbesondere die Spitzenorganisationen der Wirtschaft, sind grundsätzlich die einflußreichsten Akteure im europäischen Integrationsprozeß. Sie haben aufgrund von ökonomischen Interdependenzen Interesse an zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und prägen dementsprechend wesentlich die Präferenzen des Staates. Wie diese Präferenzen der Staaten nun den Integrationsprozeß der Europäischen Union prägen, ist nicht Folge eines „spill overs“ oder supranationaler Initiativen, sondern Ergebnis rationaler Entscheidungen der Regierungen entsprechend ihrer relativen Macht sich im Verhandlungsprozeß durchsetzen zu können. Die Übertragung von Souveränität an die EU-Institutionen erklärt der Liberale Intergouvernementalismus damit, daß Nationalstaaten die Bindung zwischenstaatlicher Vereinbarungen erhöhen und glaubwürdigere Selbstverpflichtungen erzielen wollen.

Zur neueren Debatte in der Integrationsforschung zählt der *Multi-Level Governance* Ansatz, der über die Diskussion, ob die EU ein internationales Regime ohne Gefahr für die nationalstaatliche Souveränität ist oder eher als supranationaler Föderalstaat betrachtet werden muß, hinausgeht. Im Konzept der Multi-Level-Governance wird die Europäische Union als neues, eigenständiges politisches System betrachtet (Apeldoorn/Overbeek/Ryner 2003: 26ff.). Zentral für das Modell des Mehrebenensystems der EU ist die Prämisse, daß die Kompetenzen auf verschiedene Ebenen und

Akteure verteilt werden. Diese Entscheidungsebenen sind so miteinander verwoben, daß keine klaren Trennungen zwischen nationalen und supranationalen Entscheidungsebenen möglich sind. Anders als intergouvernementalistische Theorien geht der Multi-Level Governance Ansatz von einem signifikanten Verlust an Macht für die Nationalstaaten aus, da im supranationalen Entscheidungssystem Beschlüsse nicht nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner gefaßt werden, sondern Mehrheitsentscheidungen getroffen werden, die eindeutige Gewinner und Verlierer produzieren (Knodt/Große Hüttmann 2006: 228f.).

Gegenstand der Analyse des Multi-Level Governance Ansatzes ist der Entscheidungsprozeß der Europäischen Union. Dabei wird sowohl die Rolle der intergouvernementalen Akteure (z.B. Ministerrat), der supranationalen Organe (z.B. Europäische Kommission, Europäischer Gerichtshof, Europäisches Parlament) sowie der subnationalen Akteure (z.B. Bundesländer, Regionen) analysiert. Die politische Agenda wird im wesentlichen von der Kommission bestimmt, da sie ein exklusives Initiativrecht besitzt. Dennoch nehmen viele unterschiedliche Akteure wie das Europäische Parlament, nationale und regionale Regierungen sowie eine Vielzahl privater und öffentlicher Interessensgruppen Einfluß auf diesen agenda-setting Prozeß. Dem Ministerrat obliegt als zentralem Legislativorgan die Vollmacht, Richtlinien und Verordnungen zu verabschieden. Obwohl im Ministerrat die verschiedenen nationalen Interessen aufeinander treffen, besitzen die Mitgliedsstaaten hier dennoch keine Monopolstellung. Durch erweiterte Mitspracherechte des Parlaments sowie der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen sinken die Chancen eines einzelnen Staates, den Entscheidungsprozeß entscheidend zu bestimmen. In der Phase der Politik-Implementation sucht die Kommission den direkten Kontakt zu den regionalen Adressaten ihrer Politik, was die Bedeutung der zentralstaatlichen Exekutiven relativiert. Schließlich wird im Mehrebenensystem auch dem Europäischen Gerichtshof durch seine Rechtssprechung erheblicher Einfluß auf die Integrationspolitik der EU zugesprochen (Knodt/Große Hüttmann 2006: 230ff.).

Die Europäische Union ist also ein vielfältig verschränktes politisches System, in dem die Entscheidungsmacht nicht allein beim Rat liegt, die nationalen Exekutiven nicht prinzipiell die Ergebnisse des Entscheidungsprozesses bestimmen können und subnationale Interessen auch gegen den Widerstand der nationalen Regierungen auf der supranationalen Ebene intervenieren.

Die meisten der bisher dargestellten theoretischen Ansätze zur Erklärung der europäischen Integration können als rationalistische Theorien betrachtet werden, da sie von rationalen und nutzenmaximierenden Akteuren ausgehen. *Konstruktivistische Perspektiven* hingegen gehen von einer konstruierten sozialen Welt aus. Der Konstruktivismus verneint den in rationalistischen Analysen oftmals angenommenen Vorrang materieller Faktoren (z.B. wirtschaftliche Interessen) und betont den Einfluß ideeller Faktoren. Soziale Fakten – also Regeln, Normen, Kultur und Diskurse – bilden die in der Integrationsforschung betrachtete Welt der Europäischen Union. Will man nun die Entscheidungsprozesse in dieser Welt verstehen, reicht es nicht aus, wirtschaftliche Interessen und die Verhandlungsmacht einzelner Mitgliedsstaaten sowie die formalen Entscheidungsverfahren zu analysieren und als objektiv gegeben hinzunehmen, denn Entscheidungsregeln können unterschiedlich interpretiert werden und kulturell vermittelte Ideen in Bezug auf Europa prägen die nationalen Interessen (Schwellnus 2006: 322f.).

Ein zentraler Punkt im Konstruktivismus ist das Verhältnis zwischen Akteuren und Strukturen (Wendt 1987). Im Akteur-Struktur-Problem geht es darum, daß das Handeln von Akteuren immer in bestimmte Strukturen eingebettet ist. Soziale Phänomene können also entweder unter Bezugnahme auf die jeweiligen Akteure und deren Merkmale (individualistisch) oder unter Bezugnahme auf die Strukturen, in die Handlungen eingebettet sind (strukturalistisch), erklärt werden. In dem einen Fall sind Akteure die Grundeinheit der internationalen Politik, die die Strukturen prägen, im anderen Fall sind die Strukturen die Grundeinheit, die ihrerseits das Verhalten der Akteure bestimmen (Ulbert 2003: 397ff.). Aus konstruktivistischer Sicht greifen beide Erklärungen zu kurz, da Strukturen und Akteure sich gegenseitig bedingen. Strukturen sind also einerseits konstitutiv für die Akteure und ihre Interessen, andererseits reproduzieren Akteure diese Strukturen und erhalten sie aufrecht.

Da der Konstruktivismus an sich eine Metatheorie ist, lassen sich aus ihm keine direkten Aussagen über die Form, den Verlauf und das Ergebnis der europäischen Integration ableiten (Schwellnus 2006: 322). Trotzdem wurden vor allem von Thomas Risse und Jeffrey Checkel akteurszentrierte Ansätze entwickelt, um den europäischen Integrationsprozeß zu analysieren und erklären zu können, weshalb trotz häufig divergierender Interessen und Überzeugungen gemeinsame Normen auf europäischer Ebene vereinbart werden können. Erklärt wird dies über die Überzeugung von Akteuren im Rahmen

sozialer Interaktion. Das heißt, Akteure lassen sich in verständigungsorientierten Argumentationsprozessen von einem besseren Argument überzeugen, solange sie sich nicht von festen strategischen Interessen leiten lassen (Schwellnus 2006: 328f.).

2.2. Kritik der Theorien der Europäischen Integration

Aus neogramscianischer Perspektive sind die dargestellten Theorien der Europäischen Integration nicht in der Lage das zu leisten, was aus dieser Sichtweise das Ziel der EU-Forschung sein sollte: nämlich die Natur der Machtbeziehungen in der Europäischen Union einschließlich ihrer Organisation und Machtverteilung zu verstehen und die Implikationen bestehender Machtbeziehungen nach ihrer Legitimität zu bewerten. Das heißt nicht, daß die gängigen Theorieansätze nicht an der Frage nach dem Kräfteverhältnis und der Legitimität in der EU interessiert sind. Aus neogramscianischer Sicht ist ihr jeweiliges Design jedoch ungeeignet adäquat die Machtbeziehungen zu konzeptionalisieren, die für die kapitalistischen Marktstrukturen wesentlich sind. Sowohl Neofunktionalismus, Intergouvernementalismus, Liberaler Intergouvernementalismus als auch Multi-Level Governance und viele der konstruktivistischen Ansätze gingen entweder explizit oder implizit davon aus, daß die „Marktkräfte Ausdruck einer inneren Rationalität von universeller menschlicher Natur“ (Apeldoorn *ET AL.* 2003: 18) sind. Aufgrund dieser Annahme seien diese theoretischen Ansätze grundsätzlich unfähig, die Strukturierung der Machtbeziehungen auf einem sozialen Terrain zu erfassen, auf dem die Marktkräfte das dominante Prinzip sozialer Organisation darstellen, unter das sich alle anderen Ordnungsprinzipien unterzuordnen haben (Apeldoorn *ET AL.* 2003: 17f.). Aus neogramscianischer Sicht sind mit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 (gemeinsamer Binnenmarkt, freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) eben jene Marktkräfte das dominante Ordnungsprinzip in der EU geworden.

Neo-funktionalistische Ansätze betrachten Integration als quasi automatischen Prozeß entlang einer objektiven ökonomischen Rationalität. In diesem funktionalen Prozeß spielen Interessensgruppen keine autonome Rolle. Konflikthafte Interessen und Ideologien der sozialen Akteure wie der nationalen Regierungen werden als unwichtig für den Integrationsverlauf angesehen. Ebenso richtet der Neo-Funktionalismus keine Aufmerksamkeit auf die Kräfteverhältnisse innerhalb und zwischen

bestimmten Interessensgruppen und fragt nicht danach, weshalb einige Interessensgruppen mächtiger sind als andere und so einflußreicher die Agenda der europäischen Integration prägen (Apeldoorn *ET AL.* 2003: 21f.). Aufgrund seiner ahistorischen Analyse und der Beschränktheit auf die Europäische Union, können weltweite strukturelle Veränderungen wie Globalisierung oder das Ende des Kalten Krieges nicht in das Konzept einbezogen werden (Bieler 2000: 4).

In intergouvernementalistischen Ansätzen wird die Entwicklung der EU als Prozeß wichtiger intergouvernementaler Verhandlungen angesehen, in denen sich die relative Macht der einzelnen Mitgliedsstaaten widerspiegelt. Das bedeutet, daß den supranationalen EU-Institutionen, ihren politischen Führern oder transnationalen Akteuren wie z.B. transnational organisierte Wirtschaftsverbände kein Einfluß auf den europäischen Integrationsprozeß zugeschrieben wird (Apeldoorn *ET AL.* 2003: 22f; Bieler 2000: 4ff.). Soziale Kräfte spielen keine Rolle, folglich kann auch die Rekonfiguration der sozialen Kräfteverhältnisse nicht untersucht werden. Der Staat bleibt eine „black-box“ und einziger Akteur im zwischenstaatlichen Aushandlungsprozeß.

Der Supranationalismus hingegen lehnt intergouvernementale Erklärungen ab und hebt die zentrale Bedeutung von supranationalen und transnationalen Akteuren im Integrationsprozeß hervor. Obwohl der Ansatz durchaus Gemeinsamkeiten mit dem Neogramscianismus aufweist (Nölke 2006: 162; siehe auch nachfolgendes Kapitel), wird er dennoch aus neogramscianischer Perspektive vielfach kritisiert. Erstens wird die starke Rolle, die der Supranationalismus der Europäischen Kommission oder dem Europäischen Gerichtshof als Triebkraft der Integration zuweist, zurückgewiesen. Aus neogramscianischer Perspektive haben vor allem transnationale Interessensorganisationen den europäischen Integrationsprozeß vorangetrieben. Zweitens wird die Vorstellung von der transnationalen Gesellschaft als einheitlicher Akteur abgelehnt, da sowohl zwischen den Vertretern von Kapital und Arbeit als auch innerhalb dieser Fraktionen unüberbrückbare Interessensunterschiede und Machtungleichheiten bestehen. Drittens wird aus neogramscianischer Sicht die Bedeutung des transnationalen Kapitals für den Integrationsprozeß im Supranationalismus unterschätzt. Und viertens berücksichtigt auch der Supranationalismus kaum globale Kräfte und Prozesse, die auf den Integrationsprozeß einwirken (Apeldoorn 2002: 36ff.; Apeldoorn *ET AL.* 2003: 23f; Nölke 2006: 162ff.).

Der Liberale Intergouvernementalismus öffnet die „black box“ des Staates, um über die Interessen sozialer Akteure innerhalb des Staates dessen Präferenzen zu erklären, die dann bei intergouvernementalen Verhandlungen auf internationaler Ebene versucht werden durchzusetzen. Aus neogramscianischer Sicht bleibt der Ansatz Moravcsiks jedoch bei der Analyse der relativen Stärken und Schwächen sozialer Akteure stehen und weist Produzentengruppen generell bessere Chancen zu, ihre Interessen durchzusetzen. Strukturelle Ungleichheiten, die die Balance der sozialen Kräfte wesentlich bedingen, werden ebenso außer Acht gelassen wie die Frage, wie ihr Kräfteverhältnis sich im Laufe der Zeit verändert. Es gibt kein Konzept, wie historisch entstandene soziale Beziehungen die Akteure einschließen und ihre Identität und Interessen prägen. Ein weiterer Kritikpunkt ruft die Annahme hervor, daß soziale Kräfte weiterhin ausschließlich innerhalb der Nationalstaaten agieren. Deshalb wird der Liberale Intergouvernementalismus als staatszentrierte Theorie abgelehnt (Apeldoorn *ET AL.* 2003: 24ff.).

Kernpunkt des Multi-Level Governance Ansatzes ist die Feststellung, daß es keinen Sinn macht, Analyseebenen (internationales Regime oder supranationaler Staat) zu trennen, da der Policy-Zyklus in der EU subnationale, nationale und supranationale Ebenen miteinander verflechtet. Multi-Level Governance zeigt en detail diese Verflechtungen auf. Aus neogramscianischer Sicht wird jedoch kritisiert, daß die komplexe Realität der EU sehr gut beschrieben wird, es dem Ansatz – verglichen mit den traditionellen Theorien – jedoch an analytischer Klarheit und Sparsamkeit mangelt (Apeldoorn *ET AL.* 2003: 27). Bedeutsamer ist jedoch die Kritik, Mehrebenen-Analysen würden fast ausschließlich die institutionellen Binnenprozesse des EU-Systems in den Blick nehmen und den institutionellen sowie regulativen Wandel untersuchen, nicht jedoch die spezifische Konfiguration, die ihn ermöglicht, antreibt oder behindert (Bieling/Steinhilber 2000b: 12). Das heißt, Probleme und Konflikte in den nationalen Gesellschaften sowie Krisen in der globalen kapitalistischen Reproduktion werden kaum in Verbindung mit dem untersuchten Wandel gestellt. Ähnlich verhält es sich mit der Art und Weise, wie im europäischen Mehrebenensystem Probleme identifiziert, wahrgenommen, gedeutet und gelöst werden. Die Macht- und Herrschaftsstrukturen hinter diesen Prozessen werden häufig ausgeblendet, wodurch die Perspektive einer alternativen europäischen Ordnungs- und Governance-Struktur verloren geht (Bieling/Steinhilber 2000b: 12f.; vgl. auch

Apeldoorn *ET AL.* 2003: 26ff.).

Mit den verschiedenen konstruktivistischen Ansätzen teilen neogramscianische Perspektiven die ontologische Grundannahme des Individualismus, das heißt, sie lehnen es ab, Strukturen auf die Interaktion rational kalkulierender Akteure zu reduzieren. In der Frage aber, welche Strukturen die Praxis der Akteure beeinflussen und welche sozialen Beziehungen betrachtet werden, gibt es Differenzen. Während neogramscianische Ansätze von einem historischen Materialismus ausgehen und die Produktion sowie den Austausch des Produzierten als Grundlage einer jeden Gesellschaftsordnung betrachten, lehnen Vertreter des liberalen oder idealistischen Konstruktivismus diesen ab (Apeldoorn *ET AL.* 2003: 29ff.; vgl. Apeldoorn 2002: 43).

2.3. Neogramscianische Perspektiven

Aufbauend auf den theoretischen Arbeiten von Antonio Gramsci, dessen Hauptanliegen es war, die Mechanismen bürgerlicher Herrschaft innerhalb westlicher Staaten zu erklären (vgl. Neubert 2001), entwickelte der Kanadier Robert W. Cox zu Beginn der 1980er Jahre eine alternative Perspektive auf die internationalen Beziehungen, die die meisten der bisher diskutierten etablierten Ansätze ablehnt (Cox 1998b; Cox 1998a). Sein Ziel war es, ein Instrumentarium zur Analyse transnationaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu schaffen.

Cox unterscheidet zunächst prinzipiell Problem-Lösungs-Theorien von kritischer Theorie, die die Grundlage für neogramscianische Perspektiven bildet. Theorie ist Cox zufolge immer für jemanden und für irgendeine Absicht verfaßt. Problem-Lösungs-Theorien akzeptieren die gesellschaftliche Realität mit den vorherrschenden Verhältnissen, Machtbeziehungen und Institutionen und sehen ihr Ziel darin, diese Beziehungen reibungslos funktionieren zu lassen, indem einzelne Störungsursachen beseitigt werden. Das grundsätzliche Muster der Institutionen und Beziehungen wird jedoch nicht in Frage gestellt. Problem-Lösungs-Theorien können in Teilbereichen bestimmte Gesetzmäßigkeiten aufzeigen, die den Anschein einer allgemeinen Gültigkeit haben, tatsächlich setzen sie jedoch stabile institutionelle und soziale Parameter voraus. Dieses positivistische Wissenschaftsverständnis lehnt die kritische Theorie ab. Sie nimmt die sozialen Verhältnisse und Machtbeziehungen nicht als gegeben hin, sondern hinterfragt sie und analysiert, wie diese entstanden sind, unter welchen Bedingungen sie

sich ändern und wie sie überwunden werden können (Cox 1998b: 32f.).

Wie bereits angedeutet, lautet die grundlegende Annahme neogramscianischer Perspektiven, daß die Macht- und Herrschaftsverhältnisse nur zu verstehen sind, wenn sie in ihrem historischen Kontext betrachtet werden, sowie die materiellen Existenzbedingungen und soziale Klassenkämpfe in den Fokus der Analyse rücken. Folglich sind in neogramscianischen Perspektiven weder Nationalstaaten noch supranationale Institutionen die wesentlichen Akteure, sondern soziale Kräfte. Dies bedeutet jedoch nicht, daß in neogramscianischen Ansätzen gesellschaftliche Dynamiken ausschließlich auf die Ökonomie zurückgeführt werden (auch wenn sich einige Autoren dem Vorwurf des Ökonomismus aussetzen (vgl. Scherrer 1998)). Cox betont die Bedeutung auch der kulturellen und ideologischen Dimension in diesem Prozeß. Da die sozialen Beziehungen konsequent transnational, das heißt nicht an nationale Grenzen gebunden, gedacht werden, wird der Neogramscianismus in einigen Beiträgen auch als transnationaler historischer Materialismus bezeichnet (vgl. Apeldoorn *ET AL.* 2003).

Im Mittelpunkt neogramscianisch inspirierter Untersuchungen steht das Konzept sich wandelnder globaler Hegemonie, wobei der Begriff Hegemonie sich stark von der in den Internationalen Beziehungen gebräuchlichen Verwendung unterscheidet. Häufig wird mit „Hegemonie“ die Dominanz von einem Land über andere Länder ausgedrückt, die sich auf militärische und ökonomische Überlegenheit stützt, und somit die Bedeutung des Begriffs auf ausschließlich zwischenstaatliche Beziehungen verkürzt. Neogramscianische Analysen fassen den Hegemoniebegriff wesentlich weiter und begreifen ihn als Produkt sozialer Prozesse:

„Hegemonie auf internationaler Ebene ist nicht nur eine Ordnung zwischen Staaten. Sie ist eine Ordnung innerhalb der Weltwirtschaft mit einer dominanten Produktionsweise, die alle Länder durchdringt und sich mit anderen untergeordneten Produktionsweisen verbindet. Sie ist auch ein Komplex internationaler sozialer Beziehungen, der die sozialen Klassen der verschiedenen Länder miteinander verbindet. Welthegegonie läßt sich so beschreiben als eine soziale, eine ökonomische und eine politische Struktur. Sie kann nicht auf eine dieser Dimensionen reduziert werden, sondern umfaßt alle drei. Welthegegonie drückt sich ferner in universellen Normen, Institutionen und Mechanismen aus, die generelle Regeln für das Verhalten von Staaten und für diejenigen zivilgesellschaftlichen Kräfte festlegen, die über die nationalen Grenzen hinweg handeln – Regeln, die die dominante Produktionsweise abstützen.“ (Cox 1998a: 83)

Wesentliches Merkmal des Hegemonieverständnisses in neogramscianischen Ansätzen ist es, daß ein bestimmter Typ gesellschaftlicher Reproduktion auch von den Beherrschten und Machtlosen mitgetragen wird. Hegemonie zeichnet sich nach Gramsci durch eine „Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne daß der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt, sondern im Gegenteil sogar versucht wird, zu erreichen, daß der Zwang auf den Konsens der Mehrheit gestützt scheint“ (Gramsci, zitiert nach Neubert 2001: 66f.). Insbesondere in Zeiten tiefer sozialer Krisen allerdings ist das Mittel des Zwangs, das sich in erster Linie auf die repressiven Staatsapparate stützt, unverzichtbar.

Grundsätzlich kann Coxs Verständnis von Hegemonie nicht nur auf internationaler Ebene angewandt werden, sondern auch auf föderale Gebiete auf regionaler Ebene, wie z.B. die Europäische Union (Bieling/Steinhilber 2000a: 103). Cox folgend muß Hegemonie als Auseinandersetzung gesellschaftlicher (sozialer) Kräfte bzw. Klassen in der *ökonomischen*, *politisch-institutionellen* und *ideologischen* Sphäre analysiert werden. Zwischen allen drei Sphären besteht kein Determinismus, sondern sie bedingen sich gegenseitig und sind nicht voneinander getrennt denkbar (Cox 1998a; vgl. Bohle 2006b).

Die wichtigste Ebene ist die *ökonomische Sphäre* der Produktionsverhältnisse. Produktion wird dabei nach Robert Cox in einem umfänglichen Sinne verstanden und umfaßt sowohl die Produktion materieller Waren als auch die Produktion und Reproduktion von Wissen, sozialen Beziehungen und Institutionen, die erforderlich sind, materielle Waren zu produzieren (vgl. Bohle 2006b und Bieler/Morton 2003). Veränderungen in den Produktionsverhältnissen haben Auswirkungen auf die politisch-institutionelle Sphäre und führen zu neuen Konfigurationen von sozialen Kräften.

Gesellschaftliche oder soziale Kräfte in der *politisch-institutionellen Sphäre* nehmen im Neogramscianismus eine herausragende Stellung ein. Anders als in den eingangs skizzierten gängigen Theorien der Internationalen Beziehungen bzw. der Europäischen Integration sind aus neogramscianischer Perspektive eben jene sozialen Kräfte die zentralen Akteure. Staatsmacht beruht letztlich auf der Konfiguration dieser sozialen Kräfte. Der Staat bildet die institutionalisierte Arena in der die politischen Kämpfe der verschiedenen sozialen Kräfte ausgetragen und Kompromisse gefunden werden. Die politisch-institutionelle Sphäre ist jedoch nicht auf den (National)Staat

begrenzt, sondern kann auf „neue transnationale politische Gemeinschaften“ (Gill 2000: 38) wie z.B. die europäische Union übertragen werden. Grundlegend für die relative Stabilität einer bestimmten Staatsform und der zugehörigen Konfiguration sozialer Beziehungen ist die Schaffung eines „historischen Blocks“. Ein historischer Block bezieht sich auf die Art und Weise, wie führende soziale Kräfte eine Herrschaft über untergeordnete soziale Kräfte innerhalb eines spezifischen nationalen Kontextes etablieren (Bieler/Morton 2003: 346). In einem historischen Block werden die Institutionen und Ideologien der Form nach universal sein und nicht als diejenigen einer partikularen Klasse erscheinen. Untergeordnete soziale Klassen werden so zufriedengestellt, daß diese die führende Rolle oder die vitalen Interessen der hegemonialen Klasse nicht in Frage stellen (Cox 1998a: 78). Auf internationale Ebene übertragen bedeutet dies, ein internationaler historischer Block bezieht sich auf die relativ stabile Allianz herrschender Klassen, die die internationale Ordnung stützen (vgl. Bohle 2006b: 62).

In der *ideologischen Sphäre* sind Ideen, Normen und Werte, die von den führenden und untergeordneten Klassen geteilt werden, bedeutsam für die Integration von untergeordneten sozialen Klassen in das hegemoniale Projekt. Wie auch konstruktivistische Ansätze unterstreichen neogramscianische Analysen die Bedeutung von Ideen bei der Bildung von Institutionen und Handlungen der Akteure. In neogramscianischen Perspektiven sind Ideen jedoch nicht von den materiellen Bedingungen zu trennen. Um Bedeutung zu gewinnen, müssen Ideen innerhalb eines hegemonialen Projektes artikuliert werden, z.B. in einem Projekt, daß aus der ökonomischen Sphäre hervorgeht, aber breit genug ist, verschiedene und sogar sich teilweise widersprechende Ideen aufzunehmen (Bohle 2006b: 62f.). Bei der Formierung eines hegemonialen Projekts spielen die Intellektuellen, die mit der führenden Klasse verbunden sind, eine Schlüsselrolle. „Sie haben die Funktion, diejenigen Leitbilder, Technologien und Organisationen zu entwickeln und aufrechtzuerhalten, die den Mitgliedern einer Klasse und eines historischen Blocks eine gemeinsame Identität vermitteln“ (Cox 1998a: 78).

In Gesellschaften, in denen keine führende Klasse eine Hegemonie in Gramscis umfassendem Sinne errichten konnte, geht es darum, eine neue Staatsform zu schaffen. Auch hier spielen Ideen, Normen und Werte eine gewichtige Rolle, da sie es transnationalen hegemonialen Kräften erlauben, in diese

Gesellschaften neue hegemoniale Projekte zu tragen. Gramsci bezeichnet diese Situation als passive Revolution (vgl. Bohle 2006b: 63; Gill 2003b: 55ff.). Eine passive Revolution findet dort statt, „wo der Drang zum Fortschritt nicht eng mit einer lokalen Wirtschaftsentwicklung verknüpft, sondern Reflex einer internationalen Entwicklung ist, welche ihre (aufgrund der produktiven Entwicklung in den fortgeschritteneren Ländern entstandenen) ideologischen Strömungen in die Randgebiete entsendet“ (Gramsci, zitiert nach Cox 1998a: 80). Gill weist darauf hin, daß das Konzept der passiven Revolution besonders hilfreich ist, um zu analysieren, wie sich der ehemalige sowjetische Block transformiert und in die institutionellen und konstitutionellen Formen der westlichen kapitalistischen Hegemonie bzw. der europäischen Integration aufgenommen wird (Gill 2000: 34).

Der normative Anspruch neogramscianischer Ansätze ist es, über die Frage der sozialen Kräfteverhältnisse und der inneren Widersprüche einer Hegemoniekonstellation hinaus alternative politische Projekte und ihre sozialen Kräfte zu identifizieren. Auf die europäische Integration bezogen bedeutet dies, nach den sozialen Kräften zu fragen, die durch die Widersprüche des Neoliberalismus in Europa (zunehmende Diskrepanz zwischen Macht des Kapitals und demokratischer Kontrolle, wachsende Zahl von prekarierten und aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossenen Arbeitskräften, zunehmende soziale Ungleichheit und schwindender sozialer Zusammenhalt) zu Trägern einer Gegenhegemonie werden können. Gill stellt die Frage, „wie eine neue transnationale politische Gemeinschaft im europäischen Raum zu errichten ist, und wie innerhalb dieses hypermodernen Raums eine radikal-demokratische Hegemonie zu konstruieren ist“ (Gill 2000: 38, vgl. Bohle 2006a: 210f.).

Die von Robert Cox in das Fach der Internationalen Beziehungen eingebrachten Konzepte Antonio Gramscis sind von etlichen Autoren auf die Analyse der Europäischen Integration angewandt worden (Apeldoorn 2002; Bieler 2000; Bieler/Morton 2001; Bieling/Steinhilber 2000c; Bohle 2002; Cafruny/Ryner 2003; Gill 2003b; Holman 1999). Im Mittelpunkt dieser Analysen steht der mit dem Binnenmarktprojekt Mitte der 1980er Jahre ausgelöste europäische Integrationsschub und der Wandel von einer eher keynesianisch geprägten Europäischen Gemeinschaft zu einer neoliberalen, das heißt markt- und wettbewerbszentrierten Europäischen Union, die zunehmend auf transnationalen Kräften und supranationalen Organisationen beruht.

3. Neoliberale Hegemonie in der Europäischen Union

In diesem Kapitel werde ich zunächst die Frage klären, was unter dem Begriff Neoliberalismus zu verstehen ist. Anschließend fasse ich die Ergebnisse verschiedener neogramscianischer Analysen zusammen, wie sich eine neoliberale Hegemonie in der Europäischen Union auf den verschiedenen miteinander verknüpften ökonomischen, politisch-institutionellen und ideologischen Sphären herausgebildet hat. Darauf folgend greife ich das Argument von Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber auf, nicht nur die „große Erzählung“ des Neoliberalismus insgesamt als ein hegemoniales Projekt zu betrachten, sondern sich auch konkreten politischen Initiativen als hegemonialen Projekten zuzuwenden, die sich selbst als Lösungen von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen (Bieling/Steinhilber 2000a). Als konkrete politische Initiativen der neoliberalen Rekonfiguration Europas identifizieren Bieling/Steinhilber drei wesentliche Projekte: das Europäische Währungssystem, den Gemeinsamen Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion. Der Analyse dieser drei Projekte werde ich noch die Lissabon-Strategie der EU sowie die EU-Osterweiterung als weitere Projekte der neoliberalen Umgestaltung der Europäischen Union hinzufügen.

3.1. Neoliberale Hegemonie – Versuch einer Begriffsklärung

Neoliberalismus ist neben Globalisierung einer der populärsten Schlagworte der letzten Zeit in der politischen Diskussion. Seine Bedeutung ist ebenso vielschichtig wie diffus und spätestens seit Mitte der 1990er Jahre mit einer negativen Wertung besetzt. Es bedarf deshalb in einer Untersuchung über die Auswirkungen des neoliberalen Entwicklungspfads der Europäischen Union auf ihre Osteuropapolitik einer klärenden Beschreibung, was unter Neoliberalismus zu verstehen ist. Nun weist Bernhard Walpen darauf hin, daß der Neoliberalismus weder als ganzes noch seine einzelnen Strömungen (u.a. Freiburger Schule um Walter Eucken und Alexander Rüstow, Chicagoer Schule um Milton Friedman, Österreichische Schule um Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek sowie jüngere Strömungen wie die Public Choice Ansätze, die ökonomische Marktregeln auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen) über ein fest umrissenes Programm verfüge und der Versuch

einer eindeutigen Begriffsbestimmung daher ein vergebliches Unterfangen sei (Walpen 2000: 1067). Dennoch lassen sich gemeinsame Grundprinzipien identifizieren, die von allen „Neoliberalismen“ (Walpen 2000: 1066) geteilt werden.

Mit der Weltwirtschaftskrise 1929/32 begann die Lehre des Neoliberalismus ihren Aufstieg. Sie war zum einen Reaktion auf den global aufblühenden Keynesianismus, dessen zentrales Anliegen die Wirtschaftslenkung durch den Staat ist. Der aufkommende Neoliberalismus lehnte diesen scharf ab, weil Neoliberalisten gerade den Einfluß der „chaotischen Kräfte der Masse“ in Staat und Gesellschaft auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb, das heißt Interventionen des Staates in den Markt, als Ursache der Weltwirtschaftskrise ausmachten (vgl. Ptak 2007: 19ff.). Auf der anderen Seite grenzt sich der Neoliberalismus gegenüber dem klassischen Wirtschaftsliberalismus vor allem durch seine Kritik am Grundsatz des Laissez-faire ab. Das Laissez-faire-Prinzip steht für eine freie Entfaltung des wirtschaftlichen Geschehens ohne jedwede staatliche Eingriffe. Neoliberalisten jedoch halten die Existenz eines starken Staates für unabdingbar, da nur er den freien Markt zu sichern bzw. zu schaffen vermag.

Die zentralen Grundsätze, auf denen die verschiedenen Strömungen des Neoliberalismus aufbauen, lassen sich zu folgenden Punkten zusammenfassen: 1) wirtschaftliche Freiheit (Privateigentum und freies Unternehmertum), 2) freier Markt und Wettbewerb, 3) eingeschränkte und gleichwohl starke Rolle des Staates.

zu 1) Wirtschaftliche Freiheit beinhaltet als Kernforderung die Sicherung von Privateigentum an Produktionsmitteln sowie ein freies Unternehmertum. Aus der Ablehnung des „Kollektivismus“, worunter nicht nur Kommunismus, Marxismus und Sozialismus verstanden werden, sondern auch Keynesianismus, Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat (Walpen 2000: 1067), leitet sich das Primat privatwirtschaftlicher Organisation ab. „Die Privateigentumsordnung ist Garant der Freiheit und Würde des Menschen“ (Höffner, zitiert nach Walpen 2000: 1073). Oder im Umkehrschluß: Nur eine auf freiem Unternehmertum und Privateigentum an Produktionsmitteln basierende Gesellschaft ist freiheitlich und menschenwürdig.

zu 2) Ein freier Markt, Wettbewerb und Konkurrenz als Ordnungsprinzip von Wirtschaft und Gesellschaft sind ihre wirksamsten Antriebskräfte. Da Menschen aufgrund ihrer beschränkten

Vernunft und ihres mangelnden Wissens nicht in der Lage sind, komplexe wirtschaftliche Vorgänge zu begreifen und somit zu steuern, bietet die Institution des freien Marktes die einzige Möglichkeit, das menschliche Wissen und menschliche Fähigkeiten zum Wohle aller zu nutzen. „Nur in einer Wettbewerbswirtschaft [können] die konkreten Umstände, die wir zur Befriedigung unserer Bedürfnisse verwenden wollen und deren Kenntnis unter Hunderttausenden von Menschen verteilt ist, vollkommen ausgenutzt werden“ (Hayek, zitiert nach Ptak 2007: 45). Dies ist die theoretische Grundlage für die bekannte TINA-Formel („There is no Alternative“) von Margaret Thatcher und die Begründung für eine Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung.

zu 3) Eine eingeschränkte und gleichwohl starke Rolle des Staates ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch. Ein schlanker Staat wird gefordert, wenn die Kritik sich an den ausufernden Interventions- bzw. Wohlfahrtsstaat richtet. Ist die Rede von einem starken Staat, so bezieht sich dies auf die ordnungspolitische Sicherung des freien Wettbewerbs. In der neoliberalen Theorie sind zwei Pole des Staatsverständnisses zu identifizieren, die jedoch keineswegs einen grundlegenden Gegensatz bilden. Zum einen gibt es die ordoliberalen Vorstellung mit Hilfe eines starken Staates eine wettbewerbsintensive Marktwirtschaft zu organisieren, das heißt Marktwirtschaft quasi zu einer „Veranstaltung des Staates“ zu machen. Zum anderen gibt es den insbesondere von Friedrich August von Hayek geprägten Ansatz einer spontanen Ordnung von Märkten. Auch hier spielt der Staat eine starke Rolle, allerdings ist er wesentlich zurückhaltender und in seiner Kernfunktion auf den liberalen Rechtsstaat beschränkt (vgl. Ptak 2007: 32ff.). Durch die Herrschaft des Gesetzes soll die Staatsgewalt an bestimmte Regeln gebunden werden, sodaß die freie Marktwirtschaft nicht durch politische Entscheidungen unterlaufen werden kann.

Der Neoliberalismus läßt sich jedoch nicht auf eine ökonomische Theorie reduzieren, die die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen von Märkten analysiert, sondern er geht weit über einen rein wissenschaftlichen Ansatz hinaus. Neoliberalismus ist ein „Ensemble von wissenschaftlichen, insbesondere ökonomischen Theorien, staatlich und zivilgesellschaftlicher Politikformen, Konzernstrategien und Selbst-Praktiken“ (Plehwe/Walpen 1999: 206), das die politische und institutionelle Strategie und Taktik verfolgt, die Marktgesellschaft durchzusetzen. Im Mittelpunkt steht die Realisierung eines Gesellschaftsprojektes, das bis in die 1960er Jahre hinein eher ein

Nischendasein führte, sich jedoch spätestens seit den Wahlsiegen von Margaret Thatcher (1979) und Ronald Reagan (1981) global ausbreitete und in vielen Teilen der Welt eine Hegemonie errang.

Wenn von neoliberaler Hegemonie die Rede ist, so meint dies nicht, daß sich die angeführten neoliberalen Grundprinzipien in Reinform in bestimmten Regionen oder gar weltweit durchgesetzt haben. Hegemonie verlangt nach Gramsci einen aktiven Konsens und die Beteiligung sowohl der herrschenden als auch der beherrschten Klassen und findet daher ihren Ausdruck in Koalitionen und Kompromissen, die die verschiedenen sozialen Kräfte in den historischen Block integrieren. Als Kompromiß in diesem Sinne kann der sich selbst als kritisch gegenüber dem Neoliberalismus bezeichnende Kommunitarismus und die von seinen Vertretern proklamierte „Politik des Dritten Wegs“ gelten. Zwar steht der Kommunitarismus von seinem Ansatz dem Neoliberalismus konträr gegenüber, gleichwohl zeigt er eine gewisse Überlappung und Kompatibilität mit der neoliberalen Philosophie (vgl. Bieling 2006a; Plehwe/Walpen/Neunhöffer 2006; Ryner 2000). Unter neoliberaler Hegemonie ist daher vielmehr die durch Kompromisse und Zugeständnisse gekennzeichnete Ausbreitung neoliberaler Grundannahmen über verschiedene Klassen und Sphären der Gesellschaft zu verstehen.

3.2. *Rahmenbedingungen einer neoliberalen Hegemonie in der EU*

Wie im Kapitel 2.3 argumentiert, muß die Entstehung einer internationalen Hegemonie auf den Ebenen der materiellen Produktionsbeziehungen, der sozialen Beziehungen und der politisch-ideologischen Beziehungen analysiert werden. Veränderungen in allen drei Sphären haben in den letzten Jahrzehnten zu einer Etablierung einer neoliberalen Hegemonie in der Europäischen Union geführt, die im folgenden untersucht werden.

3.2.1 *Materielle Produktionsbeziehungen*

Die Ebene materieller Produktionsbeziehungen ist geprägt von der Krise und Auflösung des Fordismus und dem Übergang zum Finanzmarkt-Kapitalismus (Bischoff 2006). Merkmale des regulierten fordistischen Produktionsmodells waren (vgl. Buchholz 2007: 11ff.):

- auf weltwirtschaftlicher Ebene eine institutionelle Struktur (Bretton-Woods-System mit den

Institutionen des Internationale Währungsfonds und der Weltbank), um die Wechselkurse wirtschaftspolitisch umfassend zu regulieren und so das Weltwährungssystem stabil zu halten;

- auf nationaler Ebene eine staatliche makroökonomische Lenkung der volkswirtschaftlichen Entwicklung, indem durch staatliche Intervention eine antizyklische Wirtschaftspolitik betrieben wurde;
- auf gesellschaftlicher Ebene ein „Klassenkompromiß“ zwischen Arbeit und Kapital. Durch die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden wurde Massenproduktion in Kombination mit Massenkaufkraft bzw. -konsum möglich, wodurch zum einen eine hohe Beschäftigungsquote erreicht und zum anderen die Rentabilität des Kapitals stabilisiert wurde. Hinzu kommt ein ausgeprägtes System der staatlichen sozialen Sicherung (Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat), das die Existenzunsicherheiten der arbeitenden Klasse kompensierte und je nach Konstellation der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Tradition national unterschiedlich ausgeprägt war.

Es sei jedoch angemerkt, daß die „Erfolgsgeschichte“ des Fordismus viele Schattenseiten besaß (z.B. enorme Entfremdung des Arbeiters vom Produkt durch Aufteilung in immer kleinere Arbeitsschritte, Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung in wenige entwickelte Industriestaaten und viele unterentwickelte Rohstofflieferanten, ökologische Auswirkungen von Massenproduktion und -konsum), die an dieser Stelle nicht weiter beleuchtet werden können.

Im Laufe der 1970er Jahre gerät dieses fordistische System der Massenproduktion und Massenkonsumtion, in dem durch effiziente Arbeitsorganisation und technischen Fortschritt die Arbeitsproduktivität stetig gesteigert wird und gleichzeitig ein Teil der Unternehmensprofite an die Arbeiter/innen und Angestellten weitergereicht werden, in die Krise. Es zeichnete sich ein qualitativer Übergang zu einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise ab, die zunächst allgemein als „Postfordismus“ (Dörre 2001) bezeichnet wurde und inzwischen als „Shareholder-value-Kapitalismus“ „Casino-Kapitalismus“ oder „Finanzmarkt-Kapitalismus“ charakterisiert wird (vgl. u.a. Bischoff 2006). Merkmale dieses Finanzmarkt-Kapitalismus sind (vgl. Buchholz 2007: 11ff.; Bischoff/Detje 2003):

- Herausbildung einer strukturellen Überakkumulation von Kapital, das heißt, die Nachfrage nach

Konsumgütern kann nicht mit der Produktivitätsentwicklung Schritt halten (vgl. Bischoff 2006: 67ff.). In der Folge sinkt die Rentabilität der Realwirtschaft (Industrie) und Investitionen verlagern sich in den Finanzsektor;

- Verfügbarkeit großer privater Geldvermögen, die in Fonds oder „Private-Equity-Firmen“ angelegt wurden, die eine maximale Rendite erbringen sollen, ohne auf die in der realen Ökonomie erzielbaren niedrigeren Rentabilitäten Rücksicht zu nehmen;
- Ausrichtung der Managementstrategien von Kapitalgesellschaften auf die Aktionäre bzw. Finanzinvestoren monetärer Fondsgesellschaften und die Entwicklung des Aktienkurses (Shareholder-value);
- dies führt insgesamt zu einer internationalen Dominanz der Finanzmärkte sowie zu einer stark gestiegenen Bedeutung der Börsen und bringt eine entsprechende ökonomische Macht der maßgeblichen finanziellen Akteure mit sich;
- weltweite Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte, deren Ausgangspunkt der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems zu Beginn der 1970er Jahre war;
- Schaffung neuer Kapitalanlagemöglichkeiten durch Privatisierung öffentlicher Güter;
- und damit eng verbunden eine Senkung des Staatsanteils an der sozialen Sicherung, der Verzicht des Staates auf makroökonomische Lenkung der Marktprozesse sowie eine allgemeine Ökonomisierung der Gesellschaft;
- auf betrieblicher Ebene Verschlankung der Betriebs- und Arbeitsorganisation und Übergang zu neuen Managementprinzipien, just-in-time Produktion, Auslagerung von Fertigungsbereichen und interne Wettbewerbsausscheidungen (vgl. Dörre 2001);
- wachsende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien, die die Grundlage des sich neu herausbildenden Produktionsmodells schaffen (vgl. Bischoff 2006: 82ff.).

Auf europäischer Ebene hatte seit Mitte der 1980er Jahre die Beseitigung von Handels- und Wettbewerbshindernissen und die Transnationalisierung der Produktion zu einem integrierten europäischen Wirtschaftsraum geführt. Über eine ganze Reihe von politischen Projekten (siehe folgendes Kapitel) wurde die Finanzmarktintegration in der Europäischen Union hin zu einer „finanzgetriebenen neuen europäischen Ökonomie“ (Bieling 2003: 48) betrieben. Allerdings können die

politischen Projekte nicht als bloße politische Strategie betrachtet werden, sondern müssen immer in Zusammenhang mit den grundlegenden globalen ökonomischen Entwicklungen gesehen werden (vgl. Grahl 2003).

3.2.2 Soziale Beziehungen

Auf der Ebene der sozialen Beziehungen geht die Auflösung des Fordismus und der Übergang zum Finanzmarkt-Kapitalismus, in dem die Finanzbeziehungen im wesentlichen transnational organisiert sind, einher mit der Herausbildung eines neuen transnationalen historischen Blocks. Dies führt zu einer Dominanz von transnationalen Konzernen (TNK) als den maßgeblichen Akteuren der Weltökonomie und der strukturellen Macht des transnationalen Kapitals. Bastian van Apeldoorn geht in diesem Prozeß vom Aufstieg transnationaler kapitalistischer Eliten zu zentralen Akteuren in der globalen Politik aus und interpretiert die Entstehung des European Round Tables of Industrialists (ERT) als die wesentliche Organisation in der Europäischen Union, die den Prozeß der transnationalen Klassenformierung in Europa vorantreibt. Der ERT gilt als wichtigstes Forum zur Errichtung eines transnationalen historischen Blocks, der um die Hegemonie des transnationalen Kapitals streitet. Gleichzeitig betont Apeldoorn, daß die transnationale Klasse nicht als einheitlicher Akteur begriffen werden kann. Aufgrund funktionaler Differenzen zwischen dem Finanz- und Industriekapital oder zwischen globalem und national orientiertem Kapital können mitunter bedeutsame ideologische und strategische Differenzen entstehen. (Apeldoorn 2000: 190ff.; vgl. Apeldoorn 2002).

Der ERT wurde 1983 auf Initiative von Pehr Gyllenhammar, damaliger Vorstandsvorsitzender von Volvo, und Etienne Davignon, zu dieser Zeit Vizepräsident der Europäischen Kommission, gegründet. Erklärtes Ziel der Organisation war es „die Europäische Industrie neu zu beleben und wieder wettbewerbsfähig zu machen und die Vereinheitlichung des europäischen Marktes zu beschleunigen“ (Dekker, zitiert nach Apeldoorn 2000: 194). Heute besteht der ERT aus 45 Vorstandsvorsitzenden der größten und am stärksten transnationalisierten Konzerne Europas. Obwohl es eine ganze Reihe an Organisationen der europäischen Wirtschaft gibt, stellt Apeldoorn die Besonderheit des ERT heraus. Denn der ERT fällt weder unter die „Logik eines pluralistischen Lobbying noch der Logik korporatistischer Interessensvermittlung“ (Apeldoorn 2002: 104). Da der ERT ein relativ kleiner,

privater Klub leitender Manager der größten europäischen Konzerne ist, die aufgrund ihrer führenden Machtposition einen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsträgern haben, ist es ihnen möglich, aktives Lobbying auf nationaler und supranationaler Ebene zu betreiben und dabei schnell und flexibel zu handeln, weil sie im Vergleich zu großen Dachverbänden keine verschiedenen Mitgliedschaften repräsentieren müssen. Durch seinen elitären Charakter ist der ERT zudem in der Lage, über das Lobbying oder die Interessenrepräsentation im engeren Sinne hinaus eine stärker strategische und vorausschauende Rolle auszuüben. „Es ist die Ausübung *ideologischer* Macht, durch die sich der ERT am deutlichsten von der eher traditionellen Wirtschaftslobby unterscheidet“ (Apeldoorn 2000: 198, Hervorhebung im Original).

Traten in den 1980er Jahren noch viele der frühen Mitglieder des European Round Table of Industrialists bei der Wiederbelebung des europäischen Projektes für einen relativ geschützten Binnenmarkt in der EU ein, deren Forderungen insbesondere aus der Automobil- und Elektroindustrie zum Teil auch erfüllt wurden, so nahm der begrenzte Protektionismus im Laufe der Zeit Schritt für Schritt ab. Auch innerhalb des ERT fand ein Kampf zwischen einer neoliberalen und neomerkantilistischen Interpretation des Binnenmarktes statt, in der schließlich neoliberale Kräfte die Oberhand gewannen. Dies ist zum einen mit einer stärkeren globalen Ausrichtung der europäischen Konzerne zu erklären und zum anderen mit einer Erweiterung der Mitgliedschaft des ERT, in den mehr und mehr Vertreter global agierender Unternehmen eintraten und die so den Round Table zu einem „Eliten-Forum für die europäische transnationale kapitalistische Klasse“ entwickelten (Apeldoorn 2000: 199ff.).

Die Entstehung eines internationalen historischen Blocks bedeutet jedoch nicht nur eine Allianz transnationaler kapitalistischer Interessen, sondern impliziert, daß Gruppen aus mehr als einer Klasse in den Block involviert sind, da Hegemonie bestimmter sozialer Kräfte von den meisten Mitgliedern einer Gesellschaft als natürlich und legitim angesehen wird (Gill/Law 1993: 96f.). In diesem Sinne müssen bei der Analyse des internationalen historischen Blocks weitere zivilgesellschaftliche Gruppen berücksichtigt werden, allen voran die Gewerkschaften, da diese gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen nach wie vor eine herausragende Bedeutung haben (Schulten 2000: 226).

Mit der Krise des fordistischen Akkumulationsregimes und der quasi Aufkündigung des „Klassenkompromisses“ ging eine weitreichende Machtverschiebung einher, in der die Gewerkschaften in ihrer Position deutlich geschwächt und die Kapitaleseite grundlegend gestärkt wurde. Trotzdem kann nicht von einem Niedergang der europäischen Gewerkschaften gesprochen werden, vielmehr ist ein Übergang vom Nachfrage- zum Angebotskorporatismus bzw. vom sozialen Korporatismus zum Wettbewerbskorporatismus zu beobachten. Über den Wettbewerbskorporatismus, dessen Ziel in erster Linie die Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit ist, werden die Gewerkschaften in die neoliberalen Restrukturierungsprojekte eingebunden. Es sind im wesentlichen drei Elemente, die den Wettbewerbskorporatismus charakterisieren: 1) verpflichten sich die Gewerkschaften auf eine Politik der Lohnzurückhaltung und akzeptieren differenzierte Einkommensstrukturen, 2) unterstützen sie den Umbau des Sozialstaates mit dem Ziel eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zu erreichen und die Sozialkosten (bzw. „Lohnnebenkosten“) deutlich zu senken und 3) wird der Weg einer umfassenden Reduzierung von Unternehmenssteuern sowie der Umbau des Steuersystems von direkten zu mehr indirekten Steuern mitgetragen. Als Gegenleistung erhalten die Gewerkschaften meist nur die vage Hoffnung auf ein durch die Lohnzurückhaltung induziertes Beschäftigungswachstum, ein Verzicht auf Stellenabbau oder in wenigen Fällen Zusagen von Arbeitszeitverkürzungen und Steuererleichterungen (Schulten 2000: 230f.).

Auf europäischer Ebene bestehen zahlreiche offizielle „quasi-korporatistische“ Strukturen sowie ein umfangreiches Netzwerk formeller und informeller Beziehungen zwischen den Repräsentanten der europäischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen und den Vertretern der europäischen Institutionen. Diese Netzwerke ermöglichen es den europäischen Gewerkschaften, vielfältig ihre Interessen einzubringen, „ohne dabei jedoch auf die zentralen Integrationsprojekte und die hier zugrundeliegende neoliberale Integrationslogik einen substantiellen Einfluß nehmen zu können“ (Schulten 2000: 236). Doch auch wenn Andreas Bieling argumentiert, daß die politischen Aktivitäten der Gewerkschaften auf europäischer Ebene gegen die neoliberale Restrukturierung gerichtet sind (Bieler 2005), so wurden dennoch die zentralen Integrationsprojekte (siehe folgendes Kapitel) von den Gewerkschaften mitgetragen und nie grundsätzlich in Frage gestellt.

Mit dem dargestellten Wandel im Produktionsmodell und der Herausbildung eines neuen transnationalen historischen Blocks entstand seit den 1980er Jahren eine neue Form der Beziehungen zwischen den europäischen und nationalen Institutionen, was Patrick Ziltener als „Strukturwandel der europäischen Integration“ bezeichnet (Ziltener 2000: 84ff.; vgl. Ziltener 1999). Dieser Strukturwandel ist gekennzeichnet durch einen Übergang von einer Integrationsweise, die darauf angelegt war, die nationalen fordistischen Entwicklungswege abzusichern und damit die einzelnen Nationalstaaten zu stärken, zu einer wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise, die zumeist zu Lasten der Nationalstaaten und nationalen Institutionen geht. Wesentliche Charakteristika der neuen wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise ist es, die Wettbewerbsfähigkeit auf allen Ebenen der europäischen Gesellschaften zu erhöhen. Das geschieht durch eine Transformation der Staatlichkeit in Europa. Zum einen werden bestimmte Elemente der nationalen Staatsaufgaben (z.B. Geldpolitik) im Sinne von Wettbewerbsstaatlichkeit vergemeinschaftet. Zum anderen wird über eine Mischung aus Anreiz- und Benachteiligungssystemen der Staatsumbau auf der nationalen Ebene vorangetrieben und in Richtung Konkurrenz und Wettbewerb entwickelt. Die europäischen Staaten wandelten sich von „Keynesianischen Wohlfahrtsstaaten“ zu „nationalen Wettbewerbsstaaten“ (Ziltener 2000, vgl. Bohle 2006b: 64f.).

3.2.3 Politisch-ideologische Beziehungen

Auf der Ebene der politisch-ideologischen Beziehungen läßt sich ein Wechsel der ökonomischen Denkweise vom Keynesianismus zum Neoliberalismus beobachten. Dem Wandel in den ökonomischen Vorstellungen vom Keynesianismus zum Neoliberalismus lag zwar ein grundlegender Umbruch in den Produktionsbeziehungen zugrunde, dennoch verbreiteten sich neoliberale Ideen nicht zufällig oder zwangsläufig, sie wurden und werden vielmehr durch eine Vielzahl von Think Tanks und Expertennetzwerken populär gemacht. Die transnationale und wohl organisierte neoliberale Wissens- und Ideologieproduktion konstituiert sich allem voran in der Mont Pèlerin Society (MPS), einem Ende der 1940er Jahre gegründeten und seitdem stetig wachsenden weltweiten Netzwerk neoliberaler Intellektueller. Erklärtes Ziel war es, den dominierenden sozialliberalen und sozialistischen Wissenschaftlern und Experten eine „anti-sozialistische Wissenschaft und Expertise“

(Plehwe/Walpen 2004: 62) entgegenzusetzen. Friedrich August von Hayek ging von einem sozialistischen Filter in den Wissen verbreitenden Institutionen der Gesellschaft, Universitäten, Institute, Stiftungen, Zeitschriften und Medien aus, die er durch anti-sozialistische Wissenszentren zu attackieren und effektives Filtern, Verarbeiten und Verbreiten neoliberalen Wissens zu ersetzen suchte (Plehwe/Walpen 2004: 58ff.). Das Netzwerk der MPS umfaßt seit seiner Gründung 1947 etwas mehr als eintausend individuelle Mitglieder, die vor allem aus den USA, Deutschland und Großbritannien stammen, das sich aber seit Mitte der 1960er Jahre mehr und mehr global ausrichtet und inzwischen eine nennenswerte Zahl an Mitgliedern auf allen Kontinenten besitzt. Die Mitglieder der Mont Pèlerin Society arbeiten vor allem in Universitäten, in einer Vielzahl von Think Tanks, in der privaten Wirtschaft, insbesondere in Banken und in Wirtschaftsverbänden, in den Medien oder sind in der Politik bzw. in internationalen Organisationen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds tätig. Vereinzelt bekleiden Mitglieder der MPS auch hohe öffentliche Ämter, wie der tschechische Präsident Vaclav Klaus oder der frühere deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard. Plehwe und Walpen betonen jedoch, daß die Stärke der MPS nicht auf publikumswirksamen und öffentlich anerkannten Persönlichkeiten in Politik und Wissenschaft beruht, sondern durch ein Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien umspannendes Netzwerk eine neoliberale Hegemonie hergestellt und reproduziert wird (Plehwe/Walpen 2004: 68; vgl. Plehwe/Walpen 1999).

Wie beeinflusst nun dieses Netzwerk neoliberaler Ideen die Entwicklung der europäischen Integration? Zunächst läßt sich auf europäischer Ebene bis in die 1990er Jahre keine starke Intervention von neoliberalen Think Tanks oder Intellektuellen in den Diskurs der europäischen Integration erkennen. Der seit Beginn der 1980er Jahre festzustellende neoliberale Entwicklungspfad der Europäischen Union wurde also nicht signifikant durch das Wirken der sich selbst als neoliberal verstehenden Netzwerke beeinflusst. Seit Beginn der 1990er Jahre ist jedoch eine rasche Expansion neoliberaler Intellektuellennetzwerke und Think Tanks zu beobachten, die darauf abzielen, die allgemeine Terminologie und den Rahmen der Debatte der europäischen Integration zu beeinflussen. Einer der zahlreichen neoliberalen Versuche, transnationale Netzwerke auf europäischer Ebene zu institutionalisieren, ist die European Constitutional Group, die personell eng mit der Mont Pèlerin Society verknüpft ist. Ziel dieser Gruppe ist es, neoliberale Grundprinzipien wie freie Marktwirtschaft

und eine stark eingeschränkte supranationale Politikkompetenz in einer sich abzeichnenden Verfassung der Europäischen Union zu verankern. Insbesondere die Verlagerung von Kompetenzen auf die supranationale Ebene wird heftig kritisiert. Während in der ökonomischen Liberalisierung (negative Integration) zwar ein einfaches Mehrheitsprinzip angestrebt wird, so wird dies bei unionsweiten Regelungen beispielsweise in der Sozial- oder Umweltpolitik (positive Integration) strikt abgelehnt, da dies die Souveränität der Mitgliedsstaaten untergraben und zu wachsender staatlicher Regulierung der europäischen Institutionen führen würde. Der europäische Verfassungsentwurf in seiner vorliegenden Form wird von der European Constitutional Group deshalb auch abgelehnt.

3.3. Politische Projekte der Europäischen Integration

Der oben beschriebene Wandel in der ökonomischen, politisch-institutionellen und ideologischen Sphäre stellt den Rahmen einer neuen neoliberalen Konstellation dar. Im folgenden werden nun die zentralen Projekte der neoliberalen Reorganisation der Europäischen Union untersucht. Durch die Konzentration auf hegemoniale politischen Projekte der europäischen Integration können die unterschiedlichen Phasen, die konkreten Schritte und die sich teilweise widersprechenden Strategien der neoliberalen Restrukturierung der EU betont werden (Bieling/Steinhilber 2000a: 106, vgl. Bohle 2006b: 66ff.). Bieling/Steinhilber charakterisieren politische Projekte dann als hegemonial,

wenn sich in ihnen die unterschiedlichen Interessen und Diskurse nicht nur überlagern, sondern wechselseitig derart verstärken, daß hieraus für weite Teile der Bevölkerung ein „motivating social myth“ [...] entsteht. Dieser wirkt mit Blick auf den europäischen Integrationspfad in zwei Richtungen: Einerseits generiert er durch die politische Fokussierung eines übergeordneten „Allgemeininteresses“ eine aktive Zustimmung; andererseits desartikulierte und neutralisiert er zugleich widerstrebende Weltsichten und Zielsetzungen, organisiert mithin gesellschaftliche Akzeptanz (Bieling/Steinhilber 2002: 43).

Als zentrale Projekte der ökonomischen Reorganisation der EU identifizieren die beiden Autoren das 1) *Europäische Währungssystem (EWS)*, 2) das *EG-Binnenmarktpjekt* und 3) die *Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)*. Um die neoliberale Restrukturierung zu festigen und zu erweitern, sind zwei weitere Projekte von besonderer Bedeutung, nämlich: 4) die *Lissabon-Strategie der EU* sowie 5) die

EU-Osterweiterung.

3.3.1 Das *Europäische* Währungssystem

1) Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und dem Scheitern des Werner-Plans unterlagen die Relationen zwischen US-Dollar und D-Mark sowie auch die Wechselkurse zwischen den europäischen Währungen starken Schwankungen. Insbesondere für die Exportwirtschaft wurden grenzüberschreitende Transaktionen zunehmend unsicher. Als Reaktion auf diese Unsicherheiten initiierten der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt und der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing das Europäische Währungssystem mit dem Ziel, den europäischen Währungsraum zu stabilisieren, den intra-europäischen Handel auf eine sichere Kalkulationsbasis zu stellen und die Abhängigkeit des europäischen Exports von den Devisenschwankungen zu minimieren. Das EWS war ein System fester, aber flexibler Währungskurse zwischen den Mitgliedsstaaten, in dem die teilnehmenden Währungen von einem festgelegten Leitkurs in der Regel höchstens um $\pm 2,25\%$ abweichen durften. Auf diese Weise schuf das Europäische Währungssystem die Voraussetzungen für die Prinzipien einer monetaristischen Stabilitätspolitik und engte den Handlungsspielraum für diejenigen Mitgliedsstaaten ein, die vornehmlich über eine nationale Nachfragepolitik (staatliche Ausgabenprogramme, Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, Abwertung der eigenen Währung) ihre wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Probleme zu lösen versuchten. So schwenkten im Verlauf der achtziger Jahre fast alle Mitgliedsländer auf einen austeritätspolitischen Kurs ein, das heißt, sie stellten auf eine strenge Sparpolitik des Staates um, die sich um einen schlanken und ausgeglichenen Staatshaushalt bemüht (Bieling/Steinhilber 2002: 44; Bieling/Steinhilber 2000a: 110ff.).

Bieling und Steinhilber sehen somit im Europäischen Währungssystem den „Startschuß für die Restrukturierung in Europa, da es traditionelle institutionelle Strukturen aufbrach und die Mitgliedstaaten dazu zwang, Haushaltsdisziplin und eine restriktive Geldpolitik zu akzeptieren“ (Bieling/Steinhilber 2000a: 112). Dennoch konnte das EWS keine Impulse für den europäischen Integrationsprozeß stimulieren, da es mehr ein technokratisches denn ausstrahlungsfähiges Projekt war, das (außer in Frankreich) vorrangig unter Experten diskutiert wurde.

3.3.2 EG-Binnenmarktprojekt

2) Das änderte sich mit dem zweiten Projekt der neoliberalen Restrukturierung, dem Binnenmarktprogramm, das eine ungleich höhere Ausstrahlungskraft als das Europäische Währungssystem entfalten konnte. Vor dem Hintergrund weltweiter wirtschaftlicher Schwäche in Folge der zweiten Ölkrise von 1979 wuchsen die Produktivitätsnachteile der europäischen Ökonomien gegenüber den USA und Japan, die sich wesentlich schneller von der Krise erholt hatten. Als Reaktion auf diese Entwicklung veröffentlichte die Europäische Kommission 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes“ (Europäische Kommission 1985), welches 300 Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 durch die Abschaffung nichttarifärer (technischer, administrativer und politischer) Handelshemmnisse vorsah. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 wurde die rechtliche Grundlage für das Binnenmarktprogramm gelegt. Ziel war es, bis zum 1. Januar 1993 den freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften zu gewährleisten, um so den Wettbewerb zu forcieren. Die auf diese Weise erreichten Produktivitätsgewinne und die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit sollten Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung stimulieren (vgl. Bieler 2003: 5ff.; Bieling/Steinhilber 2000a: 112ff.; Bieling/Steinhilber 2002: 44f.).

Im Gegensatz zum Europäischen Währungssystem, das eher ein Expertenprojekt war, wurde der Binnenmarkt von einer breiten Koalition nationaler und supranationaler Akteure unterstützt. Insbesondere die transnationalen Kapitalfraktionen bestimmten über den European Round Table of Industrialists maßgeblich die Ideen, den Inhalt und die Umsetzung des Binnenmarktprogramms mit. Strebten viele der ERT Mitglieder zu Beginn noch einen relativ geschützten europäischen „Heimatmarkt“ an, in dem sich die großen europäischen Konzerne auf den Weltmarkt vorbereiten können, verlor diese neomerkantilistische Position recht schnell den Kampf zu Gunsten eines neoliberal geprägten Binnenmarktes (Apeldoorn 2002: 123-32). Zugleich stärkte die Europäische Kommission mit der erfolgreichen Umsetzung des Binnenmarktprojektes ihre Position im europäischen Institutionengefüge.

Neoliberal war das Binnenmarktprojekt dahingehend, daß es eine Vielzahl von Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen enthielt. Staatliche Konzerne sollten privatisiert werden und durch die aufkommende gemeinsame Wettbewerbspolitik wurde sichergestellt, daß die Märkte in vielen

Bereichen nicht länger durch staatliche Interventionen oder Eigentümerschaft behindert werden. Durch vielfältige Deregulierung (negative Integration) und nur vereinzelter supranationaler Regulation (positiver Integration) wurden viele Bereiche dem Marktwettbewerb zugeführt und der demokratischen, politischen Kontrolle entzogen (Bieler 2003: 5f.; vgl. Grahl/Teague 1989).

Trotz der ausbleibenden prognostizierten sozialen und beschäftigungspolitischen Erfolge des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes war das Projekt Ausgangspunkt großer Visionen über die Zukunft Europas. Zum einen versprach das Binnenmarktprogramm die Lösung der wirtschaftlichen Rezession in Europa und damit steigenden Wohlstand für alle Mitglieder der Gemeinschaft. Zum anderen entstand eine allgemeine Aufbruchsstimmung, die auf eine Vertiefung der europäischen Integration auch in anderen Bereichen hoffen ließ. Insbesondere Jacques Delors, der damalige Kommissionspräsident, verband mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes die Vision einer weitergehenden Integration und strebte mit seiner Formel vom europäischen Sozialmodell danach, die europäische Integration nicht allein auf ökonomische Bereiche zu beschränken. Diese euphorischen Visionen über die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und ein einsetzender ökonomischer Aufschwung sorgten dafür, daß der Binnenmarkt in den Mitgliedsstaaten weitgehend konsensual umgesetzt wurde.

3.3.3 *Wirtschafts- und Währungsunion*

3) Auch das dritte zentrale Projekt der neoliberalen Restrukturierung Europas, die Wirtschafts- und Währungsunion, konnte anfangs noch von dieser Euphorie profitieren. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde 1992 unter anderem die Grundlage für eine Wirtschafts- und Währungsunion gelegt, in deren Mittelpunkt die Schaffung einer gemeinsamen Währung und einer unabhängigen Europäischen Zentralbank stand. Neben dem allgemeinen Ziel, der Instabilität im Europäischen Währungssystem durch eine höhere Mobilität des Kapitals zu begegnen und die Transaktionskosten im intra-europäischen Handel zu verringern, trafen im Projekt der WWU mehrere recht unterschiedliche nationale Interessen und Strategien aufeinander. Vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung fürchteten insbesondere die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens ein an ökonomischer wie politischer Macht gewinnendes Deutschland. Deshalb war insbesondere Frankreich

bestrebt, Deutschland stärker in die europäischen Strukturen einzubinden, um so den eigenen Einfluß zu stärken. Auch die südeuropäischen Länder verfolgten das Ziel, durch eine gemeinsame europäische Währungspolitik das geldpolitische Diktat der Deutschen Bundesbank (Bieling/Steinhilber 2000a) zu ersetzen. Trotz des Widerstandes der deutschen Wählerschaft und insbesondere der Deutschen Bank, die um die D-Mark und die deutsche Stabilitätspolitik fürchteten, drängte die deutsche Bundesregierung und allen voran Kanzler Helmut Kohl auf eine weitere Integration unter den Bedingungen einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik, die für eine stabile europäische Währung sorgen sollte. Um der WWU beitreten zu können, wurden die teilnehmenden Staaten mit Hilfe der Konvergenzkriterien (Preisstabilität, annähernd ausgeglichener Haushalt, stabiler Wechselkurs sowie stabiler Zinssatz) auf eine strikte Austeritätspolitik festgelegt. Auch über den Zeitpunkt der Einführung der WWU wurde über die Konvergenzkriterien des Euro-Stabilitätspaktes (annähernd ausgeglichener Haushalt, wobei die jährliche Neuverschuldung maximal drei Prozent des BIP und die Gesamtverschuldung eines Staates nicht mehr als 60 Prozent betragen darf) ein strikter Sparkurs für die nationale Geld- und Haushaltspolitik gesichert (vgl. Bieling/Steinhilber 2000a: 115ff.; Gill 1998; Ziltener 1999: 163ff.).

Die Begründung für die aufgestellten Konvergenzkriterien wird aus einer monetaristischen (neoliberalen) Doktrin bezogen, wonach die Reduktion der Haushaltsdefizite zu weniger Inflation und weniger Inflation automatisch zu mehr Wachstum und weniger Arbeitslosigkeit führe. Aus dieser Annahme ergibt sich die Argumentation für eine „vernünftige Politik“, die die Geldpolitik und zu einem gewissen Grade auch die Steuerpolitik vom Druck der Innenpolitik und der politischen Zuständigkeit trennt. Dies gelingt vor allem darüber, in einer bestimmten Art unabhängige Zentralbanken zu schaffen, die die Kontrolle über die Inflationsentwicklung besitzen. Auch die Forderung nach ausgeglichenen Staatshaushalten läßt sich aus dieser monetaristischen Doktrin ableiten, um das Risiko, daß Zahlungsforderungen nicht erfüllt werden können, zu senken. Beide Anliegen sind elementarer Bestandteil der Konvergenzkriterien, die der Wirtschafts- und Währungsunion zugrunde liegen. Über die Forderung nach ausgeglichenen Haushalten wird zudem der Druck erhöht, öffentliche Unternehmen und Güter zu privatisieren, was insbesondere im Interesse des Finanzkapitals liegt. Internationale Finanzinstitutionen (z.B. IWF, Bank für Internationalen

Zahlungsausgleich, OECD) und private Marktanalysten überwachen die Politiken der nationalen Regierungen, um sicherzustellen, daß diese nicht vom Weg der niedrigen Inflationsraten und sicheren Rückzahlung der Staatsverschuldung abweichen. Gleichzeitig wird so die Entpolitisierung von Geld- und Finanzfragen gefestigt. Indem aber die Grenze zwischen dem „Ökonomischen“ und dem „Politischen“ neu gezogen wird, werden die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle weiter unterminiert. Zudem sind die kontrollierenden Finanzorganisationen nicht repräsentativ besetzt und können nicht als Ausdruck eines breiten sozialen Interesses gesehen werden. Alles in allem bedeutet die Umsetzung der genannten Prinzipien über die Wirtschafts- und Währungsunion, daß Markteffizienz an Priorität gewinnt gegenüber sozialer Gerechtigkeit und öffentlich, demokratisch legitimer Politik. Zur selben Zeit erodieren die alten Formen sozialer Sicherheit und für die Mehrheit der Bevölkerung wächst die persönliche Unsicherheit und sinkt das Maß an sozialer Gerechtigkeit (Gill 1998, vgl. auch Gill 2001).

Die Einführung eines neuen Währungsregimes und die Verpflichtung der Mitgliedsländer auf eine strikte fiskalpolitische Disziplin führte zusammen mit den zuvor erörterten Projekten des Europäischen Währungssystems und des Binnenmarktes zu einer neoliberalen Konfiguration der Europäischen Union. Diese neue Konfiguration ist nicht nur eine ökonomische, sondern beinhaltet auch eine Neudefinition politischen Handelns und politischer Verantwortlichkeit sowie eine Neuverteilung von Macht zwischen öffentlichen und privaten Akteuren (Bohle 2006a: 201). Stephen Gill bezeichnet dieses neue internationale Governance-System als „neuen Konstitutionalismus“:

„Er strebt danach, die Wirtschaftspolitik von einer breiten politischen Verantwortlichkeit zu trennen, um Regierungen empfänglicher gegenüber der Disziplin der Marktkräfte und entsprechend weniger empfänglich gegenüber populär-demokratischen Kräften und Prozessen zu machen. Der neue Konstitutionalismus ist die politisch-rechtliche Dimension eines breiteren Diskurses über den disziplinierenden Neoliberalismus. Zentrale Ziele in diesem Diskurs sind die Sicherung der Eigentumsrechte und die Investitionsfreiheit, die Ausübung von Marktdisziplin gegenüber dem Staat und den Arbeitskräften, um – in den Augen der privaten Investoren – die Zuverlässigkeit gegenüber den globalen Währungs- und Kapitalmärkten zu sichern“ (Gill 1998: 5, eigene Übersetzung).

3.3.4 Lissabon-Strategie

4) Seine Fortsetzung fand der disziplinierende Neoliberalismus in der im März 2000 vom Europäischen Rat verabschiedeten Lissabon-Strategie der EU, die nur vordergründig betrachtet wenig neues enthielt. Erklärtes Ziel der Strategie ist es, bis 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen“ (Europäischer Rat 2000). Um dieses Ziel zu erreichen und sich gegenüber den USA abzusetzen, sollen nicht nur der Binnenmarkt für (Finanz-)Dienstleistungen und bisher geschützte Bereiche für den globalen Wettbewerb geöffnet, sondern vor allem auch das Prinzip der Eigenverantwortung des Einzelnen für Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge etc. gestärkt werden. Durch die Anwendung eines neuen „offenen Koordinierungsverfahrens“, das über Benchmarking und Best-practice-Methoden einen Wettbewerb bei der Umsetzung gemeinsamer Leitlinien initiiert, wird eine Art Standard geschaffen, an den andere EU-Länder sich anpassen müssen. Als Vergleich dienen dabei häufig Reformen in den USA und Japan, die als vorbildlich eingestuft werden (Europäischer Rat 2000; vgl. Altvater/Mahnkopf 2007: 124ff.).

Wie bereits die zuvor erörterten Integrationsprojekte der Europäischen Union geht auch die Lissabon-Strategie maßgeblich auf die Initiative des European Round Table of Industrialists zurück, der bereits in den frühen 90er Jahren der Europäischen Kommission empfahl, einen Rat für Wettbewerbsfähigkeit einzusetzen. Bereits 1995 wurde diese Empfehlung des ERT vom damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Santer umgesetzt und ein „Beratungsgremium für Wettbewerbsfähigkeit“ ins Leben gerufen. Dieses Gremium, das zunächst vom damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des ERT Floris Maljers und nach seiner Umbesetzung von Baron Daniel Janssen, ebenfalls Mitglied des ERT, geleitet wurde, bestand aus dreizehn Industriellen, Bankiers, Akademikern, Politikern sowie vier Gewerkschaftern. Es gelang demnach, in den historischen Block transnationaler kapitalistischer Interessen Vertreter anderer Klassen erfolgreich zu integrieren, was nach den Worten des ehemaligen Generalsekretärs des ERT Keith Richardson dem Bericht „Extra-Gewicht“ verlieh (Wesselius 2005; vgl. Altvater/Mahnkopf 2007: 125). Der Abschlußbericht der „Competitiveness Working Group“ diente dem Europäischen Rat als Vorlage für die Verabschiedung der Lissabon-Strategie.

Zwar war das Ziel der Lissabon-Strategie, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu

stärken, nicht neu, dennoch ging mit ihr ein Politikwechsel von einer Angleichung der nationalen Politiken zu einem Wettbewerb der nationalen Politiken einher:

„Es wird die bis zur Jahrtausendwende verfolgte Politik aufgegeben, einen gemeinsamen Binnenmarkt dadurch zu schaffen, daß politische Regulierungen, die das Geschehen auf dem Kapital-, Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkten beeinflussen können, so weit wie irgend möglich einander angeglichen werden. Statt einen gemeinsamen Binnenmarkt durch Angleichung der marktrelevanten Regulierungen herzustellen, soll nun zwischen den Mitgliedsstaaten ein Wettbewerb um die jeweils „besten“ und wettbewerbsfähigsten Politiken stattfinden“ (Altvater/Mahnkopf 2007: 128).

Ähnlich formuliert der ehemalige britische Premierminister Tony Blair die politische Zäsur, die auf der Sondertagung des Europäischen Rates am 23. und 24. März 2000 in Lissabon beschlossen wurde:

„Der Gipfel steht für eine Veränderung der europäischen Wirtschaftspolitik: Weg von der sozialen Regulierungspolitik aus den 80er Jahren – hin zu einem Geist von Innovation, Unternehmertum, Wettbewerbsfähigkeit und natürlich Arbeitsplätzen. Es gibt nicht mehr diesen Harmonisierungs-Wahnsinn, alles angleichen zu wollen. Statt dessen schauen wir auch außerhalb der EU, was gut funktioniert, um die besten Leistungen auch bei uns zu erreichen“ (zitiert nach Sello 2005: 1018).

Der seinerzeit Vorsitzende der „Competitiveness Working Group bezeichnete die Lissabon-Strategie gar als „doppelte Revolution“. Auf der einen Seite werde die Macht des Staates und des Öffentlichen Sektors durch Privatisierung und Deregulierung reduziert und auf der anderen Seite werden viele der Vollmachten der Nationalstaaten in eine modernere und internationaler ausgerichtete Struktur auf europäischer Ebene übertragen, was letztendlich den internationalen Unternehmen zugute komme (Altvater/Mahnkopf 2007: 125; Wesseliuss 2005: 98f.).

3.3.5 EU-Osterweiterung

5) In den Prozeß der neoliberalen Restrukturierung der Europäischen Union fügt sich auch das Projekt der EU-Osterweiterung ein, das 1993 mit der Eröffnung einer Beitrittsperspektive für die mittelosteuropäischen Länder begann. In der Folgezeit wurden mit einer Reihe von Bedingungen auf der einen Seite und dem Versprechen einer Mitgliedschaftsperspektive auf der anderen Seite die mittelosteuropäischen Länder dazu gebracht, ein spezifisches, neoliberales Reformmodell von der EU

zu übernehmen, das in seiner Konsequenz radikaler als das westeuropäische ist (Bohle 2006b: 68ff.). Die Steuerung dieser neoliberalen Reformen durch die EU erfolgte in drei Phasen (Bohle 2000: 309-17): Zunächst fungierte die Europäische Kommission als Koordinatorin der G-24 plus Weltbank, IWF und den Pariser Club Hilfe für Osteuropa, die den mittelosteuropäischen Ländern keine finanziellen Hilfen zukommen ließen, sondern Kredite an die Transformationsökonomien nach den Kriterien des Washingtoner Konsens vergaben. Mit Hilfe dieser Kriterien wurden Stabilitäts-, Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen zur entscheidenden Bedingung für die Kreditvergabe. Mit Eröffnung der Beitrittsperspektive wurden die mittelosteuropäischen Länder über die Kopenhagener Kriterien an den „gemeinschaftlichen Besitzstand“ der EU (*acquis communautaire*) herangeführt, um diesen Schritt für Schritt zu übernehmen. Zu diesen Kriterien zählen die politische Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Respektierung der Menschen- und Minderheitenrechte, die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft, die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Gemeinschaft standhalten zu können und seit 1994 auch gut nachbarschaftliche Beziehungen. Konkretisiert wurden diese Kriterien insbesondere bezüglich der Liberalisierungs- und Deregulierungsnormen des europäischen Binnenmarktes, die schrittweise und selektiv auf die mittelosteuropäischen Staaten übertragen wurden. In einer dritten Phase wurden die Beitrittskandidaten einer regelmäßigen Überprüfung hinsichtlich ihrer ökonomischen und politischen Fortschritte unterzogen. Über sogenannte Beitrittspartnerschaften wurden die Ergebnisse bei der Übernahme des *acquis communautaire* regelmäßig evaluiert und ein Zurückfallen der Kandidaten hinter die festgelegten Ziele mit Sanktionen geahndet. Der Einfluß der EU beschränkte sich jedoch nicht darauf, die Beitrittskandidaten auf die Übernahme des *acquis communautaire* vorzubereiten, sondern erstreckte sich vielfach auch in Bereiche wie z.B. die Sozialpolitik, in denen ihr innerhalb der EU selbst enge Grenzen gesetzt sind.

Die Beitrittsperspektive erwies sich als der Hebel, mittels dessen die mittelosteuropäischen Staaten zur Übernahme des neoliberalen Entwicklungspfad der Europäischen Union verpflichtet wurden. Im Zentrum standen dabei die Einführung des gemeinsamen Binnenmarktes, die Erfüllung der Stabilitätskriterien der WWU sowie die Sicherung der Außengrenze und der Umbau der Sozialversicherungssysteme. Trotz der Erfüllung all dieser Anforderungen wurden die

mittelosteuropäischen Länder zum 1. April 2004 respektive zum 1. Januar 2007 nur Mitglieder zweiter Klasse, da ihnen das essentielle Recht der europäischen Staatsbürgerschaft auf vollständige Personenfreizügigkeit zunächst nicht zugestanden wurde.

Zu den treibenden Kräften der Osterweiterung der EU gehörten neben einigen Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Schweden und Finnland, die sich sowohl ökonomische Vorteile erhofften als auch sicherheitspolitische Interessen verfolgten, und Großbritannien, das mit der Osterweiterung die Hoffnung verbindet, die EU werde sich stärker am Leitbild einer europäischen Freihandelszone entwickeln, vor allem das transnationale Kapital sowie die Europäische Kommission. Nimmt man den Standpunkt des European Round Table of Industrialists als Indikator für die Interessen des transnationalen Kapitals, dann war zwar das transnationale Kapital nicht aktiv an der Initiierung des Erweiterungsprozesses beteiligt. Seit Mitte der 1990er Jahre jedoch, als ein starker Anstieg von Direktinvestitionen in Mittelosteuropa zu beobachten war, unterstützte der ERT die Erweiterung. Dem transnationalen Kapital bietet die Integration der mittelosteuropäischen Produktionskapazitäten mit ihren hoch qualifizierten Arbeitskräften und vergleichsweise niedrigen Lohnkosten die Möglichkeit, seine Wertschöpfungskette zu reorganisieren und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Für den ERT ist die EU-Osterweiterung deshalb von gleicher Wichtigkeit wie das Binnenmarktprojekt und die Wirtschafts- und Währungsunion. (Bohle 2003: 153ff.; Bohle 2006b: 71ff.; Holman 2001: 171ff.)

Gegner der EU-Osterweiterung waren vor allem Gewerkschaften und politische Kräfte aus den peripheren EU-Mitgliedern, die sich zudem auf eine eher ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen die Erweiterungspläne stützen konnten. Zwar gelang es diesen Kräften nicht, das neoliberale Erweiterungsprogramm zu stoppen, es gelang ihnen aber ihre Interessen (u.a. keine Personenfreizügigkeit) gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten zu schützen (Bohle 2006b: 73f.).

4. Neoliberale Hegemonie und Europäische Nachbarschaftspolitik

Der aufgezeigte Wandel in der europäischen Union und der mit ihm einhergehende Paradigmenwechsel von einem eher keynesianisch geprägten Politikverständnis in der Europäischen

Union zu einer neoliberalen, markt- und wettbewerbsorientierten Regulierungsweise schlägt sich auch in den Konzepten der EU gegenüber ihren östlichen Nachbarstaaten nieder. Die verschiedenen Strategien gegenüber dem Westbalkan, den westlichen GUS-Staaten, den transkaukasischen Ländern, Rußland und Zentralasien können als weiteres Projekt interpretiert werden, die in der EU etablierte Hegemonie des Neoliberalismus auf die Transformationsländer im Osten zu übertragen.

In diesem Kapitel werde ich zunächst kurz die Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarregionen nachzeichnen. Ausführlich werde ich dabei auf die Nachbarschaftspolitik vor allem gegenüber Belarus, der Ukraine und Moldau eingehen. Anschließend begründe ich en detail am Beispiel der Europäischen Nachbarschaftspolitik die eingangs aufgestellte These, daß der neoliberale Entwicklungspfad der Europäischen Union die Osteuropapolitik der Union bestimmt und mit ihr die neoliberale Hegemonie auf die östlichen Anrainerstaaten ausgedehnt wird.

4.1. Die EU und ihre Beziehungen nach Osten

War die Politik der Europäischen Union gegenüber den mittelost- und südosteuropäischen Ländern, die 2004 bzw. 2007 der Union beitraten, dadurch charakterisiert, daß mit dem Versprechen des EU-Beitritts die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen in diesen Ländern wesentlich durch die EU mitgestaltet werden konnten, so wich mit der EU-Osterweiterung der Konsens innerhalb der EU-Eliten, die Entwicklung der östlichen Nachbarn weiterhin mit Hilfe der Beitrittsperspektive zu prägen. In der öffentlichen Diskussion überwiegen die Stimmen, die statt weiterer Erweiterungsrounden für eine Konsolidierung und Vertiefung der Europäischen Union plädieren.

Die skeptische Haltung nicht nur der EU-Bevölkerung sondern auch der EU-Eliten gegenüber einer zusätzlichen Erweiterung führt dazu, daß weitere Beitritte zur Europäischen Union (mit Ausnahme Kroatiens) auf längere Zeit ausgeschlossen werden, auch wenn die EU im Dezember 2004 entschied, mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß andere Konzepte für die Politik der EU gegenüber den östlichen Nachbarn entwickelt werden, die auf das Beitrittsversprechen weitestgehend verzichten und dennoch die neoliberale Restrukturierung der osteuropäischen Länder sichern.

Zu diesen Konzepten gegenüber Ost- und Südosteuropa zählen neben der bereits seit längerem

betriebenen Westbalkan-Politik, die Europäische Nachbarschaftspolitik gegenüber Belarus, der Ukraine, Moldau und den transkaukasischen Ländern, das Konzept der gemeinsamen Räume mit Rußland sowie die Zentralasienstrategie (vgl. Stratenschulte 2007).

4.1.1 Westbalkan, Rußland und Zentralasien

Gegenüber den Staaten des Westbalkans (Makedonien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien) verfolgte die Europäische Union zunächst die gleiche Strategie wie gegenüber den Ländern, die mit der ersten Osterweiterung der Europäischen Union beitraten. Die EU bot auf dem Balkan-Gipfel im Juni 2003 diesen Staaten prinzipiell einen Beitritt zur Union an, der allerdings undatiert blieb und an Bedingungen geknüpft wurde: „Der Europäische Rat bekräftigt [...] seine Entschlossenheit, die europäische Perspektive der westlichen Balkanstaaten, die uneingeschränkt Teil der EU sein werden, sobald sie die festgelegten Kriterien erfüllen, in vollem Umfang wirksam zu unterstützen“ (Europäischer Rat 2003: 12). Als Grund, den westlichen Balkanstaaten eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anzutragen, wird in der Debatte zumeist das Argument vorgebracht, daß eine EU-Mitgliedschaft dazu diene, die in den 1990er Jahren durch mehrere Kriege geschundene Region langfristig zu stabilisieren, um so das Ausbrechen neuer ethnischer Konflikte mit ihren humanitären, wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen zu verhindern (vgl. Altmann 2005: 14ff.). Um jedoch der EU beitreten zu können, wurden den westlichen Balkanländern sogenannte EU-Konditionalitäten auferlegt, die vor einem Beitritt zu erfüllen sind.

Zu diesen Konditionalitäten gehören zum einen die Kopenhagener Kriterien, die eine politische Transformation der Westbalkan-Staaten verlangen, ihre Entwicklung zu Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit fordern sowie die Fähigkeit zur Übernahme des *acquis communautaire* voraussetzen. Um die Umsetzung der Kopenhagener Kriterien zu überprüfen, entwickelte die Bertelsmann-Stiftung einen sogenannten Transformations-Index⁷, mit dem anhand verschiedener Indikatoren die Fortschritte der politischen und wirtschaftlichen Transformation bewertet und in

7 Der Bertelsmann Transformations Index evaluiert die Fortschritte von 119 sogenannten Entwicklungs- und Transformationsländern bei der Umsetzung neoliberaler Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft. In einem Ranking werden die Reformstrategien zu „Demokratie und Marktwirtschaft“ gegenüber gestellt und den führenden Transformationsländern wird das Prädikat „Marktwirtschaftliche Demokratie“ verliehen. Vgl. <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>.

einem Länder-Ranking gegenüber gestellt werden. Zu den Kriterien der wirtschaftlichen Transformation gehört unter anderem das sozioökonomische Entwicklungsniveau, die Schaffung einer Markt- und Wettbewerbsordnung, die Sicherstellung von Währungs- und Preisstabilität, die Sicherung von Eigentumsrechten und die Privatisierung öffentlicher Güter sowie die Etablierung eines Wohlfahrtsregimes. Gemessen an diesen Kriterien erfüllt keines der fünf Westbalkan-Staaten die Bedingungen für einen EU-Beitritt, wenngleich sich Kroatien in seinem politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand deutlich von den anderen vier Ländern abhebt und sich deshalb als einziges Land des westlichen Balkans berechnete Hoffnungen auf einen baldigen Beitritt machen kann (vgl. Altmann 2005).

Zusätzlich zu den Kopenhagener Kriterien, müssen die westlichen Balkanländer die Bedingungen aus dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozeß erfüllen, der von der EU initiiert wurde, um die „potentiellen Kandidaten“ dichter an die EU heranzurücken. Diese Bedingungen betreffen unter anderem die Prinzipien Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz sowie die Erfüllung des Dayton-Vertrages und die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Hinzu kommt eine ganze Reihe von länderspezifischen Bedingungen, die sich auf Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und allgemeine Sicherheit beziehen und die zudem einem ständigen Weiterentwicklungs- und Anpassungsprozeß unterliegen. Werden bestimmte Anforderungen nicht erfüllt, treten von Seiten der EU bestimmte Sanktionen in Kraft, wie zum Beispiel das Aussetzen von Wirtschaftshilfen (vgl. Altmann 2005: 21ff.; Calic 2004: 11ff.).

Während von den potentiellen Beitrittskandidaten die Erfüllung vielfältiger Bedingungen verlangt wird, stellt die Europäische Kommission in ihrem Sonderbericht über die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder weitere Voraussetzungen auf, die nicht von den Beitrittskandidaten selbst, sondern von der Europäischen Union zu erfüllen sind. Zu diesen Forderungen gehören die Integrationsfähigkeit der EU, eine Vertiefung der europäischen Integration, die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Union, die Einbeziehung der öffentlichen Meinung und die Auswirkungen eines Beitritts auf den Haushalt der EU. Für die westlichen Balkanländer rückt damit ein EU-Beitritt in weite Ferne, selbst wenn sie alle von der Europäischen Union auferlegten Anforderungen erfüllen.

Hält die Europäische Union die Beitrittsperspektive gegenüber den westlichen Balkanländern offiziell

weiterhin aufrecht (wie auch gegenüber der Türkei), so schließt sie diese in den Beziehungen zu anderen Regionen in Osteuropa – zumindest als mittelfristige Perspektive – explizit aus. Trotzdem strebt die EU zu seinen östlichen Nachbarn enge Beziehungen an, die gegenüber Rußland im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) von 1994 (Europäische Kommission 1994) sowie im Konzept der vier Gemeinsamen Räume (Europäische Kommission 2003b; Europäische Kommission 2005c) ausformuliert wurden. Ursprünglich war Rußland Adressat der Europäischen Nachbarschaftspolitik, weigerte sich jedoch auf gleicher Stufe wie die ENP-Länder Belarus, Ukraine, Moldau und die südlichen Mittelmeerländer behandelt zu werden. Das Konzept der vier Gemeinsamen Räume ist somit das Äquivalent zur Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das im Laufe der Zeit durch eine ganze Reihe zusätzlicher bi- oder unilateraler Strategien, Positionspapiere und Vereinbarungen ergänzt wurde, bildet die rechtliche Grundlage für die Beziehungen zwischen Rußland und der Europäischen Union. Es trat 1997 in Kraft und regelt die politischen und – vor allem – wirtschaftlichen Beziehungen. Ziel des Abkommens war es, den Übergang Rußlands von einer planwirtschaftlich organisierten Ökonomie zu Marktwirtschaft und Demokratie zu fördern sowie Prosperität und Stabilität im postsowjetischen Raum zu gewährleisten. Dabei sollte die Transformation des russischen Wirtschafts- und Rechtssystems im Sinne des *acquis communautaire* erfolgen. Denn die Annäherung der Rechtssysteme sei eine wichtige Voraussetzung für die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen, weshalb Russland sein Rechtssystem schrittweise dem der Union anpassen solle (Fischer 2006: 12). In dem Abkommen verpflichten sich beide Seiten zur Liberalisierung ihres Handels nach den Vorgaben des GATT und der WTO und zur Verbesserung der Bedingungen für Handel und Investitionen sowie für die Gründung von Unternehmen und die Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Dienstleistungen. Als ehrgeizigstes Ziel wurde die Schaffung einer Freihandelszone in das PKA aufgenommen. Darüber hinaus fanden internationale Normen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte Eingang in das Dokument (vgl. Fischer 2006: 12ff.).

Parallel zur Ausarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik verhandelte die EU über ein Konzept der vier Gemeinsamen Räume, das einen Gemeinsamen Wirtschaftsraum, eine

Gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, einen Gemeinsamen Raum der äußeren Sicherheit sowie einen Gemeinsamen Raum der Forschung, Bildung und Kultur vorsieht. Auf dem EU-Rußland-Gipfel im Mai 2005 wurden sogenannte Wegekarten für die Realisierung der vier Gemeinsamen Räume verabschiedet. Zwar ging die Initiative für die Schaffung Gemeinsamer Räume von Brüssel aus, im Unterschied zur ENP ist das Dokument jedoch nicht allein von der EU ausgearbeitet worden, sondern in Zusammenarbeit mit Rußland. Auch wenn Adomeit und Lindner kritisieren, daß „Vagheit und Unverbindlichkeit [...] die wesentlichen Kennzeichen des Dokuments“ (Adomeit/Lindner 2005: 23) sind, zeigt der Gemeinsame Wirtschaftsraum doch die gewünschte Richtung an: Öffnung des russischen (Absatz-)Marktes für die EU-Staaten durch den Abbau von Handels- und Investitionsschranken und die Förderung von Wettbewerb. Allerdings sind sowohl Rußland als auch die EU nicht bereit, den eigenen Markt vorbehaltlos für Industrieprodukte oder Agrarerzeugnisse zu öffnen, weshalb von einer Freihandelszone im Konzept der Gemeinsamen Räume auch nicht mehr die Rede ist (Adomeit/Lindner 2005: 12). Die Räume für Freiheit, Sicherheit und Recht sowie für äußere Sicherheit beschränken sich auf vage Bekenntnisse zu einer Visaerleichterungen, zum Kampf gegen illegale Migration, zur Korruptionsbekämpfung und natürlich auch zur Zusammenarbeit im Antiterrorkampf. Der Raum für Forschung, Bildung und Kultur sieht ganz im Sinne der Lissabon-Strategie vor, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum durch Modernisierung der Volkswirtschaften zu schaffen. Im Bereich der Bildung wird soll der Bologna-Prozesses und die Übernahme des Bachelor-Master-Systems in Rußland gefördert und Rußland in das Erasmus-Programm der EU eingebunden werden.

Auch gegenüber Rußland läuft die Politik der EU im Kern darauf hinaus, auf Markt und Wettbewerb gerichtete Reformen zu initiieren und das Land in den europäischen Wirtschaftsraum zu integrieren. Allerdings begreifen sich die politischen Eliten Rußlands selbst als Weltmacht, weshalb sie kaum Interesse zeigen, am europäischen Integrationsprozeß teilzuhaben. Der – wenn vielleicht auch nur unterstellte – Wunsch der Nachbarstaaten auf größere Integration mit der EU ist jedoch die Grundlage für deren Außenbeziehungen, auch wenn eine Mitgliedschaft östlichen Nachbarn in der EU eher illusorisch bleibt. Die russischen Eliten jedoch streben keine Mitgliedschaft in der EU oder eine größere Integration an, vielmehr betrieben sie „den Aufbau eines eigenen wirtschaftlichen und

politischen Integrationsraums, der zu dem der EU in einer Konkurrenzbeziehung steht“ (Ehrke 2007 :15).

Gegenüber den zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Kirgisistan) hat der Europäische Rat im Juni 2007 eine politische Strategie verabschiedet, die sich in das Gesamtkonzept der EU gegenüber dem postsowjetischen Raum einreicht (Europäischer Rat 2007). Kernziel der Zentralasienstrategie ist es, die Präsenz der EU in Zentralasien zu verbessern, um vor allem die eigenen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen, insbesondere an Energiesicherheit, zu vertreten. In Anbetracht des russischen und chinesischen Engagements in der Region kann die Europäische Union allerdings nicht als dominanter Partner in Zentralasien auftreten und muß folglich seine Ziele bescheidener formulieren (vgl. Schmitz 2007: 336ff.; Stratenschulte 2007: 115-31).

Proklamiertes Ziel des Engagements der EU in Zentralasien ist es, die politische und wirtschaftliche Transformation der Region voranzutreiben und Zentralasien stärker an Europa zu binden. Insbesondere drei Bereiche sind dabei für die EU von besonderer Bedeutung: 1) Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratisierung ; 2) Wirtschaftsreformen, Handel und Investitionen sowie der Ausbau der Energie- und Verkehrsverbindungen mit der EU; 3) Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen (vgl. Schmitz 2007).

Der erste Bereich legt vor allem fest, einen regelmäßigen und ergebnisorientierten Menschenrechtsdialog zu führen, der von technischer und finanzieller Zusammenarbeit hinsichtlich der Demokratieförderung begleitet wird. Zudem will die EU die zentralasiatischen Staaten in Fragen der Rechts- und Justizreform, bei der Verbesserung der Staatsführung und der Korruptionsbekämpfung beraten und unterstützen. Konkreter werden die Maßnahmen im zweiten Bereich. Hier zielen die Maßnahmen darauf ab, den Beitritt der der Staaten Zentralasiens zur Welthandelsorganisation (WTO) vorzubereiten, ihren Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu verbessern und die Erdöl- und Erdgasreserven der Region über einen marktorientierten Ansatz für Investitionen und Beschaffung, der „die besten Preise für alle Energieträger“ ermögliche, zu erschließen (Europäischer Rat 2007: 11). Hinter dem dritten Bereich verbirgt sich im wesentlichen die

Förderung Migration sowie Drogen- und Waffenschmuggel aus der Region Richtung Europa zu verhindern. Auf Bedingungen wie zum Beispiel gegenüber den Ländern des westlichen Balkans kann die EU in Zentralasien jedoch nicht beharren, da für die zentralasiatischen Staaten mit China und Rußland andere Kooperationspartner zur Verfügung stehen.

Sowohl auf dem Westbalkan, als auch gegenüber Rußland und Zentralasien ist die Europäische Union bemüht, die Transformation dieser ehemaligen Ostblockländer zu gestalten und sie insbesondere dem eigenen Wirtschafts- und Rechtsmodell anzupassen. Gelingt es ihr jedoch mit verschiedenen Konditionalitäten die Länder des westlichen Balkans auf einen von der EU vorgeschriebenen Weg zu disziplinieren, so kann sie aus verschiedenen Gründen gegenüber Rußland und Zentralasien kaum wirksam Bedingungen aufstellen.

4.1.2 Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Ihre Beziehungen zu den direkten östlichen Nachbarn Belarus, Ukraine und Moldau sowie gegenüber den transkaukasischen Staaten regelt die EU über die Europäische Nachbarschaftspolitik. Erste Grundlage dieser Strategie ist das Papier der Europäischen Kommission „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ (Europäische Kommission 2003a), das am 11. März 2003 in Brüssel veröffentlicht wurde. Auf diesen konzeptionellen Vorarbeiten aufbauend verabschiedete die Kommission am 12. Mai 2004 unter Einbeziehung von Anmerkungen des Europäischen Rates und des europäischen Parlaments die Strategie einer „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (Europäische Kommission 2004). Zu Beginn war dieses Papier an Rußland, die Ukraine, Belarus, Moldau, Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien und die Palästinensischen Autonomiegebiete gerichtet. Später wurde Rußland aus dieser Liste gestrichen, da es auf eine eigenständige Politik mit der Europäischen Union beharrte, und nach der sogenannten Rosenrevolution 2003 in Georgien wurden die transkaukasischen Staaten Georgien, Armenien, Aserbaidschan in die Europäische Nachbarschaftspolitik aufgenommen.

Die Initiative zur Europäischen Nachbarschaftspolitik ging vor allem von der Europäischen Kommission aus und wurde maßgeblich von Staaten wie Deutschland und Polen unterstützt. Die

Debatte über eine neue Nachbarschaftspolitik wird vor allem von Think Tanks bereits seit 1998 geführt. In Deutschland tut sich insbesondere das von der Bertelsmann-Stiftung unterhaltene Centrum für Angewandte Politikforschung in München hervor, aber auch etliche Denkfabriken aus den mittelosteuropäischen Ländern beteiligten sich an der Diskussion (vgl. Kempe 2007: 65). Obwohl eine direkte Verbindung zwischen der Initiierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik durch die Europäische Kommission und dem transnationalen Kapital anhand der vorhandenen Literatur nicht hergestellt werden kann, dokumentiert der European Round Table of Industrialists, der als Indikator für die Politik des transnationalen Kapitals gesehen werden kann, mit seiner zeitgleich zum Strategiepapier der ENP veröffentlichten „Vision eines größeren Binnenmarktes“ (ERT 2004), daß die ENP ganz im Interesse des transnationalen Kapitals liegt und alle wesentlichen Forderungen des ERT beinhaltet.

Im Kern enthält die ENP drei Ziele: Erstens geht es ganz allgemein um die Schaffung eines Rings befreundeter Nachbarstaaten. „Die Vision der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist ein Ring aus Ländern, die die grundlegenden Werte und Ziele der EU teilen und in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden“ (Europäische Kommission 2004: 5) Die ENP soll den Regionen Stabilität, Sicherheit und Wohlstand bringen. Bezugnehmend auf die Europäische Sicherheitsstrategie, deren erklärtes Ziel es ist, die EU zu einem aktiven und handlungsfähigen Akteur mit Einfluß im Weltmaßstab zu machen, heißt es, die ENP solle „einen besonderen Beitrag zur Stabilität und verantwortungsvollem Regieren leisten“ (Europäische Kommission 2004: 6).

Zweitens zielt die ENP darauf, den Transformationsprozeß in den Nachbarländern zu gestalten und sie näher an das Wirtschafts- und Rechtssystem der EU zu führen.

„Unmittelbar soll der Abbau der Zollschränken und der nichttarifären Hindernisse Effizienzgewinne abwerfen und den Wohlstand durch verstärkte Marktintegration verbessern. Die mittelbaren Auswirkungen sind insbesondere für die Partnerländer sogar noch größer. Durch die Heranführung der Partnerländer an das Wirtschaftsmodell der EU sowie die Übernahme bester internationaler Praktiken verbessert die ENP und besonders die vorgeschlagene Ausweitung des Binnenmarkts das Investitionsklima in den Partnerländern. Sie schafft ein transparenteres, stabileres und günstigeres Umfeld für ein vom Privatsektor angetriebenes Wachstum. Infolge des günstigeren politischen Umfelds, fallender Handels- und Transaktionskosten, relativ attraktiver

Lohnkosten und geringerer Risiken wird eine positive Auswirkung auf den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen erwartet“ (Europäische Kommission 2004: 14f.).

Drittens versteht sich die ENP explizit als Nichtbeitriffsstrategie und Alternative zu einer Erweiterungspolitik (vgl. Stratenschulte 2007: 23ff.; Lippert 2007: 69). Im Strategiepapier hebt die Europäische Kommission hervor, daß die ENP „ein Instrument zur Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Partnerländern darstellt, das sich von den europäischen Ländern nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unterscheidet“ (Europäische Kommission 2004: 3). Diese hölzerne Formulierung meint mein im Klartext, daß für die Zielländer der Europäischen Nachbarschaftspolitik das Recht eines jeden europäischen Staates, die Mitgliedschaft in der EU zu beantragen, wenn er die Grundrechte der EU achtet, nicht gelten solle. Stratenschulte verweist zu Recht darauf, daß damit „die Kommission ihre Kompetenzen bei weitem (überschritt), da es nicht ihre Aufgabe ist, die europäischen Verträge zu limitieren oder umzuinterpretieren“ (Stratenschulte 2007: 24). Der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, brachte das Ziel der ENP, nämlich Osteuropa in „ein Geflecht an Grundsätzen, Werten und Normen zu übertragen, die das eigentliche Wesen der Europäischen Union ausmachen“ ohne die Länder als Mitgliedsstaaten aufnehmen zu müssen, auf die griffige Formel „Teilhabe an der Union mit Ausnahme ihrer Institutionen“ (Prodi 2002: 6). Teilhabe außer an den Institutionen bedeutet letztendlich, daß die Zielländer der ENP von den Entscheidungsprozessen in der EU ausgeschlossen werden und ihnen das Recht auf (wenn auch beschränkte) demokratische Mitbestimmung an den von ihnen weitgehend zu übernehmenden Regeln und Verpflichtungen des *acquis communautaire* der EU abgesprochen wird.

Insgesamt hat die ENP große Ähnlichkeit mit der Erweiterungspolitik der EU. In beiden Fällen war bzw. ist es Ziel, die Peripherie sukzessive an den EU-Kern heranzuführen, intensivere Wirtschaftsbeziehungen einzugehen, die Rechts- und Wirtschaftsordnungen der Zielländer an die EU anzupassen, und die sozialen Beziehungen aller Art zu verdichten. Allerdings sind Kosten und Nutzen zum Vorteil der EU anders verteilt. Während sowohl in der Erweiterungspolitik als auch in der ENP die Transformationskosten von den Nachbarländern allein zu tragen waren, hatten die Kandidatenländer auf einen EU-Beitritt die Aussicht, später mit einer EU-Mitgliedschaft am

gemeinschaftlichen solidarischen Umverteilungsmechanismus und an den sogenannten vier Freiheiten (wenn auch eingeschränkt) der EU teilzunehmen. Die Partnerländer der ENP hingegen sind auch in Zukunft nicht nur von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen, sie bleiben auch außerhalb der EU-Fonds und können nur im Einzelfall an den vier Freiheiten teilnehmen (vgl. Vobruba 2007a: 11-16).

Zentrales Instrument, um die Strategie der Europäischen Nachbarschaftspolitik umzusetzen, sind die nationalen Aktionspläne. Diese bilateralen Abkommen zwischen der EU und den Zielländern überlagern die vorhandenen, sehr allgemein und unverbindlich gehaltenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit den ENP-Zielländern. Von den bestehenden PKA's sollen sie sich dadurch unterscheiden, daß sie 1) auf die jeweiligen „Bedürfnisse des Partnerlandes“ zugeschnitten sind, daß sie 2) konkret und über Benchmarkings evaluierbar sind, daß sie 3) über ein Monitoring-Programm jährlich ausgewertet werden und daß sie 4) konditioniert sind, das heißt, daß die Realisierung gesteckter Ziele belohnt wird und ihr Verfehlen Konsequenzen nach sich zieht. Die Aktionspläne für die Ukraine und Moldau konnten den Anspruch von klarer Prioritätensetzung, Evaluierbarkeit und Konditionalität nicht erfüllen. Aus diesem Grund wurden sogenannte „Nationale Richtprogramme“ entworfen (Europäische Kommission 2007e; Europäische Kommission 2007d), die als „Aktionspläne für die Aktionspläne“ gelten können und tatsächlich konkrete Projekte vorsehen. Die Nationalen Richtprogramme sind abgestimmt mit dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), das zur Finanzierung der ENP dient und für den Zeitraum 2007 bis 2013 knapp 12 Mrd. Euro für die Partnerschaftspolitik (für alle ENP-Länder plus Rußland) vorsieht (vgl. Stratenschulte 2007: 26f.).

Neben den Aktionsplänen erstellt die EU sogenannte Länderstrategiepapiere, in denen sie allgemein ihre Ziele der Zusammenarbeit formuliert und einen Überblick über die aus EU-Sicht bedeutenden innerstaatlichen Entwicklungen der betreffenden Staaten liefert. Obwohl die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den Zielländern von großer Bedeutung für die Politik der Europäischen Union gegenüber Osteuropa ist, kann an dieser Stelle keine umfassende Darstellung folgen. Dennoch soll kurz in Schlagworten die politische Lage in Belarus, der Ukraine und Moldau skizziert werden.⁸

8 Für eine ausführlichere Darstellung siehe zum Beispiel die einzelnen Länderstrategiepapiere (Europäische Kommission 2007c; Europäische Kommission 2007b; Europäische Kommission 2007a) sowie den Band „Die offene

Die Beziehungen der EU zu Belarus sind seit 1996/97 gestört, als der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko per Referendum die Gewaltenteilung im Land aushebelte und ein autoritäres Herrschaftssystem einführte. Seitdem wurden von Seiten der OSZE sowohl die Präsidentschafts- als auch die Parlaments- und Kommunalwahlen in Weißrußland als unfrei und undemokratisch bemängelt und von der EU nicht anerkannt. Kritisiert wird insbesondere die Unterdrückung der Opposition und der Zivilgesellschaft, die Beschneidung der politischen Rechte der belarussischen Bürger, wiederholte Verletzungen von Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie eine fehlende Meinungs- und Medienfreiheit. Zudem wird den weißrussischen Behörden vorgeworfen, das Verschwinden mehrerer prominenter Personen in den Jahren 1999/2000 nicht adäquat zu untersuchen, und vermutet, daß diese Fälle einen politisch motivierten Hintergrund haben. Ein weiterer Grund für die zerrütteten Beziehungen zwischen der EU und Belarus ist der wirtschaftspolitische Kurs Lukaschenkos, der auf einen Marktsozialismus unter weitgehender staatlicher Planung und Kontrolle der meisten Wirtschaftssektoren setzt. Auf die Situation in Belarus reagiert die Europäische Union mit Sanktionen, die unter anderem ein Einreiseverbot für Lukaschenko und hohe Beamte seines Regimes und das Einfrieren ihrer Konten vorsehen. Wirtschaftliche Sanktionen sind zwar unter den EU-Staaten umstritten, dennoch hatte die EU beschlossen, das Allgemeine System von Zollpräferenzen vorübergehend auszusetzen (vgl. Hausotter/Niemann/Schratz 2007). Obwohl Belarus in die Europäische Nachbarschaftspolitik einbezogen wird, beabsichtigt die EU aus den aufgeführten Gründen derzeit keinen Aktionsplan für Belarus zu erstellen. Um an der ENP in vollem Umfang teilzunehmen, erwartet die Europäische Kommission von den belarussischen Behörden, „ihre Bereitschaft zur Achtung der demokratischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit klar unter Beweis [zu] stellen“ (Europäische Kommission 2007c: 4). Die EU beschränkt sich daher auf humanitäre Unterstützung (insbesondere für die Tschernobyl-Opfer) sowie auf die Förderung der Zivilgesellschaft.

Die Ukraine ist das größte und wichtigste Zielland der ENP im Osten. Seit der sogenannten Orangen Revolution im Herbst 2004 intensivierten sich die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine erheblich. Mit der Übernahme des Präsidentenamts durch Viktor Juschtschenko sah man in

Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau (Piehl/Schulze/Timmermann 2005).

Brüssel den Weg frei für marktwirtschaftliche Reformen in der Ukraine und für eine Orientierung des Landes Richtung Westen. Obwohl sich die Ukraine nach der Orangen Revolution in einer permanenten politischen Krise befindet, die das Voranschreiten politischer und wirtschaftlicher Reformen bremst, sind sich sowohl das Lager der Partei der Regionen um ihren Führer Viktor Janukowitsch, die insbesondere im Osten der Ukraine von der Bevölkerung unterstützt wird, als auch das Bündnis von Viktor Juschtschenko (Unsere Ukraine) und Julia Timoschenko (Block Julia Timoschenkos), das seine Basis im Westen der Ukraine hat, einig darin, sich der Europäischen Union anzunähern. Ziel ist sogar die EU-Mitgliedschaft, was jedoch bei Kommission, Rat und Parlament der EU auf große Vorbehalte stößt. Der innerukrainische Streit über die Westorientierung des Landes betrifft daher nicht einen eventuellen Beitritt zur EU, sondern steht im Zusammenhang mit einer möglichen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, die von Janukowitsch klar abgelehnt wird. Am 21. Februar 2005 trat der Aktionsplan der ENP mit der Ukraine in Kraft, der eine Reihe von Maßnahmen zur Reform des politischen und gesellschaftlichen Systems in der Ukraine vorsah. Über diesen Aktionsplan hinaus strebt die EU ein erweitertes Abkommen an, das das im Frühjahr 2008 auslaufende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ersetzen soll. Kernpunkte dieses Abkommens sollen eine engere Zusammenarbeit zur Sicherung der Energieversorgung in Europa sowie eine umfassende Freihandelszone sein, die weit über die Anforderungen der WTO hinausgeht. Voraussetzung für diese umfassende Freihandelszone ist jedoch die WTO-Mitgliedschaft der Ukraine, die eigentlich bereits zu Beginn des Jahres 2007 erreicht worden sein sollte (Stratenschulte 2007: 52ff.).

Auch zwischen der Europäischen Union und Moldau existieren intensive Beziehungen, die aufgrund der kulturellen Nähe durch den Beitritt Rumäniens noch verstärkt wurden. Der Aktionsplan mit der Republik Moldau wurde einen Tag nach dem Aktionsplan mit der Ukraine in Kraft gesetzt. Das Ziel der Europäischen Kommission, Moldau näher an die EU heranzuführen, gestaltet sich jedoch schwieriger als im Falle der Ukraine, da das Land enorme politische und wirtschaftliche Probleme bewältigen muß. Zentrales Thema in den Beziehungen zu Moldau und in der innenpolitischen Debatte ist der seit mehr als fünfzehn Jahren ungelöste Transnistrienkonflikt. Östlich des Flusses Dnjestr etablierte sich 1991 die international nicht anerkannte Transnistrische Moldauische Republik, die bis

heute von russischer Seite unterstützt wird und sich der Kontrolle durch die Republik Moldau entzieht. Oberstes Anliegen der moldauischen wie auch der EU-Politik ist es, das Gebiet wieder in die Republik Moldau einzugliedern, was bislang unter anderem an der Haltung Rußlands scheiterte.

Die Wurzeln des Transnistrienkonflikts liegen in den unterschiedlichen Vorstellungen der Bevölkerung über die nationale Identität der Republik Moldau. Das heutige Moldau ist ein Land mit willkürlich gezogenen Grenzen und ohne eigenstaatliche Tradition, dessen Titularbevölkerung auch 15 Jahre nach der staatlichen Unabhängigkeit noch keinen gesellschaftlichen Konsens über die eigene Identität gefunden hat (vgl. Gabanyi 2004: 9). Es lassen sich drei Linien ausmachen, entlang derer die moldauische Identität konstruiert wird. Die einen berufen sich auf die gemeinsamen Ursprünge von Rumänen und Moldauern und verfolgen die Vereinigung des westlichen Teils von Moldau mit Rumänien. Nach offizieller Lesart der Republik Moldau sind die Moldauer jedoch eine eigenständige Nation, die beide Teile östlich und westlich des Dnjestrs vereint. In der östliche des Dnjestr gelegenen Transnistrischen Moldauischen Republik hingegen wird auf die Verbindungen mit „Groß-Rußland“ gesetzt (vgl. Piehl *ET AL.* 2005: 472).

Neben diesen Problemen der nationalen Identität und dem daraus resultierenden Konflikt um Transnistrien verhindert die wirtschaftliche Lage Moldaus eine engere Zusammenarbeit mit der EU. Infolge des Übergangs zur Marktwirtschaft in den 1990er Jahren brach die Wirtschaftsleistung des Landes um mehr als die Hälfte ein, wodurch Moldau nicht nur zum ärmsten Land in Europa wurde, sondern auch viele seiner Menschen verlor, die auf der Suche nach Arbeit ins Ausland zogen.

Die Eindämmung der Armut, die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums, die Lösung des Transnistrienkonflikts sowie die Entwicklung demokratischer Verhältnisse und verantwortlicher Regierungsführung sind deshalb auch die Prioritäten, die die Europäische Union in ihrer Politik gegenüber der Republik Moldau setzt (vgl. Stratenschulte 2007: 59ff.; Gabanyi 2004).

4.2. Die ENP als neoliberales Projekt

Wie trägt die Europäische Nachbarschaftspolitik nun zur Ausdehnung des neoliberalen europäischen Entwicklungspfades der Europäischen Union auf Osteuropa und zur Sicherung der neoliberalen Hegemonie bei? Laut Cox drückt sich Hegemonie immer in einer zusammenhängenden Konfiguration

von materiellen Kapazitäten, Ideen und Institutionen aus. Die Strategie der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist als Institution zu betrachten bzw. fällt in die Kategorie der Institutionen, die ihrerseits materielle Bedingungen und Ideen reflektieren sowie deren Entwicklung beeinflussen. Folglich muß die Übertragung der neoliberalen Hegemonie auf Osteuropa dahingehend analysiert werden, wie sich die ökonomische Sphäre in den osteuropäischen Ländern gestaltet, wie die Produktionsverhältnisse sich in den letzten Jahren veränderten, welche Ideen, Normen und Werte die ENP prägen und schließlich wie die ENP institutionell gestaltet ist.

4.2.1 Materielle Kapazitäten

Seit 1989 unterliegen die Produktionsverhältnisse in Osteuropa einem grundlegenden Wandel, der sich ausdrückt im Übergang von einer planwirtschaftlich organisierten Gesellschaft zu einem wenig regulierten Kapitalismus. Während in Westeuropa das keynesianisch-fordistische Regulationssystem schleichend erodierte und sich Arbeitslosigkeit, der Abbau des Sozialstaates und die Privatisierung öffentlicher Aufgaben allmählich ausbreiteten, so erfuhren die osteuropäischen Länder diese Entwicklung auf einen Schlag und ohne Sicherungsnetz (vgl. Ehrke 2005). Die ehemals kommunistischen Länder durchlaufen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine doppelte Transformation sowohl ihrer ökonomischen Systeme als auch ihrer politischen Institutionen. Dabei verlief die ökonomische Transformation in Belarus, der Ukraine und Moldau anfangs zwar recht ähnlich, wies später jedoch wichtige Unterschiede auf.

Belarus war in den 1980er Jahren ein relativ fortschrittliches Industrieland – insbesondere im Vergleich mit den anderen Sowjetrepubliken – mit dem (nach den baltischen Republiken) höchsten BIP, in dem es kaum Anzeichen für eine fundamentale Krise des sozialistischen Systems gab. Folglich vollzog sich der Übergang zum Kapitalismus recht zögerlich, ganz im Gegensatz beispielsweise zum russischen Transformationsprozeß. Durch die starke wirtschaftliche Abhängigkeit Belarus' von Rußland mußten auch in Weißrußland nach dem Beginn der Wirtschaftstransformation in Rußland viele staatliche Industriebetriebe ihre Produktion einstellen. Das Bruttoinlandsprodukt sank von 1989 bis 1996 um fast die Hälfte ab. In dieser Situation wurde Alexander Lukaschenko zum Präsidenten gewählt, der mit dem Versprechen, die gerade anlaufenden Privatisierungen zu stoppen,

Sozialleistungen zu erhalten und eine enge Anbindung an Rußland zu suchen, auf die Angst der Wähler vor Chaos reagierte. Nach der Wahl begann Lukaschenko folglich damit, die Voucher-Privatisierung zu stoppen und die versprochenen staatlichen Beihilfen für den öffentlichen Verkehr, die Gesundheitsversorgung und im Bildungsbereich aufrecht zu erhalten. Die heutige ökonomische Situation in Belarus ist gekennzeichnet von einem hohen Staatsanteil am BIP und kaum entwickelten kleinen und mittelständischen Unternehmen, geringen ausländischen wie inländischen Direktinvestitionen aufgrund hoher bürokratischer Hürden und einer hohen Abhängigkeit von Rußland, insbesondere was die Erdöl- und Gasversorgung betrifft. Zudem ist der landwirtschaftliche Ertrag signifikant geringer als zu Zeiten der Sowjetunion, der Inflationsdruck gewaltig und die Steuern für Unternehmen enorm hoch (vgl. Ioffe 2004: 90f.). Obwohl in der westlichen Literatur zumeist ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Entwicklung Belarus' gezeichnet wird und das Land auch sicher vor einer Reihe von Problemen steht, rangiert Weißrußland im UN Human Development Index mit dem 64. Platz dennoch vor Rußland (67.), der Ukraine (76.) und Moldau (111.). Das BIP war 1999 bereits wieder bei 83,6 Prozent des Niveaus von 1991. In den letzten Jahren verzeichnete Belarus ein Wirtschaftswachstum von jeweils um die neun Prozent jährlich, doch seit Rußland zum 1. Januar 2007 die Gas- und Erdölpreise für Belarus stark erhöht hat, wird allgemein davon ausgegangen, daß dieses Wachstum nicht mehr zu halten ist und Belarus vor einer wirtschaftlichen Krise steht. Die starke wirtschaftliche Verflechtung mit Rußland zeigt sich auch in der belarussischen Außenhandelsbilanz. Fast 60 Prozent der eingeführten Waren stammten 2006 aus Rußland, gut ein Drittel der Ausfuhren wurden in die Russische Föderation geliefert, mit der Belarus auch eine Zollunion vereinbart hat (vgl. Bundesagentur für Außenwirtschaft 2007c).

Wie Belarus war auch die hochindustrialisierte Ukraine stark mit der russischen Wirtschaft verflochten. Unter Präsident Krawtschuk hatte die Ukraine zunächst versucht, sich aus dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit zu lösen und sich dem Westen zuzuwenden. Mit der Übernahme des Präsidentenamts durch Leonid Kutschma Mitte 1994 wurde jedoch wieder mehr Wert darauf gelegt, die wirtschaftlichen Verbindungen zu Rußland aufrecht zu erhalten. Ebenfalls wie in Belarus wurden marktwirtschaftliche Reformen in der Ukraine zunächst recht zögerlich umgesetzt und nicht wie in Rußland oder Polen mit einer Schocktherapie reagiert. Trotzdem kam es zu erheblichen

Produktionsrückgängen und einer enormen Inflation. Etwa zeitgleich mit der Wahl Lukaschenkos zum Präsidenten Belarus' kam auch in der Ukraine ein neuer Präsident an die Macht. Doch anders als in Weißrußland begann der neue ukrainische Präsident Kutschma mit ernsthaften Reformen zu einer marktgesteuerten Wirtschaftsform, die vom Internationalen Währungsfonds unterstützt wurden. Im Gegenzug zu den Krediten des IWF verpflichtete sich die ukrainische Regierung, ein Reformprogramm durchzuführen, das in erster Linie die starke Inflation eingrenzen und das Budgetdefizit sowie die Schulden gegenüber Rußland verringern sollte. Durch eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik sollte der Staat gezwungen werden, sich aus dem Wirtschaftsprozess zurückzuziehen. Die Reformen sahen eine Reihe von Liberalisierungen in verschiedenen Bereichen vor, insbesondere im Außenhandel, die Freigabe der Preise für fast alle Güter sowie die Privatisierung weiter Teile der ehemals staatseigenen Betriebe. Gut zehn Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine kamen bereits mehr als 70 Prozent der Produktion aus privaten Unternehmen; kleine und mittlere Unternehmen sind fast vollständig privatisiert. Volkhart Vincentz, der in den 1990er Jahren als wirtschaftspolitischer Berater der ukrainischen Regierung tätig war, argumentiert, daß trotz des (teilweisen) Rückzugs des Staates immer noch ein starker politischer Druck existiere, die Betriebe vor Konkurs und Entlassungen zu bewahren, was letztlich das funktionieren einer tatsächlichen Marktwirtschaft verhindere (Vincentz 2002). Zu den Forderungen des IWF gehörte auch die Anhebung der Preise für kommunale Dienstleistungen (Wasser, Heizung, Miete), damit diese kostendeckend bereitgestellt werden können. In der 90er Jahren fiel das ukrainische BIP bis 1996 um mehr als die Hälfte, was dazu führte, daß die anfangs eingeschlagene Richtung der Reformen von der Politik zunächst in Frage gestellt wurde. Mit dem Reformprogramm „Wirtschaftswachstum 1997“ unternahm der damalige Wirtschaftsminister einen weiteren umfassenden Anlauf, um das ukrainische Wirtschaftssystem zu reformieren. Kern dieses Programmes war das bekannte Reformmuster, über die Senkung der Lohnnebenkosten und der Gewinnsteuern die Schattenwirtschaft zu bekämpfen, Leistungsanreize für Unternehmen zu sowie ihre Liquidität zu erhöhen, um ein Wirtschaftswachstum zu stimulieren und schließlich Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings passierte das Vorhaben nur teilweise das sich widersetzende Parlament (vgl. Vincentz 2002: 245-51). Von 2000 bis 2004 erlebte die Ukraine einen dynamischen Wirtschaftsboom, in dessen Verlauf das BIP um fast 50 Prozent wuchs. Nach der

Orangen Revolution ging das Wirtschaftswachstum allerdings wieder drastisch zurück, was nicht nur Ausdruck einer normalen Abkühlung des Wachstums ist. Die ukrainische Wirtschaft ist in besonderem Maße von russischen Energie- und Rohstofflieferungen (besonders für die ostukrainische Schwerindustrie) abhängig weshalb sie seit dem politischen Umbruch 2004 stark unter den Wirtschaftskonflikten mit Rußland leidet. Zudem ist die ukrainische Wirtschaft wenig diversifiziert und mit einem sehr hohen Anteil an Eisen- und Stahlprodukten an den gesamten Exporten anfällig für die Schwankungen auf dem Weltmarkt für Stahlerzeugnisse. Mit dem Sieg der ukrainischen Opposition wurde der Korruption sowie den ostukrainischen Oligarchen der Kampf angesagt, indem versucht wurde, manipulierte Privatisierungsauktionen rückgängig zu machen und neu auszuschreiben. Diese Reprivatisierung wird auch mitverantwortlich gemacht für den Wirtschaftsrückgang, da dadurch juristische Unsicherheiten entstanden, die das Investitionsklima negativ beeinflussten (vgl. Pleines 2006). Im Jahr 2006 lag das BIP bei 2.277 US\$ je Einwohner und damit deutlich unter dem belarussischen BIP von 3.797 US\$ (Bundesagentur für Außenwirtschaft 2007b; Bundesagentur für Außenwirtschaft 2007c).

In Moldau wurde 1990/91 wie in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zunächst ein Plan des Übergangs zu einer regulierten Marktwirtschaft beschlossen. Im Gegensatz zur Ukraine und zu Belarus wurde ab 1991 konsequent ein Reformprogramm durchgeführt, daß die Privatisierung weiter Teile staatlichen Eigentums und die Umwandlung von Betrieben in Aktiengesellschaften vorantrieb, den Handel liberalisierte, die Inflation eingrenzte und das Staatsdefizit reduzierte. Daraufhin erhielt die Republik Moldau recht schnell den Status einer Marktwirtschaft und galt als Modell einer vorbildlichen Transformation. Prämiert wurde diese Entwicklung schließlich 2001 mit der Aufnahme in die WTO als erstes postsowjetisches Land. Trotzdem fiel auch in Moldau bis 1996 das BIP um gut 50 Prozent. Ab 1997 konnten weitere Reformen Richtung Marktwirtschaft kaum durchgesetzt werden, da nur noch acht bis zehn Prozent der Moldauer den Reformprozeß als positiv bewerten. Das BIP sank weiter um acht Prozent im Jahresdurchschnitt, die Arbeitslosigkeit wuchs rasant und viele Menschen rutschten unter die Armutsgrenze. In der Folge verließen schätzungsweise ein Viertel der Bevölkerung von 1991 das Land, um vor allen in Rußland, Italien und Portugal zu arbeiten (vgl. Piehl *ET AL.* 2005: 499ff.). Nach dem Wahlsieg der Kommunistischen Partei 2001 wurde die Transformation

in Teilen wieder zurückgenommen. Die Privatisierungen wurde teilweise rückgängig gemacht, staatliche Beteiligungen an Betrieben und Eingriffe in die Wirtschaft wieder ausgedehnt und protektionistische Handelsbarrieren erneut errichtet. Den marktwirtschaftlich-neoliberalen Reformen versuchte die neue Regierung eine sozial orientierte Marktwirtschaft entgegenzusetzen. Seit 2001 steigt das BIP in der Republik Moldau wieder stark an und lag 2006 bereits wieder bei 978 US-Dollar (Bundesagentur für Außenwirtschaft 2007a). Dennoch bleibt das Land das Armenhaus Europas, dessen wirtschaftliche Entwicklung von internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Europäischen Bank für Wiederaufbau aufgrund struktureller Probleme skeptisch beurteilt wird (vgl. Piehl *ET AL.* 2005: 501). Wie in den beiden anderen osteuropäischen Zielländer der ENP auch ist die Außenwirtschaft der Republik Moldau stark vom Handel mit der Rußländischen Föderation und den Ländern der GUS abhängig. Die Abhängigkeit von russischen Energieträgern und vom russischen Verbrauchermarkt dominiert noch immer die moldauische Wirtschaftsstruktur.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den drei osteuropäischen Staaten Belarus, Ukraine und Moldau zur Europäischen Union sind – verglichen zum Beispiel mit den Handelsbeziehungen der mittel- und südosteuropäischen Beitrittsländern – recht schwach ausgeprägt. Aufgrund der stark voneinander abweichenden Wirtschaftskraft der EU und der drei Zielländer der ENP kommt den Handelsbeziehungen für beide Seiten eine unterschiedliche Bedeutung zu. Während die drei osteuropäischen Länder für die EU naturgemäß nur marginale Handelspartner darstellen, ist der EU-Markt für Belarus, die Ukraine und Moldau zunehmend wichtiger (vgl. Clement 2005: 24ff.). Obwohl alle drei Staaten ihren Handel noch immer stark an Rußland bzw. der GUS ausrichten, wächst der Anteil der Im- und Exporte aus bzw. in die EU in diesen Ländern rasant (siehe Tabelle 1).

Einfuhr der EU (in Mio. Euro)

	2004 (%)	2005 (%)	2006 (%)
Belarus	2.578 (+35)	3.343 (+30)	4.360 (+30)
Ukraine	7.271 (+25,9)	7.695 (+5,9)	8.793 (+14,2)
Moldau	452 (+28,8)	361 (-20)	439 (+21,6)

Ausfuhr der EU (in Mio. Euro)

	2004 (%)	2005 (%)	2006 (%)
Belarus	2.636 (+19)	3.219 (+22)	4.368 (+36)
Ukraine	10.460 (+18)	13.079 (+25)	17.815 (+36,2)
Moldau	735 (+13,7)	800 (+8,9)	823 (+3,0)

Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft (2007a, b, c), eigene Zusammenstellung

Tabelle 1: Ein- und Ausfuhr der EU

Dieser Trend des stark zunehmenden Handels zwischen der EU und den östlichen Nachbarstaaten der

EU auf einem gleichzeitig noch relativ niedrigem Niveau ist ein wesentlicher Grund, mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik die wirtschaftlichen Beziehungen in einen neuen Rahmen einzubetten. Insbesondere die Vertreter des transnationalen Kapitals sehen in einer Integration der EU-Nachbarländer in den europäischen Binnenmarkt einen großen Vorteil:

„Der ERT glaubt, daß eine weitere wirtschaftliche Integration die internationale Wettbewerbsfähigkeit sowohl in der EU als auch in den Nachbarländern erhöhen kann, um so das Wachstum zu steigern und eine signifikante Beschäftigung und Wohlfahrtsgewinne zu erzielen. Wesentlicher Nutzen kann aus einer Verstärkung der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in den Nachbarländern und wachsenden Handelsströmen zwischen den Nachbarländern und der EU gezogen werden (ERT 2004: 3, eigene Übersetzung).“

Die Vorstellungen des European Round Table of Industrialists, den EU-Binnenmarkt auf die EU-Nachbarstaaten schrittweise auszudehnen und dies an Konditionen wie die Kopenhagener Kriterien zu binden, decken sich im wesentlichen mit den Vorschlägen der Europäischen Nachbarschaftspolitik einen stabilen und günstigen Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten in den Nachbarstaaten zu schaffen. Die Grundprinzipien für die Ausdehnung des EU-Binnenmarkts, die der ERT formuliert, sind neben dem WTO-Beitritt der Nachbarländer und weiterführende Handelsliberalisierungen zwischen ihnen und der EU die Vorgaben der Lissabon-Strategie, um die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu steigern (vgl. ERT 2004).

Um die konkreten ökonomischen Veränderungen in den osteuropäischen Nachbarländern durch die ENP quantitativ bewerten zu können, ist die Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik noch nicht weit genug voran geschritten. Dennoch gibt es einige qualitative Analysen über die möglichen und von der Kommission erwarteten Folgen der ENP (vgl. Milcher/Slay/Collins 2007; Dodini/Fantini 2006) .

Die ökonomischen Maßnahmen, die in der ENP angeregt werden, reihen sich ein in die bisherige EU-Politik und die Programme internationaler (Finanz)Organisationen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Anders als die existierenden Partnerschafts- und Kompensationsabkommen sollen die ENP den Zielländern – wie auch vom ERT verlangt – einen

liberalisierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt erlangen. Der geringe Anteil ausländischer Direktinvestitionen in den osteuropäischen Nachbarländern begründet sich auch darin, daß die EU den eigenen Markt effektiv gegen wichtige Exportprodukte der GUS-Länder wie Agrargüter, Textilwaren, chemische Produkte und Stahl schützt und so den Export dieser Länder hemmt. Um die ausländischen Direktinvestitionen zu erhöhen (mit der Erwartung die Produktion, den Energie- und Finanzsektor zu restrukturieren und zu modernisieren, um so Wachstum und Wohlstand zu schaffen) müsse – so die Intention der ENP – der Zugang zum EU-Binnenmarkt erleichtert werden, damit sich eine auf Export ausgerichtete Wirtschaft und mit ihr verbundene ADI entwickeln können. Dafür fordern die Aktionspläne für die Ukraine und Moldau, Handelsbarrieren abzubauen und mit der Ukraine eine Freihandelszone sowie mit Moldau weniger privilegierte autonome Handelspräferenzen auszuhandeln (Europäische Kommission 2005b; Europäische Kommission 2005a). Grundvoraussetzung dafür ist zunächst, daß die osteuropäischen Länder ihre rechtlichen Regelungen an die EU-Standards anpassen (vgl. Milcher *ET AL.* 2007: 174ff.).

Insgesamt lassen sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der ENP, die darauf abzielen, das Wirtschaftssystem der osteuropäischen Länder auf mehr Markt und Wettbewerb auszurichten, in drei konzeptionellen Gruppen zusammenfassen (Dodini/Fantini 2006: 512ff.):

- 1.) Strukturreformen, die nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission bei einer erfolgreich angewandten ENP die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und so zu mehr Wirtschaftswachstum beitragen sollen;
- 2.) Verankerung einer Makropolitik, die enger an die Prinzipien vernünftiger Geld- und Fiskalpolitik angelehnt ist und ein besseres makroökonomisches Umfeld bieten soll;
- 3.) verbesserte Bewegungsfreiheit von Handel und Produktionsfaktoren, durch die tarifäre wie nicht-tarifäre Barrieren zwischen der EU und den ENP-Zielländer sowie eventuell auch zwischen den einzelnen osteuropäischen Ländern reduziert werden sollen, was nach Ansicht der Kommission ein Wachstum durch die erreichte Handelsliberalisierungen induziert.

Damit zeigt sich, daß der Übergang in den Ländern der Europäischen Union von einer sozialen Regulierungspolitik zu einer gesellschaftlichen Betriebsweise, die von den Prinzipien des Marktes und des Wettbewerbs bestimmt wird, auf die östlichen Nachbarstaaten der EU übertragen werden kann.

4.2.2 Institutionen

Die Europäische Nachbarschaftspolitik kann den Transformationsprozeß in den osteuropäischen Ländern jedoch nur entscheidend beeinflussen, wenn sie auf reformwillige Eliten in diesen Ländern trifft. Wo dies nicht der Fall ist – wie beispielsweise in Belarus – bleibt die ENP machtlos und das transnationale Kapital wie auch die europäische Politik müssen sich auf andere Strategien konzentrieren.⁹ Aus neogramscianischer Perspektive kann die Situation, in der ein grundlegender Wandel durch Eliten vorangetrieben wird, dessen Ideen nicht aus dem nationalen Kontext erwachsen, sondern die internationale Entwicklung reflektieren, mit dem Konzept der passiven Revolution erfaßt werden. Die Analyse der sozialen Kräfte an dieser Stelle, die in den einzelnen osteuropäischen Ländern die Übernahme der markt- und wettbewerbsorientierten Regelungen betreiben und insbesondere der sozialen Kräfte, die sich dem widersetzen, wäre eine interessante und verdienstvolle Aufgabe. Sie würde jedoch den Umfang dieses Kapitels sprengen, weshalb ich in diesem Abschnitt lediglich auf die durch die ENP institutionalisierten Regelungen eingehe, die den osteuropäischen Staaten verschiedene Restriktionen im wirtschaftspolitischen Handeln auferlegen. Diese Restriktionen sind Ausdruck eines von Stephen Gill so bezeichneten „disziplinierenden Neoliberalismus“, mit dem Ziel, das Projekt des Markt- und Wettbewerbsstaates auf politischer, ökonomischer und rechtlicher Ebene abzusichern. Der disziplinierende Neoliberalismus bezeichnet nicht nur die Dominanz markt- und wettbewerbsorientierter Regelungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, sondern verweist darauf, daß diese nicht ausschließlich im Konsens getroffen, sondern durch Disziplin und Sachzwang eingefordert werden. Der Begriff des disziplinierenden Neoliberalismus umfaßt drei Dimensionen (vgl. Bohle 2006a: 201f.): zum einen die generelle strukturelle Macht des zunehmend mobiler und globaler agierenden Kapitals, zum zweiten der politisch-institutionelle Druck, die marktliberalen Wettbewerbsimperative zu akzeptieren und zum dritten die disziplinierenden Kontrollen der Individuen (man denke an die vielen öffentlichen Überwachungsmaßnahmen). Auf politisch-institutioneller Ebene – also dort wo die Regelungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik greifen –

9 So veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem litauischen Außenministerium und unter Teilnahme von Vertretern der Europäischen Kommission ein Strategiepapier, das in letzter Konsequenz ein Regimewechsel in Belarus anstrebt. In dem Papier werden eine Reihe von konkreten Maßnahmen aufgezählt, die im Vorfeld der weißrussischen Präsidentschaftswahlen 2006 die Opposition stärken (u.a. mit „Straßenaktionen“) und nach ukrainischem Vorbild einen Machtwechsel in Belarus herbeiführen sollten (Bertelsmann Stiftung 2005).

drückt sich der disziplinierende Neoliberalismus in einem neuen Konstitutionalismus aus (vgl. Kapitel 3.3.3):

„Der neue Konstitutionalismus kann als politisches Projekt definiert werden, das versucht, den transnationalen Liberalismus und wenn möglich den liberalen demokratischen Kapitalismus zur Grundlage der zukünftigen Entwicklung zu machen. Die Vorschläge des neuen Konstitutionalismus sind oft implizit denn explizit. Gleichwohl betonen sie Markteffizienz, Disziplin und Vertrauen, eine glaubwürdige und stetige Wirtschaftspolitik sowie einen beschränkten demokratischen Entscheidungsfindungsprozeß. Diese Vorschläge beinhalten oder verfügen, daß die Schlüsselfunktionen der Wirtschaft vom Einfluß der Politiker oder der Masse der Bevölkerung abgeschirmt werden, indem der Steuer-, Geld- sowie Handels- und Investitionspolitik – interne oder externe – „bindende Beschränkungen“ auferlegt werden. Ideologie und Marktmacht sind nicht ausreichend, um die angemessene neoliberale Restrukturierung sicherzustellen“ (Gill 2003a: 131f., eigene Übersetzung).

In der Europäischen Nachbarschaftspolitik spiegelt sich dieser neue Konstitutionalismus in den Methoden der Konditionalität und der Sozialisierung wider. Konditionalität bezeichnet das Angebot von wirtschaftlichen und politischen Anreizen und die Festlegung von Bedingungen, unter denen diese von der EU gemachten Vorteile in Anspruch genommen werden können. Ziel der Konditionalität ist es, Einfluß auf die ENP-Länder auszuüben, um eine Annäherung dieser Länder an die EU zu erreichen. Unter Sozialisation wird einerseits das gezielte Ausüben von Druck auf die Reputation der ENP-Staaten verstanden, sei es dadurch, daß Fehlentwicklungen angeprangert, sie von bestimmten Werten überzeugt oder anderweitig zu erwünschten Verhaltensweisen sozialisiert werden. Andererseits wird darunter auch eine zunehmende Interaktion auf unterschiedlichen Ebenen (Staat und Verwaltung, Unternehmen, Zivilgesellschaft, Lehre und Forschung usw.) gefaßt, die Verhaltens- und Identitätsänderungen induziert und so Denkmuster verändert und das Sozialverhalten beeinflusst (vgl. Jacobsen/Machowski 2007: 35; Kelley 2006: 35-41.)¹⁰.

Das Prinzip der Konditionalität ist ein oft verwandtes Instrument in der EU-Politik und insbesondere aus der EU-Osterweiterung bekannt, aus welcher eine ganze Reihe an Mechanismen für die Nachbarschaftspolitik übernommen wurden. Bereits 2002 schlug der damalige Präsident der

10 Ausführlich zum Konzept der Sozialisation in den Internationalen Beziehungen: Johnston 2001.

Europäischen Kommission, Romano Prodi, vor, die Entwicklung in den Nachbarländern der EU über klar definierte Bedingungen mitzugestalten:

„Wir müssen Vorgaben machen, an denen wir messen können, welche Fortschritte unsere Nachbarn beim Erreichen der jeweils nächsten Stufe erzielt haben. Man könnte sogar eine Art von „Kopenhagener Nachbarschaftskriterien“ in Erwägung ziehen. Fortschritt kann nur erzielt werden, wenn die betreffenden Länder angemessene Maßnahmen ergreifen, um den jeweiligen Besitzstand zu übernehmen. Die Vorteile würden sich unmittelbar auswirken, ebenso wie das Fehlen jeglichen Fortschritts“ (Prodi 2002: 6).

Im ersten Entwurf der Europäischen Nachbarschaftspolitik, dem Konzept „Größeres Europa – Nachbarschaft“ wird dieser Gedanke der strikten Konditionalität aufgegriffen:

„Im Gegenzug zu nachgewiesenen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Werte und der effektiven Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen, u.a. bei der Angleichung an den Besitzstand, sollten die Nachbarstaaten der EU in den Genuss einer engeren wirtschaftlichen Integration mit der EU kommen“ (Europäische Kommission 2003a: 4).

Die Europäische Kommission verweist jedoch auch darauf, daß die Fähigkeiten der ENP-Zielländer zu schnellen Reformen und einer umfassenden Umsetzung der geforderten Schritte unterschiedlich und in einigen Fällen begrenzt sein können:

„Zusagen sind daher schrittweise und in Abhängigkeit von der Verwirklichung der vereinbarten Reformziele zu machen. Neue Vorteile sollten nur angeboten werden, um den von den Partnerländern bei den politischen und wirtschaftlichen Reformen erzielten Fortschritten Rechnung zu tragen. Sind keine Fortschritte festzustellen, so werden den Partnern diese Möglichkeiten nicht geboten“ (Europäische Kommission 2003a: 16).

Der ENP-Entwurf von 2003 sieht vor, daß in den Aktionsplänen für die einzelnen Länder klare Ziele und Maßstäbe für die Maßnahmen festgelegt werden, die die EU von den ENP-Ländern erwartet und an deren Umsetzung die Erfolge der Reformen gemessen werden.

In der Endfassung des Strategiepapiers zur Europäischen Nachbarschaftspolitik wurde die Rhetorik der harten Bedingungen etwas aufgeweicht, um nicht den Eindruck zu erwecken, die EU würde den ENP-Zielländern einseitige Anpassungsleistungen abverlangen (vgl. Kelley 2006: 36). Während im

ENP-Entwurf von 2003 noch vermehrt – oft in fettgedruckter Schrift – von Maßstäben und Zielen die Rede war, wurden diese Begriffe im endgültigen Strategiepapier von 2004 durch die Betonung von Prioritäten und gemeinsamen Werten ersetzt. Mit dem Hervorheben von Partnerschaft, Differenzierung und Eigenverantwortung soll der Eindruck strikter Konditionalität gemildert werden (vgl. Tulmets 2007). Im Strategiepapier der Europäischen Nachbarschaftspolitik unterstreicht die Europäische Kommission eine gemeinsame Verantwortung für die gegenseitigen Beziehungen:

„Die auf das Bewusstsein um gemeinsame Werte und Interessen gestützte gemeinsame Verantwortung für den Prozess ist von wesentlicher Bedeutung. Die EU will ihren Partnern keine Prioritäten oder Bedingungen diktieren. Der Erfolg der Aktionspläne hängt an der eindeutigen Anerkennung gegenseitiger Interessen bei der Lösung einiger vorrangiger Fragen. Keinesfalls sollen die Partnerländer aufgefordert werden, ein vorgefertigtes Prioritätenpaket zu akzeptieren. Diese werden vielmehr im gemeinsamen Einvernehmen festgelegt und somit von Land zu Land unterschiedlich sein“ (Europäische Kommission 2004: 8).

Dennoch bleibt die Konditionalität in der Nachbarschaftspolitik auch weiterhin erhalten, denn die Kommission macht die Entwicklung der Beziehungen zu den ENP-Zielländern davon abhängig, inwieweit „diese sich zu den gemeinsamen Werten bekennen und in der Lage sind, die vereinbarten Prioritäten umzusetzen“ (Europäische Kommission 2004: 8). Was die „gemeinsamen Werte“ der EU und der osteuropäischen Nachbarländer genau sind, wird nicht etwa zwischen den Parteien ausgehandelt, sondern bereits im Strategiepapier definiert. Um ihre „Verpflichtung auf gemeinsame Werte“ einzuhalten, müssen die Nachbarländer im Prinzip dieselben Normen erfüllen, wie sie in den Kopenhagener Kriterien für die Beitrittskandidaten formuliert wurden (vgl. Kapitel 3.3.5). Dazu zählen in erster Linie:

„Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolles Regieren, Achtung der Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte, Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen und die Prinzipien der Marktwirtschaft und der nachhaltigen Entwicklung. Ferner wird ein Engagement für bestimmte wesentliche Aspekte des auswärtigen Handelns der EU angestrebt, darunter insbesondere die Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die [Ein]haltung des Völkerrechts und Anstrengungen zur Konfliktlösung“ (Europäische Kommission 2004: 3).

Damit sind die proklamierten „gemeinsamen Werte“ eher „kaschierte Beitrittskriterien“ denn tatsächliche Alternative zur Politik der Konditionierung. Durch Partnerschaft und Eigenverantwortung sollen die ENP-Zielländer nach Verlautbarung der Kommission die Aktionspläne, in denen die konkreten Normen, Werte und Maßstäbe mit jedem einzelnen Land in sogenannten Prioritäten festgelegt werden, mitgestalten und umsetzen. In der Praxis können die Nachbarländer sich bei der Aushandlung der Maßstäbe in den Aktionsplänen jedoch nur schwer durchsetzen und auch bei der Umsetzung sind sie aufgrund begrenzter finanzieller und institutioneller Ressourcen auf EU-Hilfen angewiesen. Zudem ist das Aushandeln der Aktionspläne eine Angelegenheit der jeweiligen Eliten aus der EU und den Regierungen der einzelnen Länder, so daß Partnerschaft und Eigenverantwortung tatsächlich nur eine geringe Rolle in der ENP spielen. Eine Differenzierung zwischen den einzelnen ENP-Zielländern findet zwar insoweit statt, daß die Maßnahmen in den Aktionsplänen die jeweiligen Gegebenheiten in den ENP-Zielländern berücksichtigen. So wurde beispielsweise der Lösung des Transnistrienkonflikts in Moldau hohe Priorität eingeräumt. Dennoch gleichen sich die Aktionspläne nicht nur in Form und Inhalt, sondern enthalten auch sehr viele identische Formulierungen. Differenzierung bezieht sich folglich lediglich auf die konkreten Maßstäbe, nicht jedoch auf die Ausrichtung der Nachbarschaftspolitik. Somit dient die Betonung von Partnerschaft, Differenzierung und Eigenverantwortung letztendlich nur als „Feigenblatt“ zur Rechtfertigung einer Politik, die sich stark auf die Konditionalität stützt, um die osteuropäischen Nachbarländer auf eine markt- und wettbewerbszentrierte Ordnung zu verpflichten (vgl. Tulmets 2007).

Die Fortschritte bei der Einhaltung der vereinbarten Prioritäten werden in bereits durch die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen eingerichteten Gremien überwacht. Die Kommission verfaßt regelmäßig Berichte über die Fortschritte bei der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen und weist auf aus ihrer Sicht weitere erforderliche Anstrengungen hin. Stellt die Kommission in ihren Fortschrittsberichten „erhebliche Fortschritte bei der Erfüllung der festgelegten Prioritäten“ fest, so stellt sie in Aussicht, weitere „Maßnahmen auf dem Weg einer stärkeren Integration in den Binnenmarkt und andere zentrale EU-Politiken“ zu überprüfen (Europäische Kommission 2004: 9f.). Die Fortschrittsberichte dienen der EU auch als Leitfaden für die Verteilung der Finanzmittel im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Ein Beamter der Kommission sagte: „Es ist keine

harte Konditionalität, aber sie [die Fortschrittsberichte] werden Auswirkungen darauf haben, wie der Geldtopf verteilt wird“ (zitiert nach Kelley 2006: 38). Auch internationale Finanzorganisationen – so die Hoffnung der EU-Kommission – werden den Fortschrittsberichten Gewicht bei der Gewährung von Krediten beimessen und so ihre Bedeutung für die ENP-Zielländer noch weiter steigern (vgl. Kelley 2006: 38).

Das Prinzip der Sozialisation übernahm die Europäische Kommission ebenfalls aus der Erweiterungspolitik. Die Europäische Union betrachtet sich selbst zunehmend als „normative Macht“ (Manners 2002), woraus sie die Aufgabe ableitet, ihre demokratischen Werte weltweit zu vertreten. In der Strategie zur Europäischen Nachbarschaftspolitik schlägt sich dies in einer „extensiven Wertesprache“ nieder (Kelley 2006: 40), die unterstreicht, daß ein normativer Wandel in den osteuropäischen Nachbarländern integrales Ziel der ENP ist. Auch wenn die Kommission im Strategiepapier ihre Absicht beteuert, keinesfalls feststehende Vorgaben machen zu wollen, betonte Romano Prodi, daß das Ziel der Nachbarschaftspolitik darin liege, „auf diese benachbarte Region ein Geflecht an Grundsätzen, Werten und Normen zu übertragen, die das eigentliche Wesen der Europäischen Union ausmachen“ (Prodi 2002: 6).

Die Fortschrittsberichte zu den Aktionsplänen dienen nicht nur dazu, die Erfolge bei der Umsetzung der geforderten Reformen zu bewerten und weitere Schritte einzuleiten. Ihre Aufgabe ist es gleichzeitig die Staaten für ihre Fortschritte zu loben oder Reformrückstände bzw. Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Indem die Kommission ihre Fortschrittsberichte über die jeweiligen Länder zeitgleich veröffentlicht und ihre Unterstützung je nach erreichtem Fortschritt ausfällt, hofft sie, einen Wettbewerb unter den ENP-Zielländer initiieren zu können, indem sich die Staaten gegenseitig bei den Reformen vorantreiben. So sollten einem Kommissionsbeamten zufolge in einer „ersten Welle“ mit sieben Staaten Aktionspläne unterzeichnet werden, zu denen auch die Ukraine zählte. Es wurde dem Land jedoch damit gedroht, aus dieser „ersten Welle“ herausgenommen zu werden, falls die Wahlen in der Ukraine nicht demokratischen Standards entsprechen (Kelley 2006: 41).

Ein Wandel in den normativen Werten der ENP-Zielländer und ihre Annäherung an EU-Werte verfolgt die Europäische Union auch mit ihrer Politik, reformorientierte Kräfte in den osteuropäischen

Ländern, insbesondere aus der Opposition, zu unterstützen. Dies zeigte sich zum Beispiel an der Unterstützung für die sogenannte Orangene Revolution in der Ukraine, als etliche Politiker aus EU-Ländern in die Ukraine reisten, um die Werte der EU zu propagieren.

Die in der ENP überbetonte Sprache von der Partnerschaft der EU mit den ENP-Zielländern mag zwar euphemistisch sein, sie weist dennoch auf einen regen Kontakt zwischen den EU-Beamten und ihren Kollegen in den Nachbarländern hin. So berichteten einige Beamte aus den ENP-Zielländern mitunter in täglichem Kontakt nach Brüssel zu stehen (Kelley 2006: 39). Die starke Interaktion auf behördlicher Ebene ist Ausdruck einer sanften Diplomatie, die zur Sozialisation der Kollegen in den ENP-Zielländern beitragen soll, und die ergänzt wird durch das Twinning-Programm der EU, in dessen Rahmen Experten aus den EU-Ländern in die osteuropäischen Staaten entsandt werden, um dort den Verwaltungsaufbau vor Ort zu unterstützen.

Die Sozialisation durch engere Kontakte und Kooperation bleibt in der ENP nicht auf Behördenebene beschränkt, sondern umfaßt auch, örtliche Nichtregierungsorganisationen und die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern.

„Ein wirksames Mittel zur Verwirklichung der Hauptziele der ENP ist es, die Bürger der Union und ihrer Nachbarn zusammenzubringen, um das gegenseitige Verständnis für die Kultur, Geschichte, Einstellungen und Werte des anderen auszubauen und verzerrte Wahrnehmungen auszumerzen. Daher wird die ENP neben Kontakten zwischen öffentlichen Einrichtungen oder Unternehmen kulturelle, bildungsbezogene und allgemein gesellschaftliche Verbindungen zwischen der Union und ihrer Nachbarschaft fördern“ (Europäische Kommission 2004: 21).

Ziel der intensivierten Zusammenarbeit ist es, „zivilgesellschaftliche Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte und der Demokratisierung sowie Jugendorganisationen zu unterstützen und den interkulturellen Dialog im Rahmen von Bildungs- und Jugendaustauschmaßnahmen sowie die Mobilität des Humankapitals [...] zu fördern“ (Europäische Kommission 2004: 25).

Konditionalität und Sozialisation sind die beiden Elemente des neuen Konstitutionalismus in der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die die Disziplin bei den markt- und wettbewerbsorientierten Reformen einfordern und auf institutioneller Ebene die Übertragung der neoliberalen Hegemonie auf Osteuropa sicherstellen. Die Rhetorik der Partnerschaft und insbesondere das Verpflichten auf die von

der Kommission als gemeinsam erachteten Werte der Europäischen Union sind im Sinne Gramscis als Versuch zu interpretieren, die Elemente des Zwangs einer Hegemonie auf den Konsens einer breiten Mehrheit zu stützen.

4.2.3 Ideen

Ideen bilden aus neogramscianischer Perspektive die dritte Sphäre, in der die neoliberale Hegemonie und ihre Übertragung auf Osteuropa als Auseinandersetzung sozialer Kräfte bzw. Klassen analysiert werden muß. Sie verbinden die führenden und untergeordneten Klassen einer Gesellschaft und dienen dazu, alle gesellschaftlichen Gruppen in das hegemoniale Projekt zu integrieren. Die treibenden sozialen Kräfte, die die neoliberalen Ideen in der Europäischen Union verbreiten, wurden bereits in Kapitel 3.2.3 untersucht und die Bedeutung der zahlreichen Think Tanks herausgearbeitet, die die neoliberale Umgestaltung der EU ideologisch begleiten. In Deutschland sind es insbesondere das von der Bertelsmann-Stiftung unterhaltene Centrum für Angewandte Politikforschung in München und das von der Europäischen Kommission finanziell unterstützte und sich selbst als „strategischen Partner“ der Kommission bezeichnende Institut für Europäische Politik in Berlin, die die wissenschaftliche und öffentliche Debatte über die Europäische Nachbarschaftspolitik prägen und die Entwicklung der Europäischen Union wohlwollend begleiten und stützen.

Die markt- und wettbewerbsorientierte Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik wird nicht nur vom transnationalen Kapital und politischen Denkfabriken gestützt und vorangetrieben, es zeigen sich auch direkte Verbindungen zwischen den Ideen des Neoliberalismus und den politischen Mandatsträgern. So studierte die seit 2004 amtierende Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, einst bei Friedrich August von Hayek, dem Vordenker des Neoliberalismus, und bringt dessen Ideen in die Außenpolitik der Europäischen Union ein:

„Ich hatte ja selbst das Privileg, während meines Studiums Vorlesungen bei Friedrich von Hayek zu hören, als dieser auf Initiative René Marcic's in Salzburg tätig war. Ich kenne daher Hayeks Ideen „aus allererster Hand“. Umgekehrt weiß ich als Politikerin, dass sein Gedankengut noch besser entdeckt werden muss. [...] Hayeks Ideen sind in der aktuellen Umbruchsphase sehr relevant. Gerade heute geht es um die Herstellung einer Verfassung, die die individuelle Freiheit

fördert, auf globaler wie auf europäischer Ebene“ (Ferrero-Waldner 2006: 2).

An dieser Stelle möchte ich jedoch nicht den Einfluß einzelner Personen, diverser Think Tanks oder anderer sozialer Kräfte auf die neoliberale Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik vertiefen, sondern die zentralen Ideen der ENP und ihren Bezug zum Neoliberalismus zumindest skizzenhaft darstellen. Diese Ideen spiegeln sich alle im Konzept der „Good Governance“ oder zu Deutsch der „Verantwortlichen Regierungsführung“ wider, das in der Europäischen Nachbarschaftspolitik, insbesondere in den nationalen Aktions- und Richtprogrammen, sowohl explizit als oberste Priorität als auch implizit über Stichwörter wie Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Korruptionsbekämpfung, Effizienz und Rechenschaftspflicht von Staat und Verwaltung etc., aber auch Stärkung der Zivilgesellschaft, Armutseindämmung sowie Schutz der Menschenrechte und Demokratieförderung erwähnt wird. Viele dieser Ideen der guten, vernünftigen Regierungsführung klingen zunächst auch „gut“ und sind unverdächtig, im Dienste einer neoliberalen Marktideologie zu stehen. Doch obwohl Good Governance allgemein als unpolitisches und nicht ideologisches Programm präsentiert wird, fördert es dennoch in starkem Maße die neoliberalen Prämissen des schlanken Staates und der ökonomischen Liberalisierung.

Das Konzept der Good Governance wurde 1989 erstmals von der Weltbank in einem Bericht über die Strukturanpassungsprogramme in Subsahara Afrika eingeführt. In diesem Bericht wurde die katastrophale Entwicklung Afrikas nach der neoliberalen Restrukturierung vieler afrikanischer Länder auf „schlechte Regierungsführung“ zurückgeführt und die Schlußfolgerung gezogen, daß die afrikanischen Länder nicht nur weniger Staat, sondern vor allem eine bessere Regierungsführung benötigten. Wenngleich die Vorstellungen dessen, was Good Governance konkret bedeutet, auseinander gehen, wurde das Konzept von den großen internationalen Organisationen (IWF, OECD, NGO's), den Regierungen der westlichen Länder und auch der Europäischen Union schnell in die eigene Entwicklungspolitik übernommen. Im Jahr 2000 wurde das Konzept der Good Governance weltweit anerkannt und in die Millenniumserklärung der UNO aufgenommen, um durch eine bessere Regierungsführung Entwicklung zu fördern und Armut zu reduzieren (vgl. Demmers/Jilberto/Hogenboom 2004: 4f.).

Demmers et al. identifizieren drei verschiedene Sichtweisen des Good Governance Konzepts

(Demmers *ET AL.* 2004: 2f.): Der erste Ansatz ist der unternehmerische oder technokratische. Wesentliche Elemente dieses Ansatzes sind Effizienz, Durchsetzungsvermögen und Verantwortlichkeit des Staates, was durch ein gesundes Wirtschaftsklima, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung erreicht werden soll. Ein schlanker, effizienter Staat gilt als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und damit für Entwicklung. Der private Sektor spielt für das Wirtschaftswachstum eine wesentliche Rolle, da erwartet wird, daß in- und ausländische Unternehmen in einem Land Investitionen tätigen, wenn sie sich auf die Behörden, Beamten und Regeln verlassen können.

Im Gegensatz zu dieser sehr ökonomischen Sichtweise zielt der zweite Ansatz hauptsächlich auf Armutsminderung, die durch eine verantwortliche Regierungsführung erreicht werden soll. Folglich wird die Rolle effektiver öffentlicher Institutionen, die sich mit der Armutsbekämpfung beschäftigen, und die Partizipation der Betroffenen in ihnen betont. Allerdings verbleibt dieser Ansatz in den Grenzen des schlanken Staates und seiner neoliberalen Politik.

Der dritte Ansatz fordert Good Governance aus dem Blickwinkel von Demokratie und Menschenrechte ein. Aus dieser Perspektive ist gute Regierungsführung die Verbindung aus Gewaltenteilung, einem unabhängigen Rechtssystem, Organisationsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit, freien Wahlen, einem Mehrparteiensystem und einer starken Zivilgesellschaft. Dennoch umfaßt der Ansatz nur die Forderung nach bestimmten Rechten. Viele ökonomische, soziale und kulturelle Rechte werden ausgeblendet.

Vielfach werden die drei Elemente verantwortlicher Regierungsführung in der Entwicklungs- und Transformationpolitik zu einem Konzept zusammengefügt, wobei jedoch in allen drei Ansätzen offene Märkte und die Freiheit der Marktteilnehmer immer im Vordergrund stehen. Forderungen nach sozialen und ökonomischen Rechten, nach Umverteilung oder Wirtschaftsdemokratie bleiben außen vor. Good Governance ist demnach sowohl die Betonung eines effizienten, schlanken Staates als auch Mittel zur Armutsreduzierung und zur Sicherstellung von bürgerlicher Demokratie und Menschenrechten. Das Konzept verkörpert die Vorstellung eines demokratischen, kapitalistischen und auf ein Minimum beschränkten Staates.

Daß sich das Konzept der Good Governance innerhalb kürzester Zeit unter allen großen

internationalen Entwicklungsorganisationen und in den westlichen Staaten verbreitet hat, führen Demmers et al. auf drei Vorzüge von guter Regierungsführung zurück. Erstens liegt seine Anziehungskraft darin, daß es eine konzeptuelle Lücke schließt und Vorgaben macht, wie der Staat zu agieren hat, um die Rolle des Privatsektors zu stärken und sich selbst zurückzuziehen. Zweitens reduziert Good Governance komplexe ökonomische, soziale, politische und kulturelle Prozesse auf handhabbare politische Maßnahmen. Und drittens verdeckt das Konzept bedeutende Widersprüche in der Entwicklungspolitik, so zum Beispiel zwischen der Forderung nach Armutsbekämpfung und neoliberalem Umbau der Staaten, zwischen offenen Märkten und sozialem und ökonomischem Schutz der Bevölkerung sowie zwischen der Privatisierung und Depolitisierung weiter Politikbereiche und der Forderung nach mehr Demokratie und Mitbestimmung (vgl. Demmers *ET AL.* 2004: 6f.).

Die Europäische Nachbarschaftspolitik nutzt eine Mischung aus allen drei Ansätzen der Good Governance und betont insbesondere die Förderung von Demokratie und Menschenrechten auf der einen sowie die Schaffung effizienter, schlanker, marktwirtschaftlicher Staaten auf der anderen Seite. Die Forderung der Europäischen Kommission nach einem mehr an Demokratie und Mitbestimmung der Bevölkerung kollidiert jedoch mit ihrem Anspruch, Wirtschaft und Staat voneinander zu trennen und den Staat schlank und effizient zu strukturieren, um der wirtschaftlichen Entwicklung behilflich zu sein. Denn indem weite Teil der Staatsaufgaben depolitisiert werden und aus der demokratischen Kontrolle in die Hände von effizienzgeleiteten Technokraten oder markt- und wettbewerbsorientierten Managern übergeben werden, sinkt die partizipatorische, demokratische Einfluß der Bevölkerung. Oder anders ausgedrückt: dort wo Markt und Wettbewerb regieren, regiert eben nicht mehr der Wille des Volkes.

Mit dem Konzept der Good Governance gelingt es der Europäischen Kommission, diese Widersprüche zu verdecken und die Forderung nach Demokratie zu instrumentalisieren. Demokratie und Menschenrechte werden nicht als Recht an sich aufgefaßt, sondern als Mittel begriffen, den Status quo einer effizient organisierten Marktwirtschaft zu verteidigen:

„Konsolidierung der demokratischen Verhältnisse, Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten: Die Ukraine hat sich darauf verpflichtet, Stabilität und Leistungsfähigkeit der Institutionen zu stärken, die die Garanten von Demokratie, Wahrung der

Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten sind, um so ganz allgemein die Rechtsstaatlichkeit im Lande zu festigen“ (Europäische Kommission 2007b: 4).

Rechtsstaatlichkeit oder die Herrschaft des Gesetzes (rule of law) wird jedoch nicht (ausschließlich) als Gegenpart zu Willkür und als Verpflichtung verstanden, geltende Gesetze einzuhalten. Die Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, preist die Herrschaft des Rechts als Ersatz für die Herrschaft von Menschen an: „Das Revolutionäre an der EU-Integration ist, dass sie diese Freiheitsordnung von der einzelstaatlichen auf die transnationale Ebene hebt. Sie setzt damit den von Hayek oft zitierten Traum der „Herrschaft des Rechts“ statt der „Herrschaft von Menschen“ um“ (Ferrero-Waldner 2006: 3). Dieser Traum Hayeks von der Freiheit wie er sie versteht komme jedoch nur dann zustande, wenn „Recht nicht als Ausdruck des Willens bestimmter Menschen angesehen [...], sondern das Ergebnis eines unpersönlichen Prozesses“ verstanden werde. Die Gesetzgebung im modernen Sinne könne Hayek zufolge das Recht willkürlich ändern, das die Beziehungen der Menschen untereinander oder zur Regierung bestimmt, sodaß für ihn „das Gesetz im modernen Sinne eines der wirksamsten Mittel zur Vernichtung der Freiheit geworden“ ist. Hayek unterscheidet zwischen echten Regeln der Gerechtigkeit, die allgemeine, abstrakte Regeln der Gerechtigkeit vorgeben, und anderen Gesetzen, die die Freiheit der Bürger und der Wirtschaft einschränken. Wirkliche Freiheit gründe sich einzig und allein auf den echten Regeln der Gerechtigkeit (Hayek 1969). Rechtsstaat im Sinne Hayeks ist folglich nichts anderes als die Forderung nach einem schlanken, minimalistischen Staat, der keinerlei Umverteilung vornimmt oder das vorhandene Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen sozialen Kräften akzeptiert. Eingriffe der Gesetzgebung in die Freiheit der Bürger und der Wirtschaft, um bestimmte gesellschaftliche Ziele zu erreichen, vernichten deren Freiheit. Diese – Hayek nennt sie willkürliche – Herrschaft von Menschen würde von der Herrschaft des Rechts ersetzt. Dennoch hebt der Rechtsstaat die Herrschaft von Menschen nicht auf, er zementiert vielmehr die Herrschaft derjenigen, die ausreichend soziale Macht besitzen – also der Besitzenden.

Transparenz, Effizienz, minimaler Staat, Rechtsstaatlichkeit und verlässliche und verantwortliche Institutionen dienen im Konzept der Good Governance als Voraussetzungen, die den privaten Kapitalzufluß sicherstellen und so Wirtschaftswachstum und Wohlstand fördern. Im Konzept der

guten Regierungsführung, wie es von der Weltbank, des IWF, der OECD und auch der Europäischen Union vertreten wird, impliziert Good Governance – bei allen Unterschieden – immer die Ideen einer ökonomisch liberalisierten Marktwirtschaft. Demokratie und (bestimmte) Menschenrechte werden dabei als Mittel betrachtet, die Voraussetzungen dieser markt- und wettbewerbsorientierten Wirtschaft zu schaffen. So interpretiert Ian Taylor die Ideen der Good Governance wie sie gegenwärtig gestaltet sind, als Versuch, die neoliberale „Hegemonie auszubauen, indem die Art und Weise politischer Herrschaft neu formuliert wird: von einer instabilen und unvorhersehbaren [politischen Ordnung] zu einer, die höchst attraktiv für internationale Investoren ist“ (Taylor 2004: 134).

Natürlich ist es in sich ein ehrbares Ziel, Korruption und Missmanagement zu bekämpfen und Transparenz und Rechtsstaatlichkeit einzufordern. Diese Ideen und Vorstellungen guter Regierungsführung sind jedoch weder unpolitisch oder ideologiefrei. Good Governance – so wie sie in der Europäischen Nachbarschaftspolitik verstanden wird – folgt dem Leitbild eines neoliberalen, minimalen Staates, was nicht für alle tatsächlich gut sein muß.

5. Resümee und Ausblick

Die grundlegende These dieser Arbeit lautet: die Europäische Union befindet sich seit den 1980er Jahren auf einem neoliberalen Entwicklungspfad von einer auf Angleichung nationaler wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen ausgerichteten Europäischen Gemeinschaft zu einer auf den neoliberalen Vorstellungen von Markt und Wettbewerb basierenden Europäischen Union. Am Beispiel der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber Belarus, der Ukraine und der Republik Moldau konnte ich zeigen, daß die Politik der EU darin besteht, die Ausbreitung der neoliberalen Hegemonie nicht nur in der Union selbst zu fördern, sondern auch ihren Export in die östlichen Nachbarstaaten zu betreiben.

Der neoliberale Entwicklungspfad der Europäischen Union spiegelt sich auf Ebene der Produktionsbeziehungen in der Auflösung des Fordismus und dem Übergang zu einem Finanzmarkt-Kapitalismus wider. Damit einhergehend läßt sich ein Wandel von der Idee, die Wirtschaft mit Hilfe staatlicher Eingriffe zu steuern, zur Idee, die Wirtschaft mehr und mehr der Steuerung des Marktes zu überlassen, konstatieren. Diese Ideen werden in der EU von Netzwerken und Denkfabriken aktiv

vorangetrieben. Ihren Niederschlag finden die ökonomischen Veränderungen und gewandelten ideologischen Vorstellungen auf politisch-institutioneller Ebene im Übergang vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in dem sich ein neuer historischer Block unter Vorherrschaft transnationaler Eliten herausbildet.

Unter diesen sich verändernden Vorzeichen und Rahmenbedingungen lassen sich konkrete Schritte auf dem Weg der neoliberalen Rekonfiguration Europas bestimmen, zu denen die politischen Integrationsprojekte des Europäischen Währungssystems, des Europäischen Binnenmarktes, der Wirtschafts- und Währungsunion, der Lissabon-Strategie sowie die Osterweiterung der Europäischen Union zählen. Waren die Schritte zur Neuordnung der Europäischen Union zunächst euphorisch und mit breiter Zustimmung als Vision eines neuen, gemeinsamen und sozialen Europas aufgenommen worden, so enthielten die weiteren Integrationsschritte zunehmend disziplinierende Elemente, die ein Abweichen vom neoliberalen Kurs verhindern sollen.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik reiht sich in die Projekte der neoliberalen Restrukturierung Europas ein. Die östlichen Nachbarn befinden sich noch immer in einer Phase der ökonomischen Transformation von ehemals planwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften zu – wie auch immer gearteten – Marktwirtschaften. Diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erlauben die Übertragung eines markt- und wettbewerbsorientierten Wirtschaftssystems auf Osteuropa. Ideologisch begleitet wird die Übertragung dieses neoliberalen Ordnungsprinzips von wohlklingenden Forderungen nach guter Regierungsführung, Demokratie und Menschenrechten, die sich allgemeiner Zustimmung erfreuen und einen Konsens zur Restrukturierung der osteuropäischen Länder herstellen. Gleichwohl stützen auch diese konsensualen Ideen – so wie sie in der Europäischen Nachbarschaftspolitik ausgelegt werden – implizit die Entfaltung der neoliberalen Hegemonie in Osteuropa. Doch Marktmacht und Ideologie sind allein nicht ausreichend, um die neoliberale Restrukturierung Osteuropas sicherzustellen. Über eine Mischung aus Bedingungen, Anreizen und Sozialisation trägt die Europäische Kommission Sorge, daß die Europäische Nachbarschaftspolitik entsprechend den Vorstellungen der Kommission und des europäischen transnationalen Kapitals umgesetzt wird.

Viel zu oft – so lautet eine der Kritiken an neogramscianischen Arbeiten – werde die Hegemonie des transnationalen Kapitals überschätzt und der Eindruck erweckt, die neoliberale Restrukturierung der

globalen Ökonomie verlaufe weitgehend reibungs- und widerspruchsfrei. Viel zu selten dagegen werde die Frage der gegenhegemonialen Bewegungen und damit die Frage nach den Möglichkeiten, die Transformation der bestehenden Ordnung zu beeinflussen, gestellt. Statt dessen werde auf zukünftige Forschungen verwiesen (vgl. Bieler/Morton 2003: 357). Dieser Kritik muß auch ich mich mit der vorliegenden Arbeit stellen, und nicht nur dieser, denn es verbleiben naturgemäß eine Reihe ungeklärter Fragen:

Nicht berücksichtigen konnte ich in der Arbeit das, was Gramsci als passive Revolution bezeichnet. Passive Revolution in Osteuropa bezieht sich auf den radikalen Wandel von einer Planwirtschaft zum ökonomischen Liberalismus, dessen Ideen nicht aus dem nationalen Kontext der osteuropäischen Ländern selbst entstanden, sondern von den jeweiligen Eliten aus dem Westen importiert wurden. Aufschlußreich wäre zu untersuchen, welche sozialen Kräfte in Osteuropa aus welchen Gründen der Übernahme neoliberaler Konzepte gegenüber aufgeschlossen sind, weshalb sie sich durchsetzen oder – wie im Fall Belarus – weshalb sie sich bisher nicht durchsetzen konnten.

Auch die Tendenzen gegenhegemonialer Bewegungen sowohl in der Europäischen Union als auch in den osteuropäischen Ländern blieben außen vor. Die Gründe liegen zum einen darin, daß zunächst die Entstehung und Verbreitung neoliberaler Hegemonie analysiert werden muß, bevor die Suche nach Tendenzen einer Gegenhegemonie Sinn macht. Zum anderen ist es ungleich schwieriger, aus den vielfachen Protesten gegen die Folgen neoliberaler Politik oder deren Institutionen (z.B. die Proteste gegen die Harz-Gesetze, die Unruhen in den französischen Vororten, die Demonstrationen gegen die G-8-Gipfel und das Weltwirtschaftsforum in Davos, die Entstehung nationaler, europäischer und weltweiter Sozialforen) bzw. aus den vielen sozialen Bewegungen (z.B. attac), alternativen Ideen (z.B. die Vorstellungen rund um den Begriff der solidarischen Ökonomie) oder den sich sozialistisch bezeichnenden neuen Regierungen Lateinamerikas zielsicher jene Bewegungen herauszufiltern, die tatsächlich das Potential in sich bergen, der neoliberalen Hegemonie eine vielversprechende Gegenhegemonie entgegenzustellen.

Ein dritter wesentlicher Aspekt, der in der Arbeit zu kurz kam, sind die konkreten sozialen Auswirkungen des neoliberalen Entwicklungspfades sowohl in der Europäischen Union als auch die Folgen durch seine Ausweitung auf Osteuropa.

Das Anliegen dieser in Umfang und Bearbeitungszeit begrenzten Arbeit ist es jedoch nicht, die neoliberale Restrukturierung der Europäischen Union und der osteuropäischen Länder allumfassend abzuhandeln, sondern Ansatzpunkte für eine linke Kritik an den EU-Osteuropa-Beziehungen auszuloten. Die Europäische Nachbarschaftspolitik kann einer der wesentlichen Ansatzpunkte linker Kritik sein, da dieses Instrument maßgeblich zur Ausweitung der innerhalb der Europäischen Union voranschreitenden markt- und wettbewerbszentrierten Integrationsweise auf die Nachbarregionen der EU beiträgt. Ob und wie jedoch die Kritik an der EU-Politik gegenüber Osteuropa in mögliche gegenhegemoniale Bewegungen einbezogen werden kann, muß tatsächlich ein weites Feld für zukünftige Forschung bleiben.

Wenn Hans-Georg Wieck im einleitenden Zitat warnt, daß bei den USA strategische Ziele bei ihrem politischen und finanziellen Engagement in Osteuropa eine Rolle spielen, so hat er damit höchstwahrscheinlich Recht. Sein Umkehrschluß, daß dies für die Europäische Union nicht gelte, ist jedoch irreführend. Mit ihrer Nachbarschaftspolitik verfolgt die Europäische Union sehr wohl ein strategisches Ziel: nämlich die seit Mitte der 1980er Jahre zu beobachtende neoliberale Rekonfiguration Europas auf die östlichen Nachbarländer auszudehnen.

6. Literaturverzeichnis

- Adomeit, Hannes/Lindner, Rainer (2005): Die "Gemeinsamen Räume" Rußlands und der EU. Wunschbild oder Wirklichkeit?, <http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2565> (letzter Zugriff: 08.01.2008).
- Altmann, Franz-Lothar (2005): EU und Westlicher Balkan. Von Dayton nach Brüssel: ein allzu langer Weg? SWP-Studie, <http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=1841> (letzter Zugriff: 07.01.2008).
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 189-221.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2002): Transnational Capitalism and the Struggle Over European Order. Routledge, London.

- Apeldoorn, Bastiaan van/Overbeek, Henk/Ryner, Magnus (2003): Theories of European Integration: A Critique. In: Cafruny, Alan/Ryner, Magnus: In a Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe. Rowman & Littlefield, Lanham et al., S. 17-45.
- Bertelsmann Stiftung (2005): Efficiency First - Towards a Coherent EU Strategy for Belarus. Strategy paper, <[http://de.sitestat.com/bertelsmann/stiftung-de/s?bst.PDF.Projekt_EuropesGlobalRespo_7072.Projectoverview.AdditionalInformat.Downloads.EfficiencyFirstTowards&ns_type=pdf&ns_url=http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-CC8A840A/bst_engl/Belarus_Recommendations_FINAL\(1\).pdf](http://de.sitestat.com/bertelsmann/stiftung-de/s?bst.PDF.Projekt_EuropesGlobalRespo_7072.Projectoverview.AdditionalInformat.Downloads.EfficiencyFirstTowards&ns_type=pdf&ns_url=http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-CC8A840A/bst_engl/Belarus_Recommendations_FINAL(1).pdf)> (letzter Zugriff: 29.01.2008).
- Bieler, Andreas (2000): Globalisation and Enlargement of the European Union. Austrian and Swedish social forces in the struggle over membership. Routledge, London and New York.
- Bieler, Andreas (2003): European Integration and Eastward Enlargement: The Widening and Deepening of Neo-liberal Restructuring in Europe. In: Queen's Papers on Europeanisation, No. 8, S. 1-16.
- Bieler, Andreas (2005): European integration and the transnational restructuring of social relations: The emergence of labour as a regional actor?. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 43, Nr. 3, S. 461-484.
- Bieler, Andreas/Morton, Adam (2003): Neo-Gramscianische Perspektiven. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich, Opladen, S. 337-362.
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2001): Social Forces in the Making of the New Europe: The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy. Palgrave, New York.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsformen. In: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank: "Euro-Kapitalismus" und globale politische Ökonomie. VSA-Verlag, Hamburg, S. 41-67.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006a): Neoliberalism and communitarianism: social conditions, discourses and politics. In: Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard/Neunhöffer, Gisela: Neoliberal Hegemony. A Global Critique. Routledge, New York, S. 207-221.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006b): Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 91-116.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000a): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 102-130.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000b): Einleitung: Theorie und Kritik der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 7-22.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000c): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer

kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster.

- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2002): Finanzmarktintegration und Corporate Governance in der Europäischen Union. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Heft 1, S. 39-74.
- Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. VSA Verlag, Hamburg.
- Bischoff, Joachim/Detje, Richard (2003): Eine neue gesellschaftliche Betriebsweise?. In: Dörre, Klaus/Röttger, Bernd: Das neue Marktregime. VSA Verlag, Hamburg, S. 55-71.
- Bohle, Dorothee (2000): EU-Integration und Osterweiterung: die Konturen einer neuen europäischen Unordnung. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 304-330.
- Bohle, Dorothee (2002): The Ties That Bind the New Europe: Neoliberal Restructuring and Transnational Actors in the Deepening and Widening of the European Union, <<http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/turin/ws4/Bohle.pdf>> (letzter Zugriff: 01.11.2007).
- Bohle, Dorothee (2003): Osterweiterung der EU - Neuer Impuls oder Rückschlag für die europäische Integration?. In: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank: "Eurokapitalismus" und globale politische Ökonomie. VSA-Verlag, Hamburg, S. 144-167.
- Bohle, Dorothee (2006a): Neogramscianismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 197-221.
- Bohle, Dorothee (2006b): Neoliberal hegemony, transnational capital and the terms of the EU's eastward expansion. In: Capital & Class, Issue 88, S. 57-86.
- Buchholz, Günter (2007): Die Zukunft der Hochschulen. Politische Ökonomie der Hochschulpolitik in der Ära des Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Sozialismus, Heft 12/2007, S. 10-17.
- Bundesagentur für Außenwirtschaft (2007a): Wirtschaftsdaten kompakt - Moldau, Sept. 2007, <http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_3727.pdf> (letzter Zugriff: 18.01.2008).
- Bundesagentur für Außenwirtschaft (2007b): Wirtschaftsdaten kompakt - Ukraine, Nov. 2007, <http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_3942.pdf> (letzter Zugriff: 18.01.2008).
- Bundesagentur für Außenwirtschaft (2007c): Wirtschaftsdaten kompakt - Belarus, Nov. 2007, <http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_3863.pdf> (letzter Zugriff: 18.01.2008).
- Cafruny, Alan/Ryner, Magnus (2003): In a Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe. Rowman & Littlefield, Lanham.
- Calic, Marie-Janine (2004): Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozeß auf dem Prüfstand. Empfehlungen für die Weiterentwicklung europäischer Balkanpolitik. SWP-Studie, <http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_studie.php?PHPSESSID=31c045ee908194b3a4e2051df647c176&id=3754> (letzter Zugriff: 07.01.2008).

- Clement, Hermann (2005): Die neuen Nachbarn und die Europäische Union - Möglichkeiten und Grenzen der Integration am Beispiel Ukraine und Belarus, <http://www.osteuropa-institut.de/ext_dateien/wp256.pdf> (letzter Zugriff: 27.01.2008).
- Conzelmann, Thomas (2003): Neofunktionalismus. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich, Opladen, S. 141-168.
- Cox, Robert W. (1998a): Gramsci, Hegemonie und internationale Beziehungen. Ein Aufsatz zur Methode. In: Cox, Robert W.: Weltordnung und Hegemonie. Grundlagen der "Internationalen Politischen Ökonomie". Marburg, S. 69-86.
- Cox, Robert W. (1998b): Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen. In: Cox, Robert W.: Weltordnung und Hegemonie. Grundlagen der "Internationalen Politischen Ökonomie". Marburg, S. 28-68.
- Demmers, Jolle/Jilberto, Alex E. Fernández/Hogenboom, Barbara (2004): Good Governance and Democracy in a World of Neoliberal Regimes. In: Demmers, Jolle/Jilberto, Alex E. Fernández/Hogenboom, Barbara: Good Governance in the Era of Global Neoliberalism. Conflict and Depolitization in Latin America, Eastern Europe, Asia and Africa. Routledge, New York, S. 1-37.
- Dodini, Michaela/Fantini, Marco (2006): The EU Neighbourhood Policy: Implications for Economic Growth and Stability. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 44, Nr. 3, S. 507-532.
- Dörre, Klaus (2001): Gibt es ein nachfordistisches Produktionsmodell? Managementprinzipien, Firmenorganisation und Arbeitsbeziehungen im flexiblen Kapitalismus. In: Candeias, Mario/Deppe, Frank: Ein neuer Kapitalismus?. VSA Verlag, Hamburg, S. 83-107.
- Ehrke, Michael (2005): Postkommunistischer Kapitalismus: Ökonomie, Politik und Gesellschaft im neuen Europa. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/2005, S. 142-163.
- Ehrke, Michael (2007): Die Europäische Union und der postkommunistische Raum. Integration, europäische Nachbarschaftspolitik und strategische Partnerschaft, <<http://www.fes.de/kompass2020/pdf/Postkommunismus.pdf>> (letzter Zugriff: 09.01.2008).
- ERT (2004): ERT's vision of a bigger Single Market: ERT Position Paper on the European Neighbourhood Policy, <<http://www.ert.be/doc/0039.pdf>> (letzter Zugriff: 14.01.2008).
- Europäische Kommission (1985): Vollendung des Binnenmarktes. Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat, <http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf> (letzter Zugriff: 13.12.2007).
- Europäische Kommission (1994): Agreement on Partnership and Cooperation establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Russian Federation, of the other part, <http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/pca/pca_russia.pdf> (letzter Zugriff: 08.01.2008).
- Europäische Kommission (2003a): Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die

Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf> (letzter Zugriff: 14.01.2008).

Europäische Kommission (2003b): EU-Russia Summit, St. Petersburg, 31 May 2003, Joint Statement,

<http://ec.europa.eu/external_relations/russia/sum05_03/js.htm> (letzter Zugriff: 08.01.2008).

Europäische Kommission (2004): Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf> (letzter Zugriff: 14.01.2008).

Europäische Kommission (2005a): EU/Moldova action plan,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/moldova_enp_ap_final_en.pdf> (letzter Zugriff: 29.01.2008).

Europäische Kommission (2005b): EU/Ukraine action plan,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf> (letzter Zugriff: 29.01.2008).

Europäische Kommission (2005c): EU-Russia Summit, Moscow, 10 May 2005, Conclusions - Four

"Common Spaces", <http://ec.europa.eu/external_relations/russia/summit_05_05/index.htm> (letzter Zugriff: 08.01.2008).

Europäische Kommission (2007a): Republik Moldau. Länderstrategiepapier 2007-2013,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_moldova_de.pdf> (letzter Zugriff: 16.01.2008).

Europäische Kommission (2007b): Ukraine. Länderstrategiepapier 2007-2013,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_ukraine_de.pdf> (letzter Zugriff: 16.01.2008).

Europäische Kommission (2007c): Belarus. Länderstrategiepapier 2007-2013 und Nationales Richtprogramm 2007-2010,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_belarus_de.pdf> (letzter Zugriff: 16.01.2008).

Europäische Kommission (2007d): Moldau. Nationales Richtprogramm 2007-2010,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_moldova_de.pdf> (letzter Zugriff: 15.01.2008).

Europäische Kommission (2007e): Ukraine. Nationales Richtprogramm 2007-2010,

<http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_ukraine_de.pdf> (letzter Zugriff: 15.01.2008).

Europäischer Rat (2000): Schlußfolgerungen des Vorsitzes,

<http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/00100-r1.d0.htm> (letzter Zugriff: 16.12.2007).

Europäischer Rat (2003): Tagung vom 19. und 20. Juni 2003. Schlussfolgerungen des Vorsitzes,

<http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/76285.pdf> (letzter Zugriff: 15.01.2008).

- Europäischer Rat (2007): Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft, <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf>> (letzter Zugriff: 09.01.2008).
- Ferrero-Waldner, Benita (2006): Europas Verfassung im Zeitalter der Globalisierung. Hayek-Festvortrag, <<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/42&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>> (letzter Zugriff: 01.02.2008).
- Fischer, Sabine (2006): Die EU und Russland. Konflikte und Potentiale einer schwierigen Partnerschaft, <http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3500> (letzter Zugriff: 08.01.2008).
- Gabanyi, Anneli Ute (2004): Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik, <http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=1747> (letzter Zugriff: 19.01.2008).
- Gill, Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe. In: New Political Economy, Vol. 3, Issue 1, S. 5-27.
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 23-50.
- Gill, Stephen (2001): Constitutionalising Capital: EMU and Disciplinary Neo-Liberalism. In: Bieler, Andreas/Morton, Adam David: Social Forces in the Making of the New Europe: The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy. Palgrave, New York, S. 47-69.
- Gill, Stephen (2003a): Power and Resistance in the New World Order. Palgrave Macmillan, Hampshire.
- Gill, Stephen (2003b): A Neo-Gramscian Approach to European Integration. In: Cafruny, Alan/Ryner, Magnus: In a Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe. Rowman & Littlefield, Lanham et al., S. 47-70.
- Gill, Stephen/Law, David (1993): Global hegemony and the structural power of capital. In: Gill, Stephen: Gramsci, Historical Materialism and International Relations. Cambridge University Press, Cambridge, S. 93-126.
- Grahl, John (2003): Finanzintegration und europäische Gesellschaft. In: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank: "Euro-Kapitalismus" und globale politische Ökonomie. VSA-Verlag, Hamburg, S. 18-40.
- Grahl, John/Teague, Paul (1989): The Cost of Neo-Liberal Europe. In: New Left Review, No. 174, S. 33-50.
- Hausotter, Tobias/Niemann, Arne/Schratz, Alexander (2007): Die Belarus-Politik der Europäischen

- Union. Handlungsspielräume und Politikoptionen. In: Osteuropa, 7/2007, S. 57-69.
- Hayek, Friedrich August von (1969): Recht, Gesetz und Wirtschaftsfreiheit. In: Hayek, Friedrich August von: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, S. 47-55.
- Hofbauer, Hannes (2003): Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Promedia, Wien.
- Holman, Otto (1999): Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa. Arbeitspapier Nr. 19 der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG).
- Holman, Otto (2001): The Enlargement of the European Union Towards Central and Eastern Europe: The Role of Supranational and Transnational Actors. In: Bieler, Andreas/Morton, Adam David: Social Forces in the Making of the New Europe: The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy. Palgrave, New York, S. 161-184.
- Ioffe, Grigorij Viktorovic (2004): Understanding Belarus. Economy and political landscape. In: Europe-Asia Studies, 56 (January 2004) 1, S. 85-118.
- Jacobsen, Hanns-D./Machowski, Heinrich (2007): Dimensionen einer neuen Ostpolitik der EU. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10/2007, S. 31-38.
- Johnston, Alastair Iain (2001): Treating International Institutions as Social Environments. In: International Studies Quarterly, 45, S. 487-515.
- Kelley, Judith (2006): New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 44, Nr. 1, S. 29-55.
- Kempe, Iris (2007): Zwischen Anspruch und Realität. Die Europäische Nachbarschaftspolitik. In: Osteuropa, 2-3/2007, S. 57-68.
- Knodt, Michèle/Große Hüttmann, Martin (2006): Der Multi-Level Governance-Ansatz. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 223-248.
- Koopmann, Martin/Lequesne, Christian (2006): Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Lippert, Barbara (2007): Teilhabe statt Mitgliedschaft? Die EU und ihre Nachbarn im Osten. In: Osteuropa, 2-3/2007, S. 69-94.
- Manners, Ian (2002): Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 40, Nr. 2, S. 235-258.
- Milcher, Susanne/Slay, Ben/Collins, Mark (2007): The Economic Rationale of the "European Neighbourhood Policy". In: Åslund, Anders/Dąbrowski, Marek: Europe After Enlargement. Cambridge Univ. Press, Cambridge u.a, S. .

- Moravcsik, Andrew (1997): Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics. In: International Organization, 51, Nr. 4, S. 513-553.
- Neubert, Harald (2001): Antonio Gramsci - Hegemonie, Zivilgesellschaft, Partei. Eine Einführung. VSA-Verlag, Hamburg.
- Neunhöffer, Gisela (2006): Belarus und die internationale politische Ökonomie. Globale Zwänge - autoritäre Antwort. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Nölke, Andreas (2006): Supranationalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 145-168.
- Piehl, Ernst/Schulze, Peter W./Timmermann, Heinz (2005): Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. BWV, Berlin.
- Pijl, Kees van der (2001): What Happened to the European Option for Eastern Europe?. In: Bieler, Andreas/Morton, Adam David: Social Forces in the Making of the New Europe: The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy. Palgrave, New York, S. 185-204.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 115, S. 203-235.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (2004): Buena Vista Neoliberal? Eine klassentheoretische und organisationszentrierte Einführung in die transnationale Welt neoliberaler Ideen. In: Giesen, Klaus-Gerd: Ideologien in der Weltpolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 49-88.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard/Neunhöffer, Gisela (2006): Introduction. In: Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard/Neunhöffer, Gisela: Neoliberal Hegemony. A Global Critique. Routledge, New York, S. 1-24.
- Pleines, Heiko (2006): Die Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine: Krise in orange?. In: Ukraine-Analysen, Nr. 9, S. 2-4.
- Prodi, Romano (2002): Das größere Europa - eine Politik der Nachbarschaft als Schlüssel zur Stabilität. SPEECH/02/619, <<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/02/619&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>> (letzter Zugriff: 15.01.2008).
- Ptak, Ralf (2007): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 13-86.
- Ryner, Magnus (2000): Der neue Diskurs über den "Dritten Weg": Zur Dynamik des sozialdemokratischen Neoliberalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 243-275.
- Sapper, Manfred/Weichsel, Volker, Huterer, Andrea, Oberhuber, David (2007): Inklusion, Exklusion,

- Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn. BMV, Berlin [= Osteuropa 2-3/2007].
- Scherrer, Christoph (1998): Neo-gramscianische Interpretationen internationaler Beziehungen. In: Hirschfeld, Uwe: Gramsci-Perspektiven. Argument Sonderband Neue Folge AS 256. Argument Verlag, Hamburg, S. 160-174.
- Schieder, Siegfried (2003): Neuer Liberalismus. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich, Opladen, S. 169-198.
- Schmitz, Andrea (2007): Interessen, Instrumente, Einflußgrenzen. Die Europäische Union und Zentralasien. In: Osteuropa, 8-9/2007, , S. 327-338.
- Schulten, Thorsten (2000): Zwischen nationalem Wettbewerbskorporatismus und symbolischem Euro-Korporatismus - zur Einbindung der Gewerkschaften in die neoliberale Restrukturierung Europas. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 222-242.
- Schwellnus, Guido (2006): Sozialkonstruktivismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 321-346.
- Sello, Benjamin (2005): Europa über Alles! Die "Lissabon-Strategie" der Europäischen Union. In: UTOPIE kreativ, Heft 181, S. 1017-1026.
- Soghomonyan, Vahram (2007): Europäische Integration und Hegemonie im Südkaukasus. Armenien, Aserbaidschan und Georgien auf dem Weg nach Europa. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Steinhilber, Jochen (2006): Liberaler Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 169-196.
- Stratenschulte, Eckart D. (2007): Europas Politik nach Osten. merus verlag, Hamburg.
- Taylor, Ian (2004): Hegemony, neoliberal 'good governance' and the International Monetary Fund. In: Bøås, Morten/McNeill, Desmond: Global Institutions and Development. Framing the World?. Routledge, London, New York, S. 124-136.
- Tulmets, Elsa (2007): Alter Wein in neuen Programmen. Von der Osterweiterung zur ENP. In: Osteuropa, 2-3/2007, S. 105-116.
- Türkes, Mustafa/Gökgöz, Göksu (2006): The European Union's Strategy towards the Western Balkans: Exclusion or Integration?. In: East European Politics & Societies, Vol. 20, No. 4, S. 659-690.
- Ulbert, Cornelia (2003): Sozialkonstruktivismus. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske + Budrich, Opladen, S. 391-420.
- Vincentz, Volkhart (2002): Perspektiven für einen Reformschub in der Wirtschaft. In: Simon, Gerhard: Die neue Ukraine. Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991-2001). Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien, S. 245-266.

- Vobruba, Georg (2007a): Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas. In: Osteuropa, 2-3/2007, S. 7-20.
- Vobruba, Georg (2007b): Kritik der Europakritik. In: Osteuropa, 7/2007, S. 3-12.
- Walpen, Bernhard (2000): Von Igeln und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus. In: UTOPIE kreativ, Heft 121/122, S. 1066-1079.
- Wendt, Alexander (1987): The Agent-Structure Problem in International Relations Theory. In: International Organization, 41: 3, S. 335-370.
- Wesselius, Erik (2005): Die Lissabon-Strategie - Ein revolutionäres Programm der Konzerne für Europa. In: Attac EU-AG Stuttgart und Region: EU global - fatal?! Ergebnisse der Europa-Konferenz Stuttgart, 4./5. März 2005.
<http://www.attac.de/stuttgart/dokumente/eu/reader_EU_global-fatal.pdf> (letzter Zugriff: 17.12.2007), S. 96-99.
- Wieck, Hans-Georg (2006): Demokratieförderung in der Sackgasse. Europa versagt in Belarus. In: Osteuropa, 9/2006, S. 57-72.
- Wilde, Anja (2006): Die neuen Nachbarn der EU - Ukraine, Belarus, Moldau: Politische und gesellschaftliche Entwicklungen,
<http://www.gesis.org/Information/SowiNet/sowiOnline/NachbarnEU/NachbarnEU_gesamt.pdf> (letzter Zugriff: 20.12.2007).
- Wolf, Dieter (2006): Neo-Funktionalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 65-90.
- Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Ziltener, Patrick (2000): Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa - regulations- und staats-theoretische Überlegungen. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 73-101.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, daß ich die Diplomarbeit – bei einer Gruppenarbeit meinen gekennzeichneten Teil der Arbeit – selbständig und lediglich unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfaßt habe.

Ich versichere außerdem, daß die vorliegende Arbeit noch nicht einem anderen Prüfungsverfahren zugrunde gelegen hat.

Ich bin damit einverstanden, daß ein Exemplar meiner Diplomarbeit in der Bibliothek ausgeliehen werden kann.

Berlin, den

(Unterschrift)